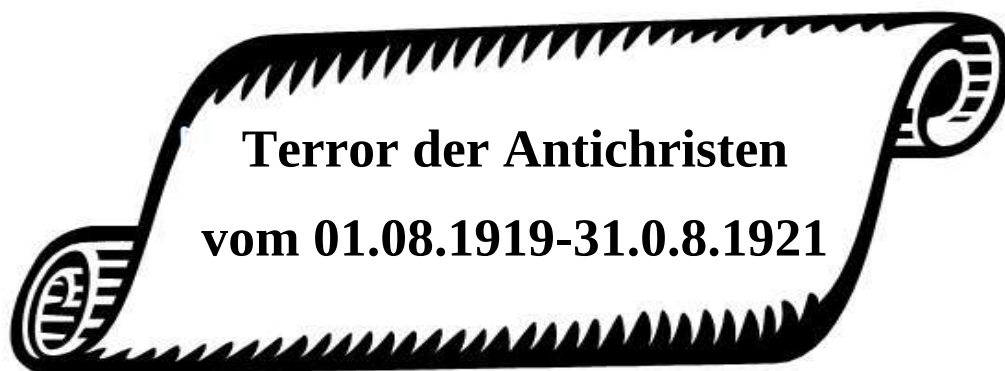


Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von August 1919
bis August 1921**

NWO-Sonderheft Nr. 63



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von August 1919 bis August 1921

NWO-Sonderheft Nr. 63

Terror der Antichristen vom 01.08.1919-31.08.1921

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von August 1919 bis August 1921	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von August 1919 bis August 1921

Wer sich auf das Schlimmste gefaßt macht, überwindet die Angst davor und kann wieder klar denken.

Andrew Carnegie (1835-1919, nordamerikanischer Unternehmer)

August 1919

Béla Kun wurde am 1. August 1919 durch den Sozialistenführer Gyula Peidl verdrängt und mußte aus dem Land fliehen.

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Reichspräsident Friedrich Ebert erklärte bei seinem Amtsantritt (x256/70): >>Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde.

Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei.

Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung der Weimarer Republik (x057/224-225): >>Die Nationalversammlung wählte Ebert zum Reichspräsidenten, bildete die Regierung der Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum und schuf nach den Plänen von Hugo Preuß die Verfassung des Deutschen Reiches (11. August 1919).

Sie beruhte auf dem Gedanken der Demokratie und machte Deutschland zu einer parlamentarischen Republik mit einem Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt, der, vom Volk gewählt, das Reich nach außen vertrat. Er hatte den Oberbefehl über die Wehrmacht, konnte den Reichstag auflösen, ferner einen Volksentscheid nach erfolgtem Volksbegehren herbeiführen und besaß nach Paragraph 48 das Recht, die Grundrechte und Grundpflichten teilweise aufzuheben, falls "die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird". Nach diesem Notverordnungsrecht durfte er ohne den Reichstag Gesetze erlassen.

Der Reichstag war die gesetzgebende Körperschaft, nach allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlen aller Männer und Frauen (von) über 20 Jahren gewählt. Die Reichsregierung bedurfte der Mehrheit des Parlaments (parlamentarische Regierungsform) und stand unter der Leitung des Reichskanzlers.

Der Reichsrat umfaßte die Vertreter der Länder mit eigenen Landtagen und Landesregierungen (Reichsrecht bricht Landrecht). So war das Deutsche Reich ein dezentralisierter Einheitsstaat mit den Reichsfarben schwarz-rot-gold (1848) und der Nationalhymne "Deutschland über alles" (Hoffmann von Fallersleben) und hielt die Mitte zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat. Der in der Verfassung enthaltene Anschluß Österreichs (ebenfalls in der österreichischen Verfassung enthalten) mußte auf Grund des Versailler Vertrages wieder fallen gelassen werden. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die Gründung der Weimarer Republik (x287/170-173): >>... Im Auftrag des deutschen Volkes verabschiedete die Weimarer Nationalversammlung im August 1919 eine neue Verfassung für das territorial verkleinerte Deutsche Reich, das laut Artikel 1 eine Republik war, in der die Staatsgewalt vom souveränen Volk ausging.

Der Wille des Volkes äußerte sich in der Wahl des Reichstags, wobei durch das Frauenwahlrecht eine staatsbürgerliche Gleichstellung von Männern und Frauen erfolgte. Die nunmehr als Länder bezeichneten Gliedstaaten des Reiches – das reichsunmittelbare Gebiet Elsaß-Lothringen war verlorengegangen – waren im Reichsrat vertreten, der aber als Vertretung der Länderregierungen nur ein beschränktes Mitwirkungsrecht bei der Reichsgesetzgebung besaß. Ein Zweikammersystem sah die Weimarer Verfassung eben nicht vor!

Dem direkt vom Volke gewählten Reichspräsidenten war eine fast monarchische Stellung eingeräumt worden, doch unterschied ihn von einem konstitutionellen Monarchen, daß er unter Anklage gestellt werden konnte. Wie allerdings die nationale Tradition mit der monarchischen noch verknüpft war, zeigte nicht nur die Rolle Hindenburgs als Ersatzkaiser, sondern auch die schwarz-weiß-rote Gesinnung Gustav Stresemanns, der als Reichskanzler und mehrfacher Außenminister der Republik nicht nur an den Idealen der schwarz-rot-goldenen Paulskirche orientiert war, sondern weiterhin Kaiser und König treu bleiben wollte und den Kronprinzen laufend über seine Politik unterrichtete.

Mit der Formulierung von Grundrechten knüpfte die Weimarer Verfassung ausdrücklich an die Frankfurter Verfassung der Paulskirche an. Gleichfalls wie 1849 waren 1919 die Reichsfarben schwarz-rot-gold; 1922 führte Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied als offizielle Nationalhymne ein.

Scheidemann, den Ebert zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts der "Weimarer Koalition" ernannt hatte, trat bereits im Juni 1919 zurück, da er den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollte. Die Hypothek des Ersten Weltkrieges, von der Rechten mit der Dolchstoßlegende abgetan, lastete schwer auf der ersten deutschen Republik und konfrontierte sie mit schwierigen außenpolitischen Fragen.

So sah Artikel 61 der Weimarer Verfassung den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vor, den die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs schon am 12. November 1918 verkündet hatte.

Die deutschsprachigen Bewohner des alten Österreichs hatten sich auch noch nach 1866 als Deutsche gefühlt. Wenn es nur nach dem Willen des Volkes gegangen wäre, wäre eine Entwicklung zu einem demokratisch-republikanischen Großdeutschland möglich gewesen. Denn nach dem politischen Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates hätten die deutschen Österreicher Deutsche werden können.

Obwohl ... Wilson eine Grenzziehung nach klar erkennbaren Sprachgrenzen im Sinn des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versprochen hatte, wurde weder auf die deutsche

Volks- und Sprachzugehörigkeit der Südtiroler Rücksicht genommen noch auf die der Sudentendeutschen, die sich vielmehr als nationale Minderheit in einem Staate wiederfanden, in dem sich die Tschechen die Rechte eines Mehrheitsvolkes anmaßen.

... Am 6. September 1919 erklärte der Staatskanzler Renner in seinem Bericht über die Ergebnisse von St. Germain vor der Nationalversammlung in Wien: "Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten."

In der gleichen Sitzung legte die Konstituierende Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich gegen die Einbeziehung der Deutschen Böhmens und Mährens, deren Siedlungsgebiet von Deutsch-Österreich als eigenes Bundesland reklamiert worden war, in die neue CSR Verwahrung ein. Die Siegermächte von Versailles setzten sich über die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes durch die Deutschen hinweg.

Dennoch blieben die dem Versailler Friedensvertrag entgegenstehenden Bestimmungen in Artikel 61 Abs. 2 der Weimarer Verfassung als Bekenntnis zum Ziele der nationalen Weiterentwicklung formell stehen, wurden also nicht aufgehoben, sondern ruhten nur, d.h. sie blieben infolge des Nichtigkeitsprotokolls vom 23. September 1919 unwirksam.

In der Zweiten Republik Österreich, dem Beispiel für das Wiedererstehen eines untergegangenen Staatswesens, hießen die Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht mehr Deutsche, sondern Österreicher. Lediglich die deutschsprachigen Bewohner Südtirols, das politisch bis 1919 zu Österreich gehörte, bezeichnen sich heute noch als Deutsche, nicht als Österreicher. ...<<

Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (1875-1921, ermordet) begründete am 12. August 1919 vor den Abgeordneten der Nationalversammlung das sog. "Reichsnotopfer" (x281/310-311): >>Meine Damen und Herren!

Das hohe Haus und das deutsche Volk haben das Recht, drei Fragen beantwortet zu erhalten: Was ist? Was muß werden? Und wie muß es werden?

Was ist? Das größte Finanzelend, das die Welt je sehen konnte oder befürchten mußte.

Was muß werden? Baldigste Ordnung unseres gesamten Finanzwesens.

Und wie muß es werden? Neue Wege sind zu gehen, Abschied muß genommen werden von manchem alten Liebgewonnenen.

Die schwebende Schuld ist das Schmerzens- und Sorgenkind jedes Finanzministers. Wenn man an frühere Zeiten vor dem Kriege zurückdenkt, wo man mit einer schwebenden Schuld von nicht einer Milliarde gerechnet hat und wo dann schon Sorgen für die Finanzverwaltung aufgetreten sind ... glückliche Zeiten!

Heute sind es 76 Milliarden. Der erste Schritt auf dem Wege zur eigentlichen Finanzreform soll das große Vermögensopfer sein, das von dem Besitz in dieser harten Schicksalsstunde gefordert werden muß. Schon in der Wortprägung kommt die ganze Eigenart der Maßnahme zum Ausdruck. Damit wird sie herausgerückt aus dem Rahmen der übrigen Steuern und aller gewöhnlichen steuerlichen Maßnahmen und ihre eigenartige wirtschaftliche und sozialetische Seite gekennzeichnet.

Die Gesundung unserer ungeheuer zerrütteten Finanzwirtschaft und damit die Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft kann nur erfolgen, wenn mit großen Mitteln gearbeitet wird. Mit kleinen Medikamenten kann die Krise nicht überwunden werden, der kranke Finanzkörper nicht geheilt werden.

Wir werden bei der Reform der direkten Dauersteuern bis zur höchsten Tragfähigkeit gehen, wir werden auch gewaltige Summen aus den indirekten Steuern herauswirtschaften müssen. Das weiß das Volk.

Aber man muß sich klar sein, daß der Weg der Abwicklung dieser Aufgabe nur freigemacht werden kann, wenn am Anfang steht eine entschlossene Tat der Regierung und Volksvertre-

tung, eine Tat, welche den eisernen Willen des ganzen Volkes bekundet, trotz des schweren Falles, den Weg nach oben wiederzufinden, eine Tat, welche zugleich die feste Bürgschaft dafür bietet, daß der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit im neuen Staate voll zur Wirkung kommt.

Eine solche Tat soll das Vermögensopfer sein!<<

Miklos von Horthy übernahm am 12. August 1919 die Macht und bildete eine ungarische Gegenregierung.

Horthy ließ danach rd. 5.000 Anhänger der ungarischen Räterepublik umbringen (x175/153).

Die Weimarer Verfassung wurde am 14. August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und die neue Verfassung des Deutschen Reiches trat damit in Kraft.

Die Einleitung der Weimarer Verfassung lautete (x842/...):

>>Präambel:

Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.<<

Die bisherigen deutschen Bundesstaaten blieben als Länder erhalten, aber sie verloren wesentliche Rechte. Die Finanzverwaltung, Zoll, Post, Verkehr, das Heer und die Marine wurden direkt der deutschen Reichsregierung unterstellt.

Alle Bewohner des Reiches waren gemäß der Weimarer Verfassung vor dem Gesetz gleich. Sie hatten das Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten, besaßen das Wahlrecht. Sie wählten den Reichstag, der Gesetze beschloß.

Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wurde, hatte den Oberbefehl über die Armee und besaß gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderte, konnte der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").

In der Weimarer Verfassung des Deutschen Reiches vom August 1919 hieß es z.B. (x128/-109-110):

>>Art. 1 Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. ...

Art. 21 Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.

Art. 22 Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. ...

Art. 25 Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß. ...

Art. 41 Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. ...

Art. 43 Das Amt des Reichspräsidenten dauert 7 Jahre. Wiederwahl ist zulässig. ...

Art. 48 Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114 (Freiheit der Person), 115 (Unverletzlichkeit der Wohnung), 117 (Postgeheimnis), 118 (freie Meinungsäußerung), 123 (Versammlungsfreiheit), 124 (Vereinsfreiheit) und 153 (Eigentum) festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen ... getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag

Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen. ...

Art. 50 Alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch solche auf dem Gebiete der Wehrmacht, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister. ...

Art. 53 Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.

Art. 54 Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. ...

Art. 73 Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.

Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstages ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es verlangt.

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. ...

Art. 76 ... Soll auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich. ...

Art. 156 Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung in sinngemäßer Anwendung der für Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. ...

Art. 165 ... Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonstigen Volkskreisen zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Notverordnungen" (x051/422): >>Notverordnungen, nach § 48 ("Diktaturparagraph") der Weimarer Verfassung Anordnungen des Reichspräsidenten mit Gesetzeskraft, die auf Verlangen der Reichstagsmehrheit zurückgenommen werden mußten.

Durch Notverordnungen konnte der Reichspräsident mit der Reichswehr gegen verfassungswidrig verführende Landesregierungen vorgehen (Absatz 1) und Grundrechte außer Kraft setzen (Absatz 2). Die Notverordnungen sollten allerdings auf "nötige Maßnahmen" beschränkt bleiben, deren beabsichtigte gesetzliche Definition aber unterblieb.

So konnten sich die Notverordnungen in der Krise der Republik ab 1930 zum Ersatz für die Gesetzgebung des blockierten Reichstages entwickeln, der auch sein Aufhebungsrecht nicht nutzen konnte, weil die erforderlichen Mehrheiten fehlten und zudem das Gegenmittel des Reichspräsidenten, nämlich die Parlamentsauflösung nach § 25, drohte.

Die Präsidialkabinette regierten nach Verlust auch der Tolerierungsmehrheit weitgehend mit Notverordnungen. 1932 wurden nur noch fünf Gesetze bei 66 Notverordnungen erlassen. Sie ebneten auch den Weg zur Diktatur Hitlers, der mit der "Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" (Reichstagsbrandverordnung) vom 28.2.33. die Liquidierung der Republik einleitete.<<

Die ersten Jahre der Weimarer Republik

Während der österreichisch-ungarische Staat nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach, blieb die Einheit des Deutschen Reiches trotz des militärischen und politischen Zusammenbruchs erhalten. Die große Not und das Elend der Kriegs- und Hungerjahre festigten sogar noch den Zusammenhalt des deutschen Volkes. Fast alle bisherigen "Staatsdiener" erfüllten weiterhin pflichtgemäß ihre Arbeit, um die "Weimarer Republik" zu unterstützen.

In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend größte außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz.

Als der kommunistische Terrorismus stärker wurde, entwickelte sich schnell eine nationalsozialistische Gegenbewegung, die den "roten Terror" mit dem "braunen Terror" bekämpfte. Die Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften zwar angeblich gegen den Nationalsozialismus bzw. gegen den Kommunismus, aber beide Gruppen verfolgten letztlich die gleichen radikalen diktatorischen Ziele. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.

Trotz der fast hoffnungslosen Lage stellten sich mutige, pflichtbewußte deutsche Politiker den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegsjahre. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft die äußeren Grenzen zu schützen, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen sowie die Reparationszahlungen und die Bewahrung der Staatseinheit in den Griff zu bekommen.

Die Erste Deutsche Republik kämpfte unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt. Der unsägliche Versailler "Friedensvertrag" brachte nicht nur die erste demokratische Republik in Mißkredit, sondern die ungerechten "Friedensbedingungen" der Siegermächte ließen auch erhebliche Zweifel an der Gerechtigkeit und den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts aufkommen.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Entstehung und Geschichte der "Weimarer Republik" (x051/626-628): >>Weimarer Republik, die 1919-33 bestehende erste (gesamt)-deutsche Republik, benannt nach ihrem Gründungsort Weimar.

Die Entstehung der Weimarer Republik war eine Folge des Ersten Weltkrieges (1914-18) und der Niederlage des Deutschen Reiches:

Nach dem Ausbruch der Novemberrevolution (28.10.18) gab Reichskanzler Max v. Baden am 9.11. die Abdankung Kaiser Wilhelms II. bekannt und übertrug die Geschäfte des Reichskanzlers dem Vorsitzenden der SPD, F. Ebert; der von Ebert geführte "Rat der Volksbeauftragten" übernahm die Aufgaben der Reichsregierung. Am selben Tag rief Philipp Scheidemann (SPD) die "Deutsche Republik" aus.

Am 11.2.19 trat die am 19.1. gewählte Nationalversammlung in Weimar zusammen (dort wegen der revolutionären Unruhen in Berlin). Sie wählte Ebert zum Reichspräsidenten. Am 13.2. bildete Scheidemann eine Reichsregierung aus SPD, DDP und Zentrum (Weimarer Koalition). Am 31.7.19 verabschiedete die Nationalversammlung die Weimarer Verfassung (WV), die am 11.8. vom Reichspräsidenten unterzeichnet wurde und am 14.8. in Kraft trat.

Die Weimarer Republik war eine parlamentarische Republik in Form eines Bundesstaates aus 18 Ländern. Ihre Staatsorgane waren:

1. der Reichstag als Parlament, 2. der Reichsrat als parlamentarische Vertretung der Länder, 3. der Reichspräsident als Staatsoberhaupt und 4. die Reichsregierung aus dem Reichskanzler und den Reichsministern.

Durch die bedeutsamen politischen Rechte des Reichspräsidenten (Ernennung und Entlassung

des Reichskanzlers und der Reichsminister, Oberbefehl über die Reichswehr, Auflösung des Reichstages, exekutive und legislative Gewalt im Notstandfall nach Artikel 48) war das parlamentarische Regierungssystem mit Elementen einer präsidentialen, durch die Beteiligungsrechte des Volkes (Wahl des Reichspräsidenten, Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid nach Artikel 73 WV) mit Bestandteilen einer direkten Demokratie verbunden.

Die entscheidenden politischen Kräfte der Weimarer Republik waren die – in der Weimarer Verfassung nicht erwähnten – politischen Parteien, deren große Anzahl wegen des Verhältniswahlrechts und fehlender Sperrklausel zu lähmender Zersplitterung führte. Da auch Verbotmöglichkeiten fehlten, standen den demokratischen Parteien (v.a. SPD, Zentrum und DDP) antidemokratische von links (KPD, USPD) und rechts (DNVP, NSDAP) unversöhnlich gegenüber.

SPD, Zentrum und DDP erhielten zwar bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 zusammen 76,2 %, verloren die Mehrheit aber schon bei den ersten Reichstagswahlen 1920 (44,6 %); bei den Reichstagswahlen im November 32 bekamen sie nur noch 33,3 %, NSDAP, KPD und DNVP dagegen zusammen 58,9 %. Auch die häufigen Auflösungen und Neuwahlen des Reichstages (1920-32: sieben) und die zahlreichen Wechsel der Reichsregierungen (1919 bis Januar 33: 20 Kabinette mit zwölf verschiedenen Reichskanzlern) wurden von den Mängeln der Weimarer Verfassung begünstigt.

Die Geschichte der Weimarer Republik läßt sich in drei Abschnitte einteilen:

1. Die Krisenjahre 1919-23: Revolutionäre Unruhen und Aufstände von "links", so in Berlin (Spartakus-Aufstand 1919), im Ruhrgebiet 1919 und 20, in Bayern (wo 1919 vorübergehend eine Räterepublik bestand), in Mitteldeutschland und Hamburg 1921 und 23, in Sachsen und Thüringen 1923; Putschversuche von "rechts" (Kapp-Putsch 1920, Hitlerputsch 1923) und die rechtsradikale Agitation gegen die Republik (Dolchstoßlegende, Novemberverschöcker); polnische Aufstandsversuche in Oberschlesien 1919, 20 und 21; Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung und Reichswehrführung; Konflikte zwischen dem Reich und einzelnen Ländern, insbesondere Bayern 1923; der sogenannte Ruhrkampf; zahlreiche politische Morde (z.B. 1919 an den KPD-Führern R. Luxemburg und K. Liebknecht, 1921 an Erzberger, 1922 an Rathenau) und nicht zuletzt die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges, vor allem die Zahlung von Reparationen an die Alliierten, die wesentlich zur seit Mitte 22 galoppierenden Inflation beitrugen, belasteten die junge Republik schwer und gefährdeten ihren Bestand.

2. Die Konsolidierung 1924-29. Der Abbruch des Ruhrkampfes (August 23), die Beendigung der Inflation durch die Einführung der Rentenmark (November 32) und die Beilegung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich (Februar 24) leiteten eine Phase der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung und Stabilisierung der Weimarer Republik ein.

Der Dawesplan von 1924 und noch mehr der diesen ablösende Youngplan von 1929 erleichterten die deutschen Reparationslasten. Die von Stresemann 1923-29 geleitete Außenpolitik normalisierte die Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern: 1925 Verträge von Locarno, 1926 Berliner Vertrag mit der UdSSR, dem schon 1922 der Rapallo-Vertrag vorausgegangen war, 1925-30 Räumung des Rheinlands durch die Alliierten, 1926 Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund. Das wohl wichtigste innenpolitische Ereignis dieser Phase war die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26.4.1925.

3. Die Auflösung 1929-33. Dieser letzte Abschnitt der Weimarer Republik war gekennzeichnet durch die Weltwirtschaftskrise, den Übergang vom parlamentarischen zum präsidentialen Regierungssystem und das Anwachsen des politischen Extremismus von links und noch mehr von rechts. Am 25.10.29 leitete der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise ein, die Deutschland besonders schwer traf und u.a. zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit (Ende 29 über zwei Millionen, Anfang 32 über sechs Millionen Arbeitslose)

führte. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den Anfang und die ersten Jahre der Weimarer Republik (x192/428): >>... Drei Monate lang versuchten beide Seiten, die Oberhand zu gewinnen, doch als die Kommunisten im Januar 1919 einen offenen Aufstand in Berlin begannen, gab es den Republikanern die Möglichkeit, die Armee zur Niederschlagung der Revolte zu Hilfe zu rufen. Bald danach trat in Weimar (da die Hauptstadt Berlin nicht sicher schien) eine Nationalversammlung zusammen, die eine Verfassung für den jungen Staat ausarbeitete.

Das Überleben der "Weimarer Republik", wie der neue Staat genannt wurde, war jedoch nie wirklich gesichert. Während ihres kurzen Bestehens mußte sie sich gegen die – häufig gewaltsamen – Attacken extremer Gruppen der Rechten und Linken zur Wehr setzen. 1920 unternahmen Monarchisten einen Umsturzversuch; 1923 versuchte eine eigenartige Koalition aus unzufriedenen Offizieren unter Führung Ludendorffs und der rechtsextremen Partei Adolf Hitlers, durch einen Putsch in München die Regierungsgewalt in Bayern an sich zu reißen. Auch sie mußte sich geschlagen geben.

Solange die deutsche Wirtschaft ein einigermaßen hohes Beschäftigungsniveau halten konnte, funktionierte das Weimarer Experiment relativ gut. Doch als sich die materiellen Umstände verschlechterten, stieg die Attraktivität jener Gruppen, die versprachen, mit "fester Hand" und stärkeren staatlichen Eingriffen den Wohlstand zurückzubringen.

Letzten Endes waren es die Siegermächte, welche die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft verursachten. Sie alle hatten unter dem Krieg massiv gelitten. Abgesehen von hohen Staatsschulden und der großen Zahl von Gefallenen und Verwundeten waren auch weite Gebiete Frankreichs verwüstet worden, während Großbritannien Millionen Tonnen Schiffskapazität verloren hatte.

Überdies hatten beide Staaten ihre Wirtschaft auf die Erzeugung von Kriegsmaterial umgestellt und dadurch sowie durch andere Faktoren viele ihrer traditionellen überseeischen Märkte verloren. Im März 1921 waren 2 Millionen Briten arbeitslos. Daraus erfolgte die wenig überraschende, mit Nachdruck vorgetragene Forderung, daß Deutschland für all das "zur Kasse gebeten" werden sollte.

1921 verkündete eine Reparationskommission nach langen Beratungen, daß insgesamt eine Summe von 132 Milliarden Goldmark an die Siegermächte zu zahlen sei. Das war für Deutschland, dessen Wirtschaft durch den Krieg ebenfalls stark geschädigt worden war, eine groteske Forderung, doch katastrophale Dimensionen erreichte das Problem durch den Zusammenbruch der deutschen Währung: Die Mark, die 1914 bei 25 US-Cents stand, fiel bis Juli 1922 auf 2 Cents und wurde danach praktisch wertlos: 4,2 Billionen Papiermark waren Ende 1923 für einen Dollar zu zahlen. Das Bürgertum, das durch Anleihen den Krieg finanziert hatte, war ruiniert.

Großbritannien war der Ansicht, daß der Zusammenbruch der Mark auf die Reparationslasten zurückzuführen sei, und schlug ein Einfrieren der Zahlungen vor. Gleichzeitig forderten die Briten jedoch, daß auch ihre eigenen Schulden (und die anderer europäischer Mächte) gegenüber den Vereinigten Staaten gestrichen werden sollten. Die Amerikaner lehnten ab.

Statt dessen setzte einen Sachverständigenausschuß unter der Leitung des amerikanischen Bankiers Charles L. Dawes 1924 einen fixen Zeitplan für die Zahlung der vereinbarten Reparationen fest, und das Geld begann schneller denn je in die USA zu fließen. Da immer mehr Reserven aus Europa für die Rückzahlung von Schulden und den Zinsendienst verwendet werden mußten, schrumpfte der Markt für Industriegüter, es entstand ein massives Ungleichgewicht in der internationalen Wirtschaft.

Damit war die Bühne bereitet für die Weltwirtschaftskrise, die schließlich den vom Ersten Weltkrieg begonnenen Prozeß vollenden sollte: die Zerstörung der alten Ordnung Europas.<<

Der österreichische Bundeskanzler Karl Renner (1870-1950) erklärte am 6. September 1919 in der Nationalversammlung, daß Deutsch-Österreich auf seine Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich nie verzichten würde (x063/525).

Nach Abschluß der sogenannten "Friedensverhandlungen" gab die österreichische Nationalversammlung am 9. September 1919 bekannt (x028/46): >>... Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs zu schützen, dem deutsch-österreichischen Volk seine Selbstbestimmung nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem deutschen Mutterland, verweigert.

Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß sobald der Friede den Geist nationaler Gehässigkeit und Feindseligkeit, den der Krieg hervorgerufen hat, überwunden haben wird, der Völkerbund auch dem deutschen Volke das Recht auf Einheit und Freiheit der Nation, das er allen anderen Völkern gewährt, nicht dauernd verweigern werde.

In schmerzlicher Enttäuschung legt die Nationalversammlung Verwahrung ein, gegen den leider unwiderruflichen Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte, 3,3 Millionen Sudetendeutsche von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine kulturelle, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft bilden, gewaltsam loszureißen, ihrer nationalen Freiheit zu berauben und unter die Fremdherrschaft eines feindlichen Volkes zu stellen, das sich in demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt.

Ohne alle Macht, dieses Unheil abzuwenden und Europa die unvermeidlichen Wirren zu ersparen, die aus der Versündigung an dem heiligsten Rechte einer Nation erwachsen müssen, legt die deutsch-österreichische Nationalversammlung die geschichtliche Verantwortung für diesen Beschluß auf das Gewissen jener Mächte, die ihn trotz unserer ernstesten Warnungen vollziehen.<<

Österreich unterzeichnete am 10. September 1919 unter Protest den "Friedensvertrag" von Saint-Germain-en-Laye und wurde als Rechtsnachfolger der Donaumonarchie zu einem Anstifter des Ersten Weltkrieges erklärt.

Der "Friedensvertrag" von Saint-Germain-en-Laye enthielt z.B. folgende Bedingungen (x041/-83): Die deutsch-böhmische Landesregierung in Wien wird aufgelöst und das Sudetenland muß zwangsweise aus dem österreichischen Staatsverband ausscheiden.

Abtretung von Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien, Galizien, Bukowina, Dalmatien, Istrien, Südtirol (bis zum Brenner) sowie Teile von Kärnten und Krain an die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und an Italien.

Anerkennung aller "Nachfolgestaaten".

Verzicht auf die Bezeichnung Deutsch-Österreich.

Ausweisung der Habsburger.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Vertrag von Saint-Germain-en-Laye (x051/511): >>Saint-Germain-en-Laye, Vorort von Paris, in dem am 2.9.19 die endgültigen Friedensbedingungen für Österreich von den Alliierten vorgelegt und am 10.9.19 unter österreichischem Protest unterzeichnet wurden.

Der Vertrag von Saint Germain-en-Laye verfügte die Auflösung Österreich-Ungarns und die Beschränkung des österreichischen Staates auf das deutsch besiedelte Gebiet, von dem noch Südtirol zugunsten Italiens und die deutschsprachigen Gebiete von Böhmen und Mähren zugunsten der neu geschaffenen Tschechoslowakei abgetrennt wurden.

In enger Anlehnung an den Versailler Vertrag wurden Österreich Reparationen auferlegt, das Heer durfte 30.000 Mann nicht überschreiten, ein Anschluß an das Deutsche Reich sollte vom Völkerbund entschieden werden, was einem Verbot gleichkam.

Der am 16.7.20 in Kraft getretene Vertrag von Saint Germain-en-Laye bedeutete für Öster-

reich wirtschaftlich wie psychologisch eine Katastrophe und schuf einen internationalen Konflikttherd, der zum Scheitern des Sicherheitssystems der Pariser Vorortverträge maßgeblich beitragen sollte.<<

Die Republik Österreich

Österreich verlor durch den "Friedensvertrag" von Saint Germain-en-Laye insgesamt mehr als 66 % seiner bisherigen Gebiete und über 75 % der gesamten Bevölkerung. Nach der Zerstümmerung des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates lebten nur noch rd. 6,5 Millionen Einwohner in dem neuen Bundesstaat (84.000 qkm).

Obwohl dem neuen Bundesstaat Österreich der gewünschte Name "Deutsch-Österreich" und der Anschluß an das Deutsche Reich ausdrücklich verboten wurde, forderte die überwältigende Mehrheit der Österreicher weiterhin beharrlich den Anschluß an das Deutsche Reich. Man war mit den Deutschen schließlich seit Jahrhunderten verbunden und sah außerdem allein keine politische und wirtschaftliche Zukunft.

Nach dem Ersten Weltkrieg benötigte Österreich ständig ausländische Anleihen, um das Volk überhaupt ernähren zu können (x059/65).

Alle großen österreichischen Parteien nahmen den deutsch-österreichischen Anschluß in ihre Parteiprogramme auf. In den folgenden Jahren wurden die österreichisch-deutschen Einigungsbestrebungen (wie z.B. die deutsch-österreichische Zollunion im Jahre 1931) jedoch vor allem durch Frankreich und Italien verhindert.

Infolge der Liquidierung der jahrhundertealten "Habsburger Ordnung" war Ost-Mitteleuropa noch wesentlich "zerrissener" als vor dem Kriegeausbruch. In den "neuen Staaten" Jugoslawien, Polen, Rumänien und in der Tschechoslowakei lebten die unterschiedlichsten Volksgruppen zusammen. Diese "neuen Staaten" verbündeten sich naturgemäß mit Frankreich und England gegen Österreich und das Deutsche Reich. Aufgrund des bisherigen Nationalitätenkampfes und der bestehenden historischen Feindschaften waren schwere Auseinandersetzungen nur eine Frage der Zeit.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über "Österreich" nach dem Frieden von Saint-Germain-en-Laye (x051/433): >>Österreich, im Südosten an das Deutsche Reich grenzender Bundesstaat mit rund 84.000 km² und 6,7 Millionen Einwohnern (1930).

Dem "deutschen Rest" des Habsburgerreiches wurde im Frieden von Saint-Germain-en-Laye (10.9.19) der einhellig gewünschte Anschluß an Deutschland untersagt.

Vier fundamentale Widersprüche, denen keine hinreichend integrierenden Kräfte gegenüberstanden, ließen Österreich nach dem Zusammenbruch der Großen Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen unter Renner (10.6.20) bis zuletzt nicht zur Ruhe kommen und verhinderten die Ausbildung einer nationalen Identität: historisch die verklärende Erinnerung an Alt-Österreich;

ideologisch und parteipolitisch die Polarisierung zwischen antimarxistischem Bürgerblock mit Christlichsozialen unter I. Seipel (Kanzler 1922-24 und 26-29), Großdeutscher Volkspartei und Landbund und dem austromarxistischen Lager, vertieft durch die paramilitärischen Konflikte zwischen Heimwehren und Republikanischem Schutzbund; gesellschaftlich der Gegensatz zwischen dem industrialisierten "roten" Ballungszentrum und bürokratischem Wasserkopf Wien (25 % der Bevölkerung) und den überwiegend agrarisch-konservativen Bundesländern, die nach der Auflösung der Donaumonarchie nicht in der Lage waren, die Hauptstadt ausreichend zu ernähren (Hungerrevolten 1918/22);

national die Auseinandersetzung um den Anschluß zwischen den um staatliche Selbständigkeit bemühten Christlichsozialen und den Sozialdemokraten, die sich vom Aufgehen im Deutschen Reich den "Anschluß an den Sozialismus" erhofften. ...<<

Rumänien erzielte als Siegermacht des Ersten Weltkrieges erhebliche Gebiets- und Bevölkerungsgewinne und konnte durch die Friedensverträge von Saint-Germain-en-Laye vom 10.

September 1919 und Trianon (1920) die Gebiete und die Bevölkerung des bisherigen Staates mehr als verdoppeln (x007/3E).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die Verhältnisse in Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg (x051/504-505): >>Rumänien, Staat in Südosteuropa mit 294.967 qkm und rund 18 Millionen Einwohnern (1930); wechselnde Staatsform: 1918-38 konstitutionelle Monarchie, Februar 38 - September 40 Königsdiktatur unter Carol II., September 40 - 23.8.44 autoritäres Regime unter I. Antonescu.

Innenpolitisch war Rumänien ab 1918 instabil und krisengeschüttelt: Agrarfrage, Antisemitismus, Aufkommen faschistischer Gruppierungen (Eiserne Garde u.a.) neben den beiden großen Blöcken der Nationalen Bauernpartei und der Liberalen Partei, rasch wechselnde Koalitionen, Korruptionsfälle, Integrationsprobleme der nationalen Minderheiten.

Außenpolitisch gelang bis 1940 eine Linie der Balance: Die Verteidigung der großen territorialen Gewinne in den Friedensverträgen von 1919/20 (Siebenbürgen, westliches Banat, Bukowina, Bessarabien, Süd-Dobrudscha) gegen die revisionistischen Ansprüche Ungarns, der Sowjetunion und Bulgariens verwies Rumänien auf die Kleine Entente und das Bündnis mit Polen (3.3.21) und Frankreich (10.6.26). ...<<

Adolf Hitler schrieb am 16. September 1919 in seiner ersten politischen Stellungnahme über den Antisemitismus (x244/394).

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über den "Antisemitismus" nach dem Ersten Weltkrieg (x051/30-31): >>(Antisemitismus) ... Von der Verbindung des Antisemitismus ging dann Hitler in seinen programmatischen Äußerungen und in seinem Buch "Mein Kampf" aus.

Hitler der von österreichischen Antisemiten wie Schönerer und Lueger beeinflusst war, verkündete den Antisemitismus mit aller Konsequenz und Schärfe praktizieren zu wollen, besonders durch die gesellschaftliche Ausgrenzung und Ausschaltung der Juden. Seine politische Perspektive war, dem deutschen Volk durch den Antisemitismus "den großen, einigenden Kampfgedanken zu schenken".

Letztlich wollte Hitler von dem neuen Gewicht ausgehen, das der Antisemitismus nach dem verlorengegangenen 1. Weltkrieg gewonnen hatte. Der Glaube, daß das Judentum verantwortlich sei für den Untergang des Kaiserreiches und den "Dolchstoß" gegen die unbesiegt kämpfende Front verübt habe, bekräftigte die Sündenbockfunktion der Juden, nachdem in den letzten Jahren vor dem Krieg der wirtschaftliche Aufschwung eher ein Abklingen antisemitischer Tendenzen zur Folge gehabt hatte.

Auch die in und nach dem Weltkrieg zur Macht gewordene kommunistische Bewegung wurde von den Antisemiten den Juden in die Schuhe geschoben. Außerdem galt ihnen der Kommunismus als von Juden geführt und manipuliert.

Typisch für den Nachkriegs-Antisemitismus waren eine zunehmende "Skrupellosigkeit und eine stärkere Anerkennung der physischen Gewalt". ...

Jüdische Organisationen versuchten energisch argumentativ gegen die Zuschreibung der Schuld an Weltkrieg und Niederlage vorzugehen: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wies z.B. 1924 in Flugblättern auf die 120.000 gefallenen Juden hin und forderte "die deutschen Frauen" auf, nicht zu dulden, daß "die jüdische Mutter in ihrem Schmerz verhöhnt wird".

Derartige Aktionen blieben völlig erfolglos, da der Antisemitismus als im Unterbewußtsein verankertes Vorurteil nicht durch Hinweise auf das Unrichtige oder Unsinnige seiner Vorstellungen "widerlegt" werden konnte.

Die NSDAP Hitlers war eine der antisemitischen Parteien der Weimarer Republik, von denen außerdem noch die Deutsch-Völkische Freiheitspartei des Generals Ludendorff zu erwähnen wäre. Stärkere Verbreitung hatten zunächst die antisemitischen Parolen der DNVP oder des

Alldeutschen Verbandes.

Das Programm der NSDAP von 1920 ging auf die Juden vor allem in Punkt 4 ein, wonach "Volksgenosse" und Staatsbürger nur sein könne, "wer deutschen Blutes ist"; "Kein Jude kann daher Volksgenosse sein". Eine Realisierung dieser Forderung mußte zur Ausbürgerung aller Juden und damit auch zu ihrer Entfernung aus den öffentlichen Ämtern führen.

Auch andere Programmpunkte wie die "Brechung der Zinsknechtschaft", die Kommunalisierung der Warenhäuser und die Agrarreform wurden so ausgelegt, daß sie als ausschließlich gegen die Juden gerichtet verstanden wurden.

Eigene Akzente versuchte die NSDAP zu setzen, indem sie seit 1927 im Rahmen ihrer Politik zugunsten des Mittelstands Boykottaktionen gegen Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte durchführte. Sie gab diese als "jüdische Erfindung" aus und behauptete, Warenhäuser seien durchweg von Juden geführt.

Der "Völkische Beobachter" schrieb dazu am 28.1.27: "Man mag den Kampf gegen die Warenhäuser führen, wie man will: Solange man den wahren Grund, aus dem heraus die Gefahr entstanden ist (unersättliche jüdische Machtgier), verschweigt, solange man nicht wagt, von Juden zu sprechen, ... so lange wird der Kampf gegen das Warenhaus nur ein halber sein. Deshalb kann auch der Mittelstand nur durch den Nationalsozialismus gerettet werden."

Die Weltwirtschaftskrise um 1930 hat wie die von 1873 noch einmal starke antisemitische Affekte hervorgerufen. "Eine antisemitische Hochstimmung" begünstigte den Aufschwung des Nationalsozialismus (Reichmann). ...<<

Am 18. September 1919 wurde Hitler DAP-Mitglied (Nr. 55) und fiel schon bald durch sein erstaunliches Rednertalent auf.

Hitler verfügte über ein äußerst jähzorniges Temperament. Oft steigerte er sich während seiner hemmungslosen Reden und Diskussionen in einen regelrechten Rauschzustand. Gegner und Kritiker, die Hitlers Meinung nicht akzeptierten, schrie der maßlose, selbstherrliche Egozentriker nicht selten regelrecht nieder. Der begabte, fanatische Volksverführer, der unter krankhaften Minderwertigkeitskomplexen litt, feilte ständig besessen an seinen dramatischen, leidenschaftlichen und hetzerischen Reden.

Da Hitler nichts dem Zufall überließ, trainierte er in den folgenden Jahren, mit Hilfe seines Fotografen (Hoffmann), unentwegt neue Rednerposen.

Heinrich Hoffmann (1885-1957, im Ersten Weltkrieg Bildberichterstatter, ab 1919 Hitlers Fotograf und Reisebegleiter) gehörte bis zum Schluß zu Hitlers engsten Vertrauten.

Ein bolschewistischer Parteisekretär berichtete am 26. September 1919 aus Jaroslawl über die Tscheke, von 1917-22 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten, danach umgewandelt zur GPU (x265/119): >>... Tschekisten plündern und verhaften, wen sie wollen. Sie wissen, daß sie straffrei bleiben und haben deshalb die Tschekazentrale in ein Riesenbordell umgewandelt, wo sie die "bürgerlichen" Frauen hinbringen. Überall herrscht Trunkenheit. Kokain ist bei den Chefs weit verbreitet.<<

Stanislaw Grabski (1871-1949, ein führender nationaldemokratischer Politiker) forderte im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen Gebieten müsse man die fremden Elemente (die Deutschen stellten damals in den ehemaligen preussischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung) auf 1,5 % herabdrücken (x025/42).

Der polnische Staatsrechtler S. Kutrzeba schloß Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).

Im September 1919 besetzten polnische Einheiten die Ukraine und Ostgalizien (mit Vollmacht der Alliierten) sowie Minsk in Weißrußland.

Ein bolschewistischer Parteikontrolleur berichtete am 16. Oktober 1919 aus Astrachan über die selbstherrlichen Führungskräfte der Tscheke-Spezialeinheiten (x265/119): >>... Artabe-

kow, der Chef der Spezialeinheiten der XI. Armee, erkennt nicht einmal mehr die Zentralgewalt an.

Als Genosse Zakowski, der im Auftrag von Moskau die Arbeiten der Spezialeinheiten kontrollierte, am 30. Juli bei Artabekow vorsprach, sagte dieser zu ihm: "Sagt Dserschinski (Begründer und Leiter der Tscheka), daß ich mich nicht kontrollieren lasse. ...

Vom Personal, das größtenteils aus zweifelhaften, ja kriminellen Elementen besteht, wird keine einzige Verwaltungsnorm respektiert. Von der Operationsabteilung gibt es so gut wie gar keine Akten. Was die Todesurteile und Hinrichtungen betrifft, so habe ich keine individuellen Sitzungs- und Urteilsprotokolle gefunden, lediglich Listen, meist unvollständige, auf denen nur die Notiz steht "Erschossen auf Befehl des Genossen Artabekow". Was die Vorkommnisse von März betrifft, so ist es unmöglich sich ein Bild zu machen, wer erschossen wurde und warum. ...

Täglich gibt es Trinkgelage und Orgien. Fast alle Tschekisten haben einen starken Kokainkonsum. So könnten sie – wie sie sagen – den täglichen Anblick von Blut besser ertragen. Im Gewalt- und Bluttausch kommen die Tschekisten ihrer Pflicht nach, aber es sind ohne Zweifel unkontrollierte Elemente, die streng überwacht werden müssen.<<

Die Alliierten hoben am 25. Oktober 1919 die Ostseeblockade für deutsche Schiffe auf.

Der spätere Außenminister Walther Rathenau schrieb am 10. November 1919 in der Berliner Zeitung "Welt am Montag" über den Jahrestag der Revolution (x1.142): >>Es war keine Revolution. Bloß ein Zusammenbruch. Die Türen sprangen auf, die Aufseher liefen davon, das gefangene Volk stand im Hof, geblendet, seiner Glieder nicht mächtig. Wäre eine Revolution gewesen, dann hätten die Kräfte und Ideen, die sie erzeugte, fortgewirkt. Jede Bewegung und jede Wesenheit wird nur erhalten durch die Kräfte, die sie zeugen. Das Volk wollte nichts als Ruhe ...

Das erste Jahr hat ein Maß von Ordnung gebracht. Das war zu erwarten, denn wir sind ein ordentliches Volk. Es hat bürgerliche Maßnahmen, eine altmodische Republik-Verfassung und dergleichen gebracht. Gedanken und Taten hat es nicht gebracht ... Wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind. Auf immer? Nein. Denn jetzt erst beginnt der Druck, der uns flüssig macht und umschmilzt ... Die nächsten Jahre sind da, um die Probleme zu begreifen. Dann wird sich zeigen, ob unsere Kraft weiter reicht als zur Kopie der bürgerlichen Demokratien und Wirtschaften des vorigen Jahrhunderts. Ich glaube, ja. ...<<

Die ehemaligen militärischen Oberbefehlshaber Hindenburg und Ludendorff erklärten am 18. November 1919 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, daß die deutsche Armee nicht durch die gegnerischen Truppen besiegt, sondern durch Verrat und Revolution in der Heimat "von hinten erdolcht" worden sei (sogenannte "Dolchstoßlegende").

Der deutsche Historiker Eberhard Jäckel berichtete später über die sogenannte "Dolchstoßlegende" (x105/171): >>... Die alten Gewalten, damals geführt von der Obersten Heeresleitung, waren unter dem Schock der militärischen Niederlage und aus Angst vor einer sozialen Revolution nach russischem Muster vorübergehend ohnmächtig geworden und hatten die politische Macht der oppositionellen Parlamentsmehrheit überlassen.

Als sie bald darauf aus ihrer Ohnmacht erwachten, konnten sie zu ihrer Befriedigung feststellen, daß die Demokraten den Staat, so gut es ging, gerettet hatten und daß die meisten Befürchtungen unbegründet gewesen waren. Nun erwies sich der Verzweiflungsschritt der Obersten Heeresleitung vom Herbst 1918 (sie versuchte nach dem Waffenstillstandsangebot noch einmal auf Fortführung des militärischen Widerstandes hinzuwirken; am 26. Oktober 1918 wurde General Ludendorff entlassen) als sogar in manchem vorteilhaft.

Indem man nämlich den demokratischen Parteien das Geschäft der Beendigung des Krieges und des staatlichen Neuaufbaus überlassen hatte, konnte man ihnen jetzt auch noch die Verantwortung für die Folgen der Niederlage zuschieben und sich so eine gute Ausgangsbasis für

die Rückkehr zur politischen Macht verschaffen.

Von dort aus eröffnete die Rechte einen erbarmungslosen Kampf, nicht nur gegen die Regierung, sondern ganz allgemein gegen die Republik, und eines der Hauptargumente war dabei die bewußt und nachweisbar falsche Behauptung, die Linke sei für die Niederlage verantwortlich, sie habe dem kämpfenden Heer den Dolch in den Rücken gestoßen.

Unter diesen Umständen war die Position der Weimarer Republik von allem Anfang nahezu aussichtslos. Ihr fehlte eine hinreichende Grundlage in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie war ein offensichtliches Produkt der Niederlage. Es gab keinen Konsens (Übereinstimmung) über die Staatsform und folglich kein demokratisches Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition auf dem Boden einer allgemein akzeptierten Verfassung.

Statt dessen erhob sich sowohl auf der Rechten wie auf der äußersten Linken ein ganz grundsätzlicher Widerstand gegen die demokratische Staatsform schlechthin, der mit seinem Denken in Freund-Feind-Kategorien die politische Auseinandersetzung und nicht zuletzt die Parlamentsdebatten vergiftete. Die im Krieg anerzogene und gepriesene Gewalttätigkeit wurde auf den Kampf gegen den innenpolitischen Gegner übertragen. ...<<

Der US-Senat weigerte sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.

US-Senator William E. Borah (1865-1940) analysierte während dieser Senatsdebatte realistisch und schonungslos (x065/372-373): >>... Ihr Vertrag bedeutet nicht Frieden. Wenn wir die Zukunft an Hand der Vergangenheit beurteilen, bedeutet er Krieg ...<<

Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigrierte 1933 in die Schweiz) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x321/8): >>Das Vertragswerk von Versailles war nur das Werkzeug zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. ... Das was nicht der Friede der 14 Punkte Wilsons, der mit der Note des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 3. November 1918 feierlich zur Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen geworden war.

Im Vertrauen auf die Heiligkeit der Verträge hatte Deutschland damals die Waffen niedergelegt und die unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Jetzt sah es sich in seinem Vertrauen getäuscht, den Vorfriedensvertrag von den Siegermächten schnöde gebrochen und damit die zwischenstaatliche Ordnung für alle Zukunft erschüttert, Gewalt an die Stelle des Rechtes gesetzt.<<

Da der US-Senat den Versailler Vertrag und den Beitritt zum Völkerbund später beharrlich ablehnte, verlangte die beleidigte französische Regierung nur noch unnachgiebiger die Erfüllung der astronomischen, unbezahlbaren Reparationsverpflichtungen.

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtete später über die Weigerung des US-Senats, den Versailler Vertrag zu ratifizieren (x291/64-65): >>... Damit fehlte die kriegsentscheidende Großmacht nicht nur im Völkerbund, auch der amerikanisch-französische Garantievertrag wurde hinfällig, und der britisch-französische Garantievertrag löste sich, weil sein Inkrafttreten von der Ratifizierung des amerikanischen Vertrags abhing, in Nichts auf.

Dabei hinaus zeigten die USA keine Bereitschaft, Frankreich mit Rücksicht auf die angestrebte Ordnungsfunktion in Europa entgegenzukommen. Weder wollten sie die enormen französischen Kriegsschulden stunden oder gar erlassen, noch sahen sie eine Notwendigkeit, den Franc zu stützen oder sich für die Einlösung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu verwenden; die neue Republikanische Administration in Washington war im Gegenteil daran interessiert, Deutschland nicht zu sehr zu belasten, um die amerikanischen Geschäfte auf dem nach wie vor einträglichen Markt des alten Kontinents nicht zu beeinträchtigen.

Die britischen Verbündeten blieben zwar Vertragspartner des allgemeinen Friedensvertrags, sie gewannen aber nun den Eindruck, dem Deutschen Reich schon zuviel zugemutet zu haben, und ließen die Franzosen daher insbesondere bei der Eintreibung der Reparationen (die sie

selbst ursprünglich viel höher angesetzt hatten als die französischen Experten) ziemlich allein. ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote und die Versailler Friedensverhandlungen (x320/17-18): >>**Die Konferenz**

Es kommt zum Waffenstillstand und der Konferenz von Versailles, die in fataler Weise Geschichte schreiben wird. Die Versammlung leitet der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der die 14 Wilson-Punkte nicht anerkennt und die deutsche und die österreichische Konferenzdelegation von den Verhandlungen ausschließt. So verhandeln Briten, Franzosen, Amerikaner, Belgier, Polen und weitere 22 Siegerstaaten geschlossen unter sich. Sie beschließen die Abtrennung deutscher Gebiete und die Geld- und Sachreparationen, die Deutschland an sie abtreten, zahlen oder leisten soll. Sie legen die nach Versailles benannte Nachkriegsordnung für Europa zu alleinigen Lasten der Besiegten fest.

Am 7. Mai 1919 werden die von den 27 Siegerstaaten festgelegten Bedingungen erstmals der deutschen Delegation eröffnet. Clemenceau überreicht sie mit den Worten: "Die Stunde der Abrechnung ist da." Die Bitte der deutschen Delegation, den "Vertrag", den sie nun unterschreiben soll, vorher verhandeln zu können, wird abgelehnt. Um dem Ausmaß ihrer Forderungen den Anschein von Berechtigung zu geben, versteigen sich die Sieger darauf, Deutschland und seinen Kriegsverbündeten die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuzuschreiben.

Der Vertrag verlangt von Deutschland eine große Zahl an Land- und Bevölkerungsabtretungen: das zu 88 Prozent deutschsprachige Elsaß-Lothringen an Frankreich, die Provinzen Posen, fast das ganze, zu 70 Prozent deutschsprachige Westpreußen und das oberschlesische Industriegebiet an Polen, das Memelgebiet an den Völkerbund, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Nordschleswig an Dänemark, das Gebiet um die Städte Eupen und Malmédy an Belgien sowie Danzig und Umland als Freistaat unter die Hoheit des Völkerbundes. Der Vertrag stellt außerdem das Saargebiet für 15 Jahre unter Frankreichs Herrschaft.

Mehr als die Landverluste schmerzen die erzwungenen Bevölkerungsabtretungen. Die Ausgliederung von sieben Millionen Menschen aus dem Deutschen Reich und die Grenzen neuer Staaten trennen Millionen von Familien auf unbestimmte Dauer. Mit dem Vertrag verliert Deutschland seine Kolonien, zumeist an England. Die Streitkräfte werden auf 100.000 Mann im Heer und 15.000 in der Marine reduziert.

Das Deutsche Reich muß den größten Teil der Handelsflotte und seiner Goldreserven an die Sieger übergeben, dazu einen Großteil seiner jährlichen Eisenerz- und Kohleförderung, Unmengen von Nutzvieh sowie Landwirtschaftsmaschinen, 150.000 Eisenbahnwaggons und viele tausend Lokomotiven und Lastkraftwagen. Das gesamte private Auslandsvermögen und unzählige Industriepatente werden konfisziert. Die Geldzahlungen sind exorbitant und über 70 Jahre zu begleichen.

Deutschland wird diese, wie sich später zeigen wird, nie in voller Höhe zahlen können. ...<<

US-Senator William E. Borah erklärte am 19. November 1919 während der Senatsdebatte über den Beitritt der USA in den Völkerbund (x243/81): >>... Wenn wir erst einmal nachgegeben haben und uns in europäische Probleme verwickeln lassen, wo, meine Freunde, wird das aufhören? ...

Wir können die Monroe-Doktrin nur einhalten, wenn wir auch das Grundprinzip einhalten, auf dem sie beruht, und das ist die Politik Washingtons. ...

Dieser Vertrag gefährdet, was für mich die grundlegenden, allerersten Prinzipien dieser Republik sind. Es steht im Widerspruch zu dem Recht unseres Volkes, sich selbst zu regieren, ohne irgendeine rechtliche oder moralische Beschränkung durch ausländische Mächte. ...<<

Der US-Senat lehnte den Beitritt zum Völkerbund später ab.

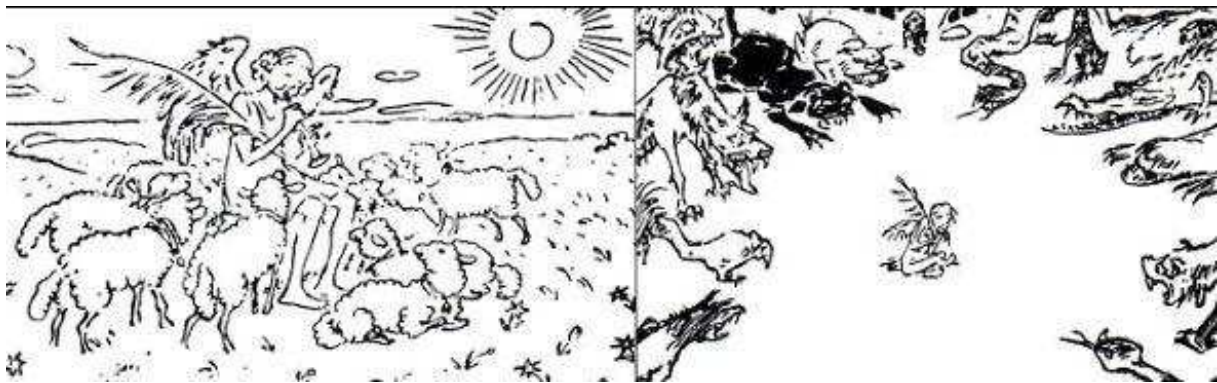


Abb. 58 (x299/61): Der Völkerbund ... und wie er in Wirklichkeit aussieht (Arpad Schmidhammer, 1920).

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Neuilly am 27. November 1919 mußte Bulgarien folgende Gebiete abtreten: Die Dobrudscha an Rumänien, Thrakien mit dem Zugang zur Ägäis an Griechenland und die nordwestlichen Gebiete an Serbien bzw. Jugoslawien.

Der östlich Teil Westpreußens (Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen) und Teile der Regierungsbezirke Allenstein und Marienwerder wurden am 14. Dezember 1919 den preußischen Provinzen Pommern und Ostpreußen zugeordnet.

Bei den Danziger Kommunalwahlen am 14. Dezember 1919 erhielten die polnischen Parteien lediglich 8 % der Stimmen (x034/79).

Der tschechische Jurist Josef Stehule (1875-1946) schrieb im Jahre 1919 über die Sudeten-deutschen (x320/32): >>Der Deutsche als Feind der Menschheit kann das Recht auf Selbstbestimmung nicht nach seinen egoistischen Bedürfnissen wahrnehmen ... Es sind die Slawen, auf deren Kosten sich der Deutsche ausgebreitet hat und dieses Unrecht muß nach Meinung der Menschheit wiedergutmacht werden, das heißt das deutsche Volk muß dieses Territorium seinen rechtmäßigen Eigentümern herausgeben. ... Die in unserem Staat lebenden Deutschen bilden keine historisch-politische Individualität, welche allein die Träger des Rechtes auf Selbstbestimmung sein kann. Es sind dies ursprünglich Kolonisten. ...<<

Siegeszug der europäischen Diktaturen nach dem Ersten Weltkrieg

Die "Friedensverträge" mit dem Deutschen Reich (Versailles: 1919), mit Österreich (Saint Germain-en-Laye: 1919), mit Bulgarien (Neuilly: 1919), mit Ungarn (Trianon: 1920) und mit dem Osmanischen Reich (Sèvres: 1920) veränderten das politische System Ost-Mitteleuropas entscheidend, denn sie zertrümmerten z.T. jahrhundertealte Strukturen.

Nach diesen "Friedensverhandlungen", die ohne die Besiegten abgewickelt wurden, entstanden insgesamt 9 neue europäische Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien) sowie Armenien.

In fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges ruiniert wurden, setzten sich schon bald radikale Nationalisten durch. Die "Pariser Vorortfriedensverträge" schwächten zusätzlich die politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas und bereiteten nachweislich auch den Untergang der demokratischen Weimarer Republik vor.

Nach dem Ersten Weltkrieg folgte sehr schnell ein regelrechter Siegeszug der Diktaturen. In folgenden Ländern wurden totalitäre Diktaturen errichtet, die alle politischen Gegner verfolgten und meistens jede Art von Presse-, Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewalt-sam unterdrückten: Sowjetunion (1917/21), Ungarn (1920), Italien (1922), Bulgarien, Spanien und Türkei (1923), Albanien (1925), Polen, Portugal und Litauen (1926), Jugoslawien (1929), Rumänien (1930), Deutschland und Österreich (1933) Estland und Lettland (1934) sowie

Griechenland (1936).

Julius Leber erklärte im Jahre 1925, daß die Pariser Vorortfriedensverträge den Zustand Europas nicht bessern, sondern die europäische Krankheit - den Nationalismus – sicherlich in ein chronisches Leiden verwandeln würden (x084/117).

Angesichts dieser historischen Tatsachen muß der Zweite Weltkrieg grundsätzlich im inneren Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und den verhängnisvollen Friedensverträgen von 1919/20 gesehen werden.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die außenpolitische Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg (x057/209): >>Die außenpolitischen Wesenszüge der "Zwischenzeit" waren zunächst gekennzeichnet durch das Bestreben der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die Friedensverträge und den Erfolg des Krieges sicherzustellen, während die Besiegten von Anfang an eine Revision erstrebten. Besonders das deutsche Volk empfand einmütig den Diktatfrieden, hauptsächlich die Gebietsverluste, als ungerecht.

Statt einer Befriedung der Nationen entstanden neue Spannungen. Der Völkerbund – errichtet zur Aufrechterhaltung des Friedens – erwies sich damals ... (am) Anfang als Instrument der Sieger, zumal die Urheber-Nation, die USA, sich lange Zeit aus der Europa-Politik zurückzog, und den Versailler Vertrag nicht ratifizierte.

Dagegen blieben die besiegten Staaten, ebenso zunächst die Sowjetunion ausgeschlossen. Auf der anderen Seite festigte sich im Osten allmählich die Herrschaft der Bolschewiken in der UdSSR, während gleichzeitig Japans Imperialismus in ... Erscheinung trat. Den gleichen Expansionsdrang entfalteten in Europa auch das von Versailles enttäuschte faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland.

Hieraus entstand 20 Jahre nach Beendigung des ersten ein zweiter Weltkrieg, der die Welt über ein halbes Jahrzehnt erschütterte, mit dem völligen Zusammenbruch des Deutschen Reiches endete und schließlich die Welt in noch größere gegensätzliche Gruppen – USA, UdSSR – aufspalten sollte, um die sich je nach Lage und politischer Einstellung die übrigen Mächte des Westens gruppieren, so daß erneut eine Bedrohung des Weltfriedens auftauchen sollte.<<

Planmäßige Verdrängungskämpfe in Ost-Mitteleuropa

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es eigentlich nur in Österreich-Ungarn erhebliche Schwierigkeiten mit den radikalen slawischen Nationalisten. Die überwiegende Mehrheit der ethnischen Minderheiten lebte bis zum Ersten Weltkrieg verhältnismäßig friedlich, ohne größere Probleme, zusammen. In den neuen slawischen Nachfolgestaaten, die naturgemäß Frankreichs Verbündete gegen das Deutsche Reich wurden, erschwerte besonders der ausgeprägte slawische Nationalismus ein entspanntes, friedfertiges Zusammenleben der unterschiedlichen Nationalitäten.

Bei der Neuordnung Ost-Mitteleuropas wurden die völkerrechtlichen Grundsätze der Selbstbestimmung meistens nicht beachtet, sondern vielerorts zum Nachteil der Besiegten angewandt. Infolge der willkürlichen Grenzziehungen wurden vielfach die unterschiedlichsten Volksgruppen zusammengefaßt, so daß sich schon bald überall rücksichtslose Verdrängungskämpfe entwickelten.

Als die Deutschen in Posen, Westpreußen, Ostoberschlesien, im Buchenland (Bukowina), im Sudetenland, in Böhmen und Mähren, Ungarn und in Jugoslawien urplötzlich den Schutz des Deutschen Reiches oder Österreich-Ungarns verloren, waren sie den neuen slawischen Landesherren auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

In den neuen Staaten nutzten die Regierungen jedes erfolgversprechende Druckmittel, um alle Deutschen, die größtenteils seit Jahrhunderten wirtschaftlich und kulturell mit dem Deutschen Reich oder Österreich verbunden waren, fast völlig von ihren Heimatländern zu isolieren.

In Polen und in der Tschechoslowakei verzichtete man in den ersten Jahren noch bewußt auf gewaltsame Massenenteignungen und Vertreibungen der deutschen Minderheiten, denn nach

den damaligen völkerrechtlichen Grundsätzen und Verträgen mußten hohe Entschädigungszahlungen an die Vertriebenen geleistet werden.

Aufgrund der z.T. jahrhundertelangen gemeinsamen Vergangenheit, die nicht selten äußerst tragisch verlaufen war, bestand zwischen den Slawen und Deutschen meistens kein freundschaftliches, sondern vielmehr ein ausgesprochen spannungsgeladenes Verhältnis. Während der langen russisch-deutsch-österreichischen Fremdherrschaft (1772, 1793 und 1795-1918) hatte sich vor allem in Polen ein stark ausgeprägtes bzw. übersteigertes slawisches Nationalgefühl entwickelt.

Obgleich während der gesamten deutschen Fremdherrschaft Polen und deutsche Ostsiedler eigentlich relativ friedlich zusammen gelebt hatten, herrschte gegenüber den deutschen Minderheiten nicht selten eine feindliche, haßerfüllte Stimmung. Trotz alledem akzeptierte und duldete die Mehrheit der Polen ihre deutschen Nachbarn, die seit Generationen die polnische Sprache beherrschten.

Die Abneigung der Slawen hatte jedoch nicht nur nationale oder historische Ursachen. Oftmals ging es bei den späteren Auseinandersetzungen vor allem nur um wirtschaftliche, soziale oder religiöse Gründe. Naturgemäß sorgten auch die gegensätzlichen Eigenschaften, Sitten und Bräuche der Völker ständig für Probleme. Die Volksdeutschen und die Juden gehörten meistens der wohlhabenden Mittel- und Oberschicht an. Infolge dieser vielfältigen Unterschiede herrschte in fast allen Ländern Ost-Mitteleuropa eine ausgeprägte antideutsche und antijüdische Stimmung.

Besonders unter den Volksdeutschen in Polen, die vielfach schon vor dem Ersten Weltkrieg durch aggressive polnische Nachbarn und fanatische Nationalisten bedroht worden waren, breitete sich zusehends trostlose Orientierungslosigkeit, panische Angst, Wut oder Verzweiflung aus. In Jener Zeit wehrte sich die deutsche Minderheit fast ausschließlich mit friedlichen Mitteln gegen die völkerrechtswidrigen Unterdrückungsmaßnahmen (Ausnahmen: Verzweiflungstaten von einzelnen Volksdeutschen). In den Jahren 1919-34 schrieben die Volksdeutschen Tausende von Petitionen an den Völkerbund (x028/28-29).

Der Völkerbund (1919 von den Entente-Mächten gegründet) war damals praktisch handlungsunfähig, weil jeder belastete Mitgliedstaat (wie z.B. Polen, Tschechoslowakei, Rumänien oder Jugoslawien) sein Vetorecht geltend machen konnte. Die Beschwerden der nationalen Minderheiten wurden deshalb größtenteils überhaupt nicht bearbeitet, sondern lediglich "abgelegt".

Obwohl die Tschechen in Österreich-Ungarn traditionell großzügige Vorrechte und eine gewisse Unabhängigkeit erhalten hatten, gewährten sie den Deutschen nach Gründung der Tschechoslowakei grundsätzlich keine Freiheiten. Für die neuen slawischen Regierungen waren die Deutschen keine gleichberechtigten Staatsbürger, sondern in erster Linie wichtige Arbeitskräfte.

In allen neuen Staaten sollten die nationalen Minderheiten zwar offiziell wie gleichberechtigte Einwohner behandelt und eingegliedert werden, aber meistens strebte man mittel- und langfristig eine radikale "Entdeutschung" an. Der absolute slawische Herrschaftsanspruch duldete keinen Widerspruch und mißachtete ständig alle vertraglich zugesicherten Minderheitsrechte. Die Deutschen und andere Minderheiten wurden überall rücksichtslos bekämpft, wenn sie sich nicht vollständig unterordneten.

Besonders wirkungsvolle Verdrängungsmaßnahmen waren wirtschaftliche, soziale und kulturelle Benachteiligungen, Belästigungen, Diskriminierungen und sonstige Schikanen, wie z.B. Verbot der deutschen Amtssprache, Beamtenentlassungen, Schulschließungen, Abschaffung des Erbrechts für Deutsche, Auflösung der kommunalen Selbstverwaltung, erzwungene Übernahme der Staatsbürgerschaft, Zwangsenteignungen und Boykottmaßnahmen aller Art (x025/-42).

Dieser allgegenwärtige Terror machte den deutschen Minderheiten schwer zu schaffen. Hilflos und verbittert mußten die eingeschüchterten Volksdeutschen einsehen, daß vor allem die unerbittlichen Polen und Tschechen keine Gelegenheit ausließen, wenn es darum ging, die sogenannten Volksdeutschen zu erniedrigen und zu schikanieren. Angesichts dieser feindlichen Grundeinstellung war nach dem Ersten Weltkrieg ein friedliches Zusammenleben fast unmöglich.

Völkergemisch in Südosteuropa

Infolge der willkürlichen Grenzziehungen verschärften sich nach dem Ersten Weltkrieg auch in Süd-Osteuropa die Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Behörden und den nationalen Minderheiten. Es herrschte überall eine äußerst angespannte Lage. Alle ethnischen Minderheiten, auch die Volksdeutschen, die man in Süd-Osteuropa allgemein als Schwaben bezeichnete, obwohl sie ursprünglich aus fast allen Gebieten Deutschlands stammten, wehrten sich energisch gegen jede Art von Entdeutschung und verteidigten ihr Volkstum und ihre Kultur.

In Jugoslawien, Ungarn und Rumänien lebten die verschiedensten Völker mit den unterschiedlichsten Glaubensbekenntnissen (römisch-katholische, griechisch-katholische, griechisch-orthodoxe, protestantische, islamische und jüdische Konfessionen) dicht neben- und miteinander. Die deutschen Kinder konnten meistens in den verschiedensten Landessprachen fluchen und die Lieder der anderen Völker singen. Alle deutschen Volksgemeinschaften hielten damals auf Gedeih und Verderb zusammen. Trotz der großen Entfernungen blieb man überall mit dem deutschen Vaterland und dem deutschen Volk verbunden.

In Jugoslawien litten die Volksdeutschen besonders häufig unter vorsätzlichen Benachteiligungen und Schikanen. Viele Volksdeutsche waren den Serben, Rumänen und anderen Nationalitäten meistens wirtschaftlich überlegen, deshalb konnten manche Nachbarn vielfach nur mühsam Haß, Neid und Mißgunst verbergen. Fast niemand liebte die selbstbewußten Volksdeutschen, aber auf ihre wichtige Arbeitskraft wollten die Staaten nirgends verzichten.

Erst nach Hitlers Machtergreifung erhielten die Volksdeutschen plötzlich überall größere Freiheiten, denn danach fürchteten alle südosteuropäischen Staaten den mächtigen Nachbarn und wollten nach Möglichkeit jegliche Feindschaften mit dem NS-Reich vermeiden.

Die Volksdeutschen freuten sich natürlich über die jahrelang entbehrten und vermißten Freiheiten. Einige nachdenkliche Deutsche dachten aber bereits frühzeitig mit großer Sorge daran, daß man diese unfreiwilligen Zugeständnisse sicherlich irgendwann bezahlen mußte. Der radikale deutsche Nationalsozialismus breitete sich jedoch erst relativ spät in Süd-Osteuropa aus.

Nach dem Ersten Weltkrieg erreichte die deutsche Staatsverschuldung im Jahre 1919 über 137,2 Milliarden Mark und löste eine rasante Inflation aus. Die deutschen Kriegskosten betrugen rund 165,0 Milliarden Goldmark (x074/1029). Die Kaufkraft der Mark betrug Ende 1919 nur noch 10 % (1918 = 50 %).

Der DNVP-Politiker Karl Helfferich schrieb 1919 in einem Flugblatt, das massenhaft verteilt wurde (x149/40): >>Das ist Herr Erzberger, ... der während der Friedensverhandlungen den Feinden seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab, den Schand- und Knechtschaftsfrieden bedingungslos zu unterzeichnen. ...

Überall im Lande muß mit unwiderstehlicher Gewalt der Ruf ertönen: "Fort mit Erzberger!"<<

Der spätere Außenminister Walther Rathenau schrieb im Jahre 1919 in seinem Buch "Der Kaiser" über den Ausbruch der Revolution im Deutschen Reich (x340/114): >>Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. ...

Diese Epoche war nicht nur eine deutsche, sondern eine allokdizidentale. In Deutschland aber war sie Verrat an Geist und Vergangenheit, und in Deutschland stieg sie zum Gipfel. In Deutschland mußte sie gebrochen werden. ... Um aber diese deutsche Epoche ins Herz zu treffen, mußte im Namen der Geschichte das Sichtbarste, das Zweifelfreieste, das Größte und Vorbildliche geschehen. ...<<

General Erich Ludendorff (1865-1937, von 1916-18 Generalstabschef des Heeres) erklärte im Jahre 1919 vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages zu Rathenaus Buch (x340/116):

>>... Es waren also Strömungen im Volk vorhanden, die nicht die Ansicht der Obersten Heeresleitung vertraten, daß wir auf Sieg kämpfen mußten, und diesen Störungen mußten wir Rechnung tragen.<<

Ernst Troeltsch (1865-1923, Philosoph und evangelischer Theologe) schrieb über die politische Stimmung im Deutschen Reich zum Jahresende 1919 (x149/38-39): >>Eine der üblichen Zeitungsüberschriften ist heute "Die Welt von rechts". ...

Die vom Zusammenbruch überraschten, ... (betäubten) und eine Zeitlang völlig hilflosen Kreise des alten Patriotismus und der alten Gesellschaftsordnung rafften sich wieder auf und benützten die von der Demokratie geschaffene Ordnung ... zu einem leidenschaftlichen Kampfe gegen die Träger des jetzigen Regimes und gegen die Revolution überhaupt. ...

Sprach man vor einem Jahr vor Studenten, so mußte man sich auf wilde pazifistische, revolutionäre, ja idealistisch-bolschewistische Widersprüche gefaßt machen; heute muß man auf antisemitische, nationalistische, antirevolutionäre Einsprüche sich einrichten. ...

Zum Teil stecken dahinter die patriotische Scham und Empörung über das Schicksal Deutschlands, den Betrug von Versailles und die Schwäche der Regierung, weiterhin ... die Agitation der sogenannten nationalen Parteien, der heute ein großer Teil der im tiefen Groll aus der alten glanzvollen Armee ausgeschiedenen Offiziere als leidenschaftliche Träger zur Verfügung stehen. ...<<

Deutsche Ostpolitik (1919-1933)

Das Deutsche Reich konnte zwar aufgrund der langjährigen Trennung die Abtretung Elsaß-Lothringens hinnehmen, aber keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen. Angesichts der größtenteils ungerechten Gebietsabtretungen waren die deutschen Regierungen grundsätzlich nicht bereit, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertlang erbittert gekämpft hatte.

Obgleich das entwaffnete Deutsche Reich gegenüber den hochgerüsteten europäischen Nachbarn fast wehrlos war, bemühten sich fast alle deutschen Politiker der Weimarer Republik beharrlich, um eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Die preußischen Außenpolitiker waren mit dieser Einstellung nicht allein, denn auch die große Mehrheit des deutschen Volkes wollte die "neuen Volksdeutschen" nicht im Stich lassen.

Der schlesische Dichter Gerhart Hauptmann rief z.B. im Jahre 1919 in der Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" zu Spenden für die von der Abtrennung bedrohten deutschen Reichsgebiete auf (x269/203-204): >>**Aufruf.**

Deutsche, wenn Ihr nicht müßig zusehen wollt, wie Euer blutendes Land noch weiter zerstückelt wird, so verhindert es.

Ihr braucht darum nicht zu den Waffen zu greifen, es ist auf friedlichem Wege möglich, Große und lebensnotwendige Gebiete, an unserer nördlichen, östlichen und südöstlichen Grenze haben durch Stimmenmehrheit ihrer Eingeborenen zu entscheiden, ob sie beim Reich verbleiben oder sich davon losreißen wollen. ... Alle müssen sie persönlich an die Wahlurne ihres Geburtsortes treten, wenn ihre Stimmen gezählt werden sollen. ...

Denen, die unbemittelt sind, muß die Reise ermöglicht werden. Darum, Deutsche, wenn ihr nicht zusehen wollt, wie Euer blutendes Land noch weiter zerstückelt wird, so sammelt Geld

für die Reise sowie den Unterhalt derer, die durch ihre Stimmabgabe in der Heimat das schwerste Unglück verhindern können.

Es gibt keinen Deutschen, Mann oder Weib, der diese einfache Sprache der Not nicht versteht. Es darf keinen solchen Deutschen geben. Es ist die Not, die uns wieder stark, und wenn auch in einem ganz anderen Sinne als früher, wieder groß machen muß. Es kann keinen Deutschen geben, der den Gewinn seiner Hilfeleistung in diesem Falle nicht sehen sollte: die Rettung und Erhaltung einer deutschen Einheit, die kraftvoll und lebensfähig ist. ...

Wir bitten nicht, wir betteln nicht. Wir sind nur das Sprachrohr der deutschen Not, des deutschen Bewußtseins, des deutschen Herzens. Durch uns spricht unser Volk zu sich selbst: Gib! Schenke her! Erfülle mit klarem Blick und schneller Hand das unbedingte Gebot der Pflicht gegen dich selbst! (Spenden auf Postscheckkonto Berlin ... Deutscher Schutzbund oder unter "Grenz-Spende" an jede Bank).<<

Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdlich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte. Die deutsche Regierung mußte außerdem wegen der gewaltigen finanziellen Probleme mit allen politischen Mitteln versuchen, Massenabwanderungen der Volksdeutschen zu vermeiden. Nach dem Ersten Weltkrieg war das ruinierte und hochverschuldete Deutsche Reich wirtschaftlich nicht in der Lage, mehrere Millionen vertriebene Volksdeutsche zu integrieren.

Das Deutsche Reich konnte den harten Existenzkampf der Volksdeutschen in Posen, Westpreußen, Polen und Oberschlesien nur inoffiziell bzw. verdeckt unterstützen, denn nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg waren direkte bzw. offene Unterstützungsmaßnahmen aus politischen Gründen völlig unmöglich.

Die deutsche Osthilfe

Da die staatlichen Stellen keine offiziellen Hilfsmaßnahmen durchführen konnten, gründete die deutsche Regierung private Organisationen, die diese Aufgaben übernahmen. Die deutsche Reichsregierung gründete 1919 den "Ostausschuß", der 1920 von 2 privaten Organisationen ("Deutsche Stiftung" und "Konkordia Literarische GmbH") abgelöst wurde. Diese Organisationen waren wie eingetragene Vereine organisiert und unterstützten die deutsche Industrie, das Bankwesen, die Presse, Schulen, Büchereien, Vereine und sonstige kulturelle Einrichtungen, die in den Abtretungsgebieten um ihre Existenz kämpften.

Der "Deutschtumsbund" förderte überwiegend die deutschen Bauern und Handwerksbetriebe durch zinslose Kredite. Weitere Beihilfen, Subventionen und Beistand gewährten außerdem verschiedene deutsche Wirtschaftsverbände, die Kirchen und Gewerkschaften, die auch für die gesamte Abwicklung der Arbeitslosenunterstützung zuständig waren.

In den Jahren 1923/24 gründete man mehrere ostdeutsche Jugendbewegungen, wie z.B. die "Ostlandscharen" ("Nach Ostland wollen wir fahren!"), die die ukrainischen und polnischen Saisonarbeiter in Ostpreußen, Ostpommern und in Ostbrandenburg verdrängen sollten. Bei diesen "Ostaktivitäten" handelte es sich in erster Linie um die "Wiedereroberung der deutschen Scholle" und um die Sicherung der "deutschen Ostlandzukunft".

Die materielle Unterstützung und der seelische Beistand konnten die Abwanderung der zermürbten deutschen Minderheiten selbstverständlich nicht in allen Gebieten vermeiden, aber man verhinderte vielerorts massive Verdrängungen der Volksdeutschen. Obwohl in Polen fast ständig politische Prozesse gegen Volksdeutsche stattfanden, konnte man den Deutschtum-Organisationen nie antistaatliche Handlungen nachweisen.

In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den polnischen Städten gelang es verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, Angestellten und der Beamten zu brechen. Dort kamen die Abwanderungsbewegungen der entnervten Volksdeutschen

trotz eindringlicher Durchhalteappelle nicht zum Stillstand. Viele Volksdeutsche konnten die systematischen Diskriminierungen nicht lange ertragen und kehrten in die deutschen Reichsgebiete zurück, so daß in den "neuen" polnischen Städten der deutsche Bevölkerungsanteil allmählich drastisch zurückging.

Von 1910-31 verminderte sich der deutsche Bevölkerungsanteil z.B. in Graudenz von 85 % auf 7,5 %, in Bromberg von 77,5 % auf 8,5 %, in Thorn von 66 % auf 4 % und in Posen von 42 % auf 2 %.

Von 1919-25 kehrten insgesamt 873.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück. Diese Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen = 700.000 (x001/124E), Ostoberschlesien = 90.000 und aus Kongreßpolen = 83.000 (x035/327).

Die Volksdeutschen, die mehrheitlich in geschlossenen Siedlungsgebieten lebten (wie im Sudetenland) und weiterhin über enge wirtschaftliche Verbindungen nach Österreich oder Deutschland verfügten, leisteten wesentlich stärkeren Widerstand. Obgleich sich die Lebensverhältnisse ständig verschlechterten, gaben viele Volksdeutsche die Hoffnung nicht auf. Gemäß der uralten "Ostsiedlermentalität" waren sie fest entschlossen, ihre jahrhundertealte Heimat bis zum bitteren Ende zu verteidigen.

Die deutschen Minderheiten kämpften ferner aufopferungsvoll und unermüdlich um den Bestand ihrer nationalen Eigenarten. Ungeachtet der zahllosen Gemeinheiten und Schikanen bemühten sie sich zäh und verbissen, um den kulturellen Charakter ihrer Dörfer, Kirchen, Schulen, Vereine sowie ihre alten deutschen Bräuche, Sitten und Lebensgewohnheiten zu erhalten. Serbische Truppen drangen im Jahre 1919 in Österreich (Steiermark und Kärnten) ein und schlugen die österreichischen Heimwehren nach erbitterten Kämpfen.

Im Jahre 1919 wurde die rechtsradikale ungarische "Partei der rassischen Vereinigung" gegründet. Sie nannte ihren Führer "Nationalsozialist" (x058/124).

Codreanu gründete im Jahre 1919 eine rechtsradikale Schülervereinigung (später "Eiserne Garde"), um den Bolschewismus zu bekämpfen (x058/124).

Die faschistische Bewegung forderte im Parteiprogramm des Jahres 1919 (x149/29): >>Mitbestimmungsrecht der Arbeitervertreter an der technischen Gestaltung der Industrie.

- Anerkennung der Befugnis der ... Arbeiterorganisationen, die Industrie und den öffentlichen Dienst zu verwalten. ...

- Eine hohe, außerordentliche und progressive Kapitalsteuer, die einer tatsächlichen Expropriation (Enteignung) eines Teiles aller Reichtümer gleichkommt.

- Die Beschlagnahme aller Güter religiöser Kongregationen (Orden) und die Abschaffung aller bischöflichen Einkünfte, die ein enormes Passivum (Last) und ein Privilegium einiger weniger bedeuten. ...<<

Im Jahre 1919 lebten in Nordamerika nur noch etwa 250.000 Ureinwohner (x180/129). Nach dem Ausbruch von Seuchen wurde erstmalig ein medizinischer Hilfsdienst eingerichtet.

Der nordamerikanische Historiker Alvin M. Josephy jr. berichtete später über die Lebensverhältnisse der amerikanischen Ureinwohner in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (x193/-18): >>Obwohl der Rassismus nach Niederschlagung des letzten indianischen Widertandes zum Ende des Jahrhunderts etwas von seiner Gewalttätigkeit verlor, war er noch lange nicht tot. So ist auch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt von dem Versuch, die indianische Identität auszulöschen – Ausdruck eines angelsächsischen Überlegenheitsgefühls, das kaum etwas Indianisches als erhaltenswert ansah.

In dieser schrecklichen Zeit sank die Zahl der Indianer in den USA auf 250.000, den niedrigsten Stand überhaupt, und auch ihre Moral war am Boden. Jetzt waren sie wirklich die "dahinsterbenden Amerikaner", die, wenig mehr als Gefangene, auf Reservationen lebten und starben und von den meisten Nichtindianern gar nicht mehr wahrgenommen wurden. Die vielzitierten amerikanischen Ideale der Religionsfreiheit, Selbstverwaltung und Selbstorganisation

galten für sie nicht, und Kontakte mit den Weißen blieben minimal.

Nicht daß solche Kontakte von den Weißen vermißt wurden; denn wenn sie überhaupt an Indianer dachten, dann vor dem Hintergrund überkommener Klischeevorstellungen nach dem Muster des verachtenswerten "indianischen Trunkenboldes", des "faulen Indianers", des Drückebergers, der "Indianer, die im Gegensatz zu uns allen keine Steuern zahlen". ...<<

Prof. Dr. Werner Stein berichtete in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" im Jahre 1919 (x074/1.033): >>Internationale Arbeitskonferenz in Washington beschließt: 48-Stunden-Woche, internationale Erwerbslosenstatistik, öffentliche statt privater Stellenvermittlung, 12-Wochen-Arbeitsverbot für werdende Mütter und Wöchnerinnen, Nachtarbeitsverbot für Frauen und Jugendliche, Schutz vor Giftwirkungen, Mindestalter für arbeitende Jugendliche, Gewerbeaufsichtsämter.<<

Emir Feisal I. (1885-1933, 1920 König von Syrien und seit 1921 König von Irak) plante mit britischer Hilfe die Gründung eines unabhängigen Staates Groß-Syrien mit Palästina. Feisal schloß mit dem Zionisten Weizmann im Jahre 1919 ein Abkommen, um internationale Aufbauhilfen zu erhalten.

In dieser arabisch-zionistischen Vereinbarung hieß es z.B. (x128/362): >>Alle nötigen Maßregeln sollen ergriffen werden, die Einwanderung nach Palästina in großem Stil zu ermutigen und zu fördern und so schnell wie möglich jüdische Einwanderer im Land anzusiedeln zwecks dichter Besiedlung und intensiver Kultivierung des Bodens. Bei der Durchführung solcher Maßregeln sollen die arabischen Bauern und Pächter in ihren Rechten geschützt und in der Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt werden.

Die zionistische Unterstützung schlägt die Entsendung einer Sachverständigen-Kommission nach Palästina vor, die eine Untersuchung über die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes durchführen und über die besten Mittel für dessen Entwicklung berichten soll. ... Die zionistische Organisation wird sich nach Kräften bemühen, dem arabischen Staat beizustehen bei der Beschaffung von Mitteln für die Entwicklung seiner Naturschätze und deren wirtschaftlichen Möglichkeiten.

(Feisal fügte das handgeschriebene Kodizill bei):

Vorausgesetzt, daß die Araber ihre Unabhängigkeit erhalten, wie gefordert, ... werde ich die obigen Artikel einhalten. Wenn aber die leiseste Modifikation oder Abweichung unternommen würde, dann wird kein einziges Wort der vorliegenden Übereinkunft für mich bindend sein.<<

Die arabisch-zionistischen Pläne konnten jedoch nicht verwirklicht werden, da Feisal infolge der Zuteilung des "Mandats Syrien" an Frankreich (1919) nach erbitterten Kämpfen vertrieben und Syrien in autonome Bezirke aufgeteilt wurde.

Ein Vulkanausbruch in Indonesien forderte im Jahre 1919 rund 5.500 Todesopfer (x175/29).

Als die indische Unabhängigkeitsbewegung im Jahre 1919 bei Amritsar gegen die neue unzureichende Verfassung protestierte, feuerten britische Truppen in die Menge.

Während dieser antibritischen Demonstration wurden etwa 450 Menschen getötet und 1.500 verletzt (x074/1.036).

1920

Der Vertrag von Versailles trat am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigerte den Vertrag zu unterzeichnen. Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld mußte das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen (x061/411).

Die deutsche Reichsregierung verhängte am 14. Januar 1920 den Belagerungszustand im gesamten Reich und verbot die KPD- und USPD-Zeitungen.

Graf Arco (rechtsradikaler Mörder des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner) wurde am 16. Januar 1920 zum Tod verurteilt, später jedoch zu lebenslänglicher Haft begnadigt.

Die US-Regierung verbot am 16. Januar 1920 die Herstellung, Vertrieb und Konsum von alkoholhaltigen Getränken mit mehr als 0,5 % Alkoholgehalt.

In den Zeiten der Prohibition (1920-1933) wurde massenhaft illegal gebrannt, gebraut, geschmuggelt und heimlich getrunken. Schon bald entstanden gefährliche Verbrecherorganisationen.

Die Briten übernahmen wegen der ständigen arabisch-jüdischen Unruhen am 19. Januar 1920 die Regierungsgewalt in Palästina. Die im Jahre 1917 vereinbarte Balfour-Deklaration wurde jedoch nicht verwirklicht.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Palästina" (x051/435): >>Palästina, seit 1920 britisches Mandatsgebiet im Nahen Osten, gebildet aus den bis dahin türkischen Verwaltungsbezirken Akko, Nablus und Jerusalem mit 26.300 qkm und 647.500 Einwohnern (1919).

Palästina sollte nach der Balfour-Deklaration (1917) den Juden eine "Heimstätte" bieten und wurde daher zum Ziel einer ständigen jüdischen Einwanderungswelle, die mit der einsetzenden nationalsozialistischen Judenverfolgung weiter answoll.

Machten die Juden 1919 nur etwa 10 % der Bevölkerung aus, so stellten sie 1948 bereits ein Drittel. Gegen diese Tendenz kam es immer wieder schon seit 1920 zu arabischen Aufständen und terroristischer Gegenwehr. Weder die Abtrennung Transjordanien als rein arabisches Gebiet von Palästina noch Einschränkungen für jüdische Einwanderung und Bodenkäufe brachten Ruhe in das Land.

Im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges aber brauchte Großbritannien diese Ruhe und verordnete die Begrenzung der jüdischen Neusiedler auf 10.000 jährlich und insgesamt 75.000, von denen die 1933-39 bereits eingewanderten 33.339 Juden aus dem Deutschen Reich abgezogen wurden.

Der arabische Widerstand ging dennoch weiter und führte zur Bildung des jüdischen Schutzbundes Haganah und zu Gegenterror. Von den verfolgten europäischen Juden konnten sich bei unverminderter britischer Haltung gegen weitere Einwanderung nur wenige nach Palästina retten. Vielen erging es wie den Passagieren der "Struma".

Erst als das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Endlösung bei Kriegsende offenbar wurde, öffneten sich die Grenzen von Palästina den Überlebenden. Trotz jüdischer Staatsbildung in Palästina blieb die Region ein Krisenherd der Weltpolitik.<<

Carl von Ossietzky schrieb am 31. Januar 1920 in der Berliner Volks-Zeitung (x034/87): >>Während die Linksparteien mit deutscher Gründlichkeit ihre Zwiste austragen, macht die Rechte klar zum Gefecht. ...

Die Republik muß weise sein. Vom scharfen Instrument des Ausnahmezustandes mache sie niemals ohne letzte Not Gebrauch. ...

Die Maßlosigkeit der linksradikalen Opposition ist die beste Helferin der von rechts ausrückenden Reaktion.<<

Die Inflation führte zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1920 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

Die deutsche Universität, die seit 1348 Eigentümerin der Prager Universität war, wurde am 19. Februar 1920 enteignet.

Die tschechoslowakische Regierung beschloß außerdem ein Sprachengesetz (alle Staatsbeamten mußten die tschechoslowakische Sprache beherrschen). Bis 1930 verloren 30.293 deutsche Beamte ihren Arbeitsplatz (x206/27).

Die DAP wurde am 24. Februar 1920 in München in NSDAP umbenannt. Hitler zählte bereits zu den unentbehrlichen Organisatoren und führenden Propagandarednern der DAP bzw. NSDAP. In Österreich gab es schon seit Mai 1918 eine Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Parteisymbol = Hakenkreuz).

Bei einer Großveranstaltung in München stellte Hitler am 24. Februar 1920 das 25 Punkte-Parteiprogramm der NSDAP vor (x128/150-151): >>1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen. ...

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden. ...

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht. ...

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:

a. sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,

b. nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,

c. jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich. - Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen,

die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. - Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. - Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten. - Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (x051/407-408): >>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Staatspartei in der nationalsozialistischen Diktatur.

Am 5.1.19 gründeten Drexler und K. Harrer in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Am 24.2.20 wurde sie in NSDAP unbenannt. Am 29.7.21 wählte sie Hitler, der sich ihr im September 19 angeschlossen hatte, zu ihrem mit fast unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Vorsitzenden (u.a. Recht zur Ernennung aller Parteifunktionäre).

Nach dem von ihr (mit-)getragenen Hitlerputsch (8./9.11.23) wurde die NSDAP verboten, bestand aber in Form der "Großdeutschen Volksgemeinschaft" und der "Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands" weiter und wurde am 27.2.25 neu gegründet.

Parteiemblem der NSDAP war ab Frühjahr 20 das Hakenkreuz, ihr Organ ab Dezember 20 der "Völkische Beobachter".

Die NSDAP war eine rechtsradikale Partei mit einer im "25-Punkte-Programm" (Parteiprogramm) vom 24.2.20 enthaltenen nationalistischen und großdeutschen, imperialistischen und militaristischen, völkischen und antisemitischen, antiliberalen und antiparlamentarischen, mittelständischen und antikapitalistischen Programmatik (Nationalsozialismus). In gewollter Abgrenzung von den "Systemparteien" der Weimarer Republik verstand sich die NSDAP als Partei "neuen Typs", "Sammlungspartei" und "Bewegung".

Ihre Struktur und Organisation war antidemokratisch, zentralistisch und autoritär, ganz ausgerichtet auf den (ab 1922 so bezeichneten) "Führer" Hitler (Führerprinzip).

Oberstes Organ der Partei war die Reichsleitung mit dem Führer und der Kanzlei des Führers bzw. (ab 1941) der Parteikanzlei an der Spitze und den einzelnen Reichsleitern: dem Stellvertreter des Führers (1925-32 G. Strasser, 1933-41 Heß) bzw. (ab 1941) dem Sekretär des Führers (Bormann), dem Reichspropagandaleiter, dem Reichsschatzmeister, dem Reichspressechef u.a.

Als Hauptämter bestanden die Reichsorganisationsleitung, die Reichspropagandaleitung (ab 1929 unter Goebbels), das Außenpolitische Amt (unter Rosenberg), das Kolonialpolitische Amt, die Reichsleitung für die Presse (unter Amann) sowie von 1931 an die Auslandsabteilung der NSDAP.

Regional war die NSDAP in Gaue (1935: 35, 1940: 41), Kreise, Ortsgruppen, Zellen und Blocks gegliedert; ihre Leiter (Gau-, Kreis-, Ortsgruppen-, Zellenleiter und Blockwarte) bildeten zusammen das "Korps der Politischen Leiter". Angeschlossen waren der Partei die paramilitärischen Verbände der Sturmabteilung (SA), der Schutzstaffel (SS), des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK), die Hitler-Jugend (HJ) und die Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF) sowie zahlreiche be-

rufsständische Organisationen; die Deutsche Arbeitsfront (DAF) galt als "betreute Organisation".

Nach ihrer Mitgliederstruktur war die NSDAP eine mittelständische, (klein-)bürgerliche Partei, in der Angestellte, Selbständige (Handwerker, Gewerbetreibende) und Beamte überproportional vertreten waren.

In den 20er Jahren war die NSDAP, trotz steigender Mitgliederzahlen (1922: 6.000, 1923: 55.000), eine politisch unbedeutende Splitterpartei: Bei den Reichstagswahlen 1924 erhielt die "Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" nur 3,0 %, 1928 die NSDAP nur 2,6 % der Stimmen. Erst in der Endphase der Republik erwies sich Hitlers Legalitätstaktik (Erringung der Macht nicht durch Revolution oder Putsch, sondern auf legalem, parlamentarischem Weg), mit der er sich gegen seine "linke" innerparteiliche Opposition (um die Brüder O. und G. Strasser) durchsetzte, als wirkungsvoll:

Bei den Reichstagswahlen vom 14.9.30 erhielt die NSDAP 6,4 Millionen (= 18,3 %) Stimmen und 107 Sitze, am 31.7.32 schon 13,8 Millionen (= 37,4 %) und 230 Sitze, war damit die mit Abstand stärkste deutsche Partei und blieb dies, trotz Stimmverlusten bei den Wahlen vom 17.11.32 (11,7 Millionen = 33,1 % und 196 Sitze).

Schon im Januar 30 war Frick als erster Nationalsozialist Mitglied einer Landesregierung (in Thüringen) geworden. Im Mai 1932 hatte die NSDAP erstmals bei einer Landtagswahl (in Oldenburg) die absolute Mehrheit errungen.

Gleichzeitig stieg auch die Zahl ihrer Mitglieder: von rund 400.000 (1930) über rund 800.000 (1931) auf knapp eine Million (Januar 33). Diese Erfolge hatte die NSDAP weniger ihrer Programmatik zu verdanken (v.a. ihre antikapitalistischen Programmpunkte gerieten völlig in den Hintergrund) als – nebst den Schwächen und Fehlern ihrer politischen Gegner – ihrer massenpsychologisch äußerst geschickten und wirkungsvollen Propaganda, dem die politischen Gegner einschüchternden Terror der SA und nicht zuletzt ihrem Bündnis mit der "nationalen" Rechten (Harzburger Front). ...<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schrieb später über die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" (x051/609): >>Völkischer Beobachter (VB), Ende 1920 erworbenes, ab Februar 23 täglich im Eher-Verlag erscheinendes Zentralorgan der NSDAP, ab 1921 mit dem Untertitel: "Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands".

Auch in seiner äußeren Aufmachung als politisches Massenblatt konzipiert (übergroßes Format, Schwarz-Rot-Druck, Illustrationen), stellte der "Völkische Beobachter" in der Kampfzeit neben den Versammlungen das wichtigste Propagandamittel zur Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie dar.

Innerparteilich galt er als "Bindeglied zwischen Führer und Gefolgschaft". Verlagsdirektor ab 1922 Max Amann, Hauptschriftleiter ab Juli/August 21 Dietrich Eckart, ab März 23 Alfred Rosenberg. Feste Mitarbeiter wurden Journalisten der Völkischen Bewegung sowie Nicht-Fachleute aus dem engeren Kreis um Hitler.

Verbot des "Völkischen Beobachters" nach dem Hitlerputsch, Februar 25 neu gegründet. Hitler selbst zeichnete bis zum 30.4.33 als Herausgeber. Auflage 1925: 4.000, 1932: 126.000. Ab Februar 27 gab es neben der Bayern- eine Reichsausgabe, ab März 30 ein Jahr lang eine Berlin-Ausgabe. 1933 wurde in Berlin eine eigene Redaktion und Druckerei errichtet, dort erschien die Norddeutsche Ausgabe.

Mit dem 30.1.33 wurde der "Völkische Beobachter" quasi Regierungsorgan, seine Artikel besaßen offiziellen Charakter. Zur Betonung des universellen Anspruchs erschienen v.a. 1933-38 zahlreiche Beilagen wie "Die deutsche Frau", "Der Filmbeobachter" u.a. Hauptschriftleiter wurde 1938 Wilhelm Weiß. Nach dem Anschluß Österreichs wurde 1938 eine Filiale in Wien errichtet.

1941 wurde in München eine VB-Feldpostausgabe gedruckt. Druckauflage (erheblich höher

als die Verkaufsaufgabe) 1938: 600.000 (410.000 Berlin/Norddeutsche Ausgabe, 150.000 München, 40.000 Wien), 1944: 1,7 Millionen. Letzte Nummer der Norddeutschen Ausgabe: 27.4.45; der Süddeutschen Ausgabe: 30.4.45.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Nationalsozialismus" (x051/403-405):
>>Nationalsozialismus, der Begriff Nationalsozialismus meint sowohl die Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) als auch ihr Herrschaftssystem in Deutschland 1933-45.

Das Wort stammt aus (dem damals zu Österreich gehörenden) Böhmen; dort hatten sich 1904 mehrere politische Vereinigungen mit zugleich deutsch-nationaler und sozialistischer Programmatik zur "Deutschen Arbeiterpartei" zusammengeschlossen, die sich im Mai 18 in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" umbenannte.

Von ihr übernahm die am 5.1.19 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei ihre Partei-symbole (u.a. Hakenkreuz) und ihren Namen: Ab dem 24.2.20 nannte sie sich NSDAP. In der Bezeichnung Nationalsozialismus kommt der Anspruch zum Ausdruck, eine Synthese der beiden bestimmenden Ideologien und politischen Kräfte des 19. Jahrhunderts, des Nationalismus und des Sozialismus, verwirklichen zu können.

Der Nationalsozialismus ist eine Form des Faschismus. Wie andere faschistische Organisationen in Europa begriff sich auch die NSDAP nicht als politische Partei im herkömmlichen Sinn, sondern als eine neue soziale und politische "Bewegung". Und wie jene fand sie ihre gesellschaftliche Basis v.a. im mittelständischen Kleinbürgertum: Dieses war durch die Industrialisierung und deren gerade nach Ende des Ersten Weltkrieges negativ deutlich gewordenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen sozial verunsichert und ökonomisch in ihrer Existenz gefährdet.

Dazu durch den Sturz der Monarchie ihrer traditionellen politischen Bindung beraubt, sah dieses Kleinbürgertum im Nationalismus eine neue politische Heimat. Denn wie der gesamte Faschismus war auch der Nationalsozialismus eine antimodernistische Protestbewegung: gegen die Repräsentative Demokratie und ihre politischen Institutionen (Parteien, Parlamente, Bürokratien), gegen die moderne Gesellschaft und ihre pluralistische Struktur, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine großindustrielle Produktionsweise und gegen die Ideologie des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus; in Deutschland darüber hinaus gegen die Niederlage des Deutschen Reiches im Weltkrieg, das Ende einer europäischen Großmachtstellung und Weltmachtpläne und den als "nationale Schande" empfundenen Versailler Vertrag.

Anders als der Kommunismus, die andere große antidemokratische Bewegung des 20. Jahrhunderts, vermochte der Faschismus aber keine geschlossene, in sich folgerichtige Ideologie zu entwickeln.

Auch die "Ideologie" des Nationalsozialismus besteht vielmehr aus einem Konglomerat weltanschaulicher Überzeugungen, sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorstellungen und Forderungen, die zum Großteil im Irrationalismus des 19. Jahrhunderts wurzeln, wie das Anknüpfen an vordemokratische, autoritäre Staats- und Gesellschaftstheorien ebenso zeigt wie das Aufgreifen irrationaler Mythen (z.B. von der weltweiten "Verschwörung" des Judentums), der Gebrauch mythischer Symbole (z.B. des Hakenkreuzes) und die Entfaltung pseudo-religiöser Rituale (etwa auf Parteitag) und Kulte.

Die gemeinhin als seine "Ideologie" bezeichnete politische Programmatik des Nationalsozialismus, die teilweise schon im "25-Punkte-Programm" der NSDAP vom 24.2.20 (Parteiprogramm), v.a. aber in zahlreichen nationalsozialistischen Schriften, insbesondere in Hitlers "Mein Kampf" (1925), enthalten ist, weist folgende Bestandteile auf:

1) Antiliberalismus und Antiparlamentarismus: Auf der Grundlage ihrer Gegnerschaft gegen die liberale parlamentarische Demokratie opponierte die NSDAP prinzipiell gegen die Ergeb-

nisse der Novemberrevolution und die angeblich für diese Verantwortlichen (die "Novemberverbrecher"), gegen die Weimarer Republik (die "Novemberdemokratie"), ihr parlamentarisches "System" und ihre politischen Institutionen, v.a. die "Systemparteien".

Der Kampf der NSDAP gegen den "Irrsinn der Demokratie" (Hitler 1928) schloß freilich nicht aus, daß sie sich nach dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923 der politischen Verfahren der parlamentarischen Demokratie bediente (sogenannte Legalitätstaktik). "Die nationalsozialistische Bewegung ist antiparlamentarisch, und selbst ihre Beteiligung an einer parlamentarischen Institution kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen" ("Mein Kampf").

Der Antiliberalismus des Nationalsozialismus richtete sich auch gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem; doch spielte die antikapitalistische, v.a. gegen die Großindustrie gerichtete Programmatik der NSDAP, die im Parteiprogramm von 1920 noch erheblichen Raum einnahm, spätestens ab 1926, als sich Hitler gegen die "Linke" der Partei (um die Brüder Otto und Gregor Strasser) durchsetzte, in ihrer politischen Praxis keine Rolle mehr; sie hinderte weder Teile der Industrie daran, die NSDAP schon vor 1933 finanziell zu unterstützen, noch stand sie nach 1933 einer engen Zusammenarbeit zwischen der nationalsozialistischen Diktatur und der Großindustrie, v.a. der Produktionsmittel- und der Rüstungsindustrie, und deren Privilegierung im Weg.

Den Anspruch, eine zugleich nationale und sozialistische Politik zu betreiben, hat der Nationalsozialismus zu keiner Zeit verwirklicht. -

2) Antikommunismus und Antisozialismus: Von Anfang an war die Programmatik und noch mehr die Propaganda des Nationalsozialismus von einem aggressiven Antikommunismus und Antisozialismus geprägt, der sich sowohl gegen die KPD, die SPD und die Gewerkschaften richtete, als auch gegen die Sowjetunion und den von ihr geführten Bolschewismus und "Weltkommunismus". Doch ordnete die NSDAP das Ziel der "Vernichtung des Marxismus" (Hitler in einem Aufruf am 10.3.33) ihren politischen Hauptzielen unter: Zur Zerstörung der Republik arbeitete sie vor 1933 zeitweilig auch mit der KPD zusammen; zur Vorbereitung eines Eroberungskrieges schloß die nationalsozialistische Diktatur 1939 den Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag ab. -

3) Das Führerprinzip: Der Nationalsozialismus wollte die parlamentarische Demokratie durch eine hierarchisch aufgebaute, straff autoritär geführte, auf den Grundsätzen von Führer und Gefolgschaft, Befehl und Gehorsam beruhende Diktatur ersetzen, mit einem Führer an der Spitze, der, ausgestattet mit umfassender Herrschaftsgewalt, unterstützt von der Staatspartei (der NSDAP) als politische Elite und (schein-)demokratisch legitimiert durch die plebiszitäre Zustimmung des Volks, die Gesellschaft total erfassen, in einer "Volksgemeinschaft" einen und völlig auf die von ihm autoritär gesetzten politischen Ziele ausrichten und für sie mobilisieren sollte. -

4) Nationalismus: Wie alle Weimarer Parteien forderte auch die NSDAP die Revision des Versailler Vertrages, darüber hinaus aber die Schaffung eines "großdeutschen" Nationalstaates, der über die Grenzen des Deutschen Reiches von 1914 hinausreichen und "alle deutschen Stämme" umfassen sollte. -

5) Rassismus: Der traditionelle großdeutsche Nationalismus ist in der Programmatik des Nationalismus "völkisch" geprägt und zum Rassismus gesteigert. Die nationalsozialistische Rassenlehre griff Rassentheorien auf, wie sie insbesondere Gobineau und H. S. Chamberlain im 19. Jahrhundert entwickelt hatten, und ist außer in "Mein Kampf" v.a. in Rosenbergs "Der Mythos des 20. Jahrhunderts" (1930) enthalten. Sie behauptete eine Stufenleiter der menschlichen Rassen mit der "nordisch-arisch-germanischen" Rasse als der "Herrenrasse" und einzig "kulturschaffenden" Rasse auf der obersten und der "kulturzersetzenden" jüdischen Rasse, die kein Lebensrecht habe, auf der untersten Stufe.

Oberstes Ziel der deutschen Innenpolitik müsse die "Reinhaltung" der "arischen" Rasse sein und die Durchsetzung und Sicherung ihrer Herrschaft über die anderen, minderwertigen Rassen; Hauptziel der deutschen Außenpolitik die Vorherrschaft der "arischen" Rasse und ihres deutschen "Vorvolkes" zumindest in Europa, letztlich aber deren Weltherrschaft. –

6) Antisemitismus: Der rassistisch begründete Antisemitismus stand im Mittelpunkt der Weltanschauung Hitlers. Sein Judenhaß bildete die wohl entscheidende Antriebskraft seines politischen Wollens und Handelns, den zentralen Bestandteil der nationalsozialistischen "Ideologie" und ab 1933 gleichsam die Staatsdoktrin des Dritten Reiches.

Der Nationalsozialismus verband, propagandistisch äußerst wirksam, den Antisemitismus mit dem Antikommunismus (weil Marx Jude war!), den Mythos vom jüdischen "Rassenfeind" mit dem vom bolschewistischen Klassenfeind, die in der deutschen politischen Kultur traditionell verwurzelte Judenfeindschaft mit der in Deutschland verbreiteten Kommunistenfurcht – eine Verbindung, die in der These von der angeblich weltweiten "Verschwörung" des vom bolschewistischen Rußland unterstützten "Weltjudentums" ihren Ausdruck fand und durch Fälschungen wie die der "Protokolle der Weisen von Zion" untermauert wurde.

Hauptziel der nationalsozialistischen Politik war nicht nur die völlige Entrechtung der deutschen Juden, sondern darüber hinaus die physische "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" (Hitler am 30.1.39). –

7) Imperialismus: Aus dem Rassismus des Nationalsozialismus folgt sein Imperialismus, die Forderung nach Schaffung eines weit über die Grenzen der deutschen Nation hinausreichenden deutschen Großstaates, der dem deutschen Volk den angeblich für sein Überleben notwendigen "Lebensraum" bieten sollte. Ziel der deutschen Außenpolitik müsse "Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" sein, wobei "wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken" ("Mein Kampf").

Dieses Ziel, daran ließen Hitler und andere Nationalsozialisten keinen Zweifel, konnte nur durch einen Krieg verwirklicht werden. Überhaupt gehörte zum Rassismus des Nationalsozialismus ein primitiver Darwinismus, die Vorstellung, "das allgemeinste unerbittliche Gesetz des Lebens" sei der "Kampf (eines Volkes) um sein Dasein, ... wenn es sein muß, mit anderen Völkern, die der eigenen völkischen Lebensentfaltung entgegenstehen".

Der Eroberungskrieg zur Gewinnung von Lebensraum für das deutsche Volk sollte darüber hinaus zur Erringung der Herrschaft des "arischen" deutschen Volkes und seines Staates über die rassistisch angeblich minderwertigen slawischen Völker und Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, letztlich zur Errichtung einer deutschen Weltherrschaft führen. –

8. Militarismus: Voraussetzung für eine imperialistische Politik war die Militarisierung der deutschen Gesellschaft, ihre psychologische Vorbereitung auf einen Krieg, die Erziehung v.a. der Jugend nach den militärischen Grundsätzen von Befehl und Gehorsam und zur Hochschätzung der Gewalt als (angeblich) notwendiges Mittel politischer Auseinandersetzungen im Innern wie nach außen und die Bekämpfung tatsächlicher oder vermeintlicher pazifistischer Gesinnungen und Haltungen.

Jahrelang war die NSDAP nur eine politisch unbedeutende, über Bayern hinaus kaum bekannte Splitterpartei. Erst seit 1929, während und in ursächlichem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise, konnte sie die zur Erringung der staatlichen Macht notwendige "Massenbasis" gewinnen. ...<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den Antisemitismus der NSDAP (x051/289): >>Judenverfolgung. Die Geschichte der Juden in der Diaspora ist eine Geschichte der Verfolgung. Religiöser Fanatismus und wirtschaftliche Motive führten immer wieder zu judenfeindlichen Aktionen, die nicht selten mit Massakern endeten.

Unter dem Toleranzgedanken der Aufklärung vollzog sich seit Ende des 18. Jahrhunderts eine Emanzipation, die im Laufe des 19. Jahrhunderts schließlich zur politischen, wirtschaftlichen

und gesellschaftlichen Gleichstellung führte.

Mit der Emanzipation war jedoch die Feindschaft gegen die Juden – der Antisemitismus – nicht beseitigt; er lebte in seinen verschiedenen Erscheinungsformen und Betätigungsgraden fort. Darüber hinaus entwickelte sich eine weitere Richtung der Judenfeindschaft: der Rassenantisemitismus. Er erreichte seinen Höhepunkt im nationalsozialistischen Deutschland mit der sogenannten Endlösung der Judenfrage.

Die Judenverfolgung stellte einen der Kernpunkte nationalsozialistischer Weltanschauung dar. Bereits im Parteiprogramm der NSDAP vom 24.2.20 war festgestellt worden, daß Volksge-
nosse nur sein kann, wer "deutschen Blutes" ist.

Es wurde gefordert, die Juden unter Fremden-gesetzgebung zu stellen. Die erste offizielle At-
tacke findet sich in einer Gesetzesinitiative der Reichstagsfraktion der NSDAP vom 13.3.30, mit der diese (ohne Erfolg) anregte, denjenigen wegen "Rasseverrat" mit Zuchthaus oder in besonders schweren Fällen mit dem Tod zu bestrafen, "der durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft (oder farbigen Rassen) zur rassischen Verschlechterung und Verletzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht".

Nach der Machtergreifung begannen die Nationalsozialisten alsbald ihre Pläne zur Judenver-
folgung in die Tat umzusetzen. Zunächst stand ihrem Vorhaben allerdings Artikel 109 der Weimarer Verfassung entgegen, nach dem alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich waren. Ausnahme-gesetze gegen die Juden wären demnach verfassungswidrig gewesen.

Der Weg dafür wurde erst durch das Ermächtigungsgesetz (24.3.33) geebnet. Eine Woche später folgte das sogenannte 1. Gleichschaltungsgesetz, nach dem auch die Regierungen der deutschen Länder ohne vorherige Beschlußfassung der Landtage Gesetze erlassen konnten.
...<<

Winston S. Churchill schrieb im Februar 1920 in der britischen Tageszeitung "Illustrated Dai-
ly Herald" (x337/125): >>Zionismus versus Bolschewismus

... Die Pläne der internationalen Juden. ... Diese Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Von den Tagen des Spartakus-Weishaupts an bis zu denen von Karl Marx und Trotzki (Ruß-
land), Bela Kun (Ungarn), Rosa Luxemburg (Deutschland) und Emma Goldman (USA) hat diese weltweite Verschwörung zum Sturz der Zivilisation ... stetig zugenommen. ... Sie war die Triebfeder hinter jeder subversiven Bewegung im 19. Jahrhundert. Und nun hat diese Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas endlich das russische Volk bei seinen Haaren ergriffen, und sie sind praktisch die unumstrittenen Herren dieses riesigen Reiches geworden. ...<<

Während einer Debatte zur Einführung einer gemeinsamen "Grundschule" für alle Schüler der
ersten 4 Schuljahre erklärte ein DNVP-Abgeordneter am 8. März 1920 (x149/49): >>... daß
jedes Ehepaar direkt von Staats wegen mit den rigorosesten Mitteln gezwungen wird, seine
Kinder ausgerechnet in die Grundschule zu schicken, die der Staat einrichtet. Das ist ein ...
Kinderzwangszuchthaus. ...<<

Der preußische Kultusminister Konrad Haenisch (SPD) erläuterte im Verlauf dieser Debatte
die Ziele des künftigen Einheitsschulsystems (x149/49): >>Wenn durch Grundschule und
Einheitsschule, wie wir es alle erstreben, der große Querschnitt beseitigt wird, der heute durch
unser deutsches Bildungswesen hindurchgeht, wenn künftig der Sohn des Maurers die gleiche
Schulbank drücken wird wie der Sohn des Ministers, ... wenn die Kinder sozialdemokratischer
und deutschnationaler Eltern auf Schulausflügen und Wanderfahrten einander menschlich na-
he kommen sollen, dann darf auch der große Längsschnitt der konfessionellen Trennung in
unserem Schulwesen nicht länger aufrecht erhalten werden. ...<<

Der spätere Außenminister Walther Rathenau schrieb am 10. März 1920 an Professor Hoff-
mann, Wilhelmshaven, über die Beziehungen zu Sowjet-Rußland (x1.142): >>Über die Not-
wendigkeit, mit Rußland eine Gemeinschaft zu finden, stimme ich mit Ihnen voll überein. Der

Bolschewismus ist heute nur noch eine Fassade; in Wirklichkeit handelt es sich um eine straff oligarchisch regierte Agrar-Republik, die, wie ich glaube, trotz aller Schwierigkeiten Bestand haben wird.

Es wird freilich lange dauern, bis Rußland so weit erstarkt, um uns wirtschaftliche Kompensationen zu gewähren ... Ich hoffe, daß die Arbeiten der Kommission (der "Studienkommission für Rußland") die erste und entscheidende Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete bringen werden, denen diejenigen auf politischem Gebiet sich hoffentlich anschließen. ...<<

Am 13. März 1920 unternahm der Führer der rechtsradikalen Deutschen Vaterlandspartei, Wilhelm Kapp, unterstützt von General von Lüttwitz, Freikorpsführer Marinekapitän Ehrhardt und Großindustriellen, in Berlin einen Umsturzversuch.

Wilhelm Kapp (1858-1922, Begründer der Deutschen Vaterlandspartei) ernannte sich am 13. März 1920 selbst zum Reichskanzler, um die Ehre und nationale Einheit des Deutschen Reiches wiederherzustellen (x128/114): >>Die Regierung wird den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes unter seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet. ...

Sie wird zur Wiederaufrichtung des Staates den ländlichen und städtischen Grundbesitz zu entsprechender Steuerleistung heranziehen. ... Die Regierung wird aber dem Grundbesitz, damit er in den Stand gesetzt wird, solche Opfer zu tragen, die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben. ...

Die Regierung wird Streiks und Sabotage rücksichtslos unterdrücken. Gehe jeder friedlich seiner Arbeit nach. Jede arbeitsfreudige Hand ist unseres nachdrücklichen Schutzes sicher. Streik ist Verrat am Volk, an Vaterland und Zukunft.

Die Regierung wird dem seit den Novembertagen zurückgesetzten Beamtentum aller Grade wieder zu seinem Recht verhelfen und seine Interessen in jeder Hinsicht wahrnehmen.<<

Ein Freikorpsoffizier berichtete damals, warum er diese Umsturzversuche unterstützte (x073/-109): >>... Wissen sie, daß sich uns alten Soldaten das Herz im Leibe umgewendet hat, als so im Nu die schwarzweißrote Fahne abgeschafft wurde? Wissen Sie, daß unter dieser Fahne, die man einfach auf den Kehrthäufen geschmissen hat, tausende, zehntausende, hunderttausende Soldaten, Mannschaften und Offiziere in Feindesland bestattet liegen? ... Ja, heulen könnte man, daß sie einem diese Fahne genommen haben. ...

Ich mache kein Hehl daraus, daß ich Monarchist bin. Mein Gott, wenn man dreißig Jahre lang seinem König und Kaiser treu gedient hat, dann kann man nicht plötzlich sagen, von morgen an bin ich Republikaner. ...<<

Da die Reichswehrführung der Regierung den militärischen Schutz verweigerte, rief die SPD am 13. März 1920 zum Generalstreik auf (x149/39):

>>**Arbeiter! Parteigenossen!**

Der Militärputsch ist da! Die Baltikum-Landsknechte, die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen, und eine diktatorische Regierung zu bilden.

Mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze!

Arbeiter, Genossen!

Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landknechtsregiment zu unterwerfen. Wir paktieren nicht mit den Baltikum-Verbrechern.

Arbeiter, Genossen!

Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmer geschlagen, Eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden.

Es geht um alles! Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten.

Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht!

Deshalb legt die Arbeit nieder! Streik! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab.

Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur Wilhelms II.:

Lahmlegung jeden Wirtschaftslebens!

Keine Hand darf sich mehr rühren!

Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen!

Generalstreik auf der ganzen Linie!

Proletarier vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung:

Ebert, Bauer, Schlicke, Schmidt, David, Müller.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei:

Otto Wels.<<

Der deutsche Studiendirektor Reinhold Hartmann schrieb später über den "Kapp-Putsch" (x051/303): >>Kapp-Putsch, nach dem Initiator, dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp (1858-1922), benannter rechtsradikaler Umsturzversuch im März 20.

Ausgelöst wurde der Kapp-Putsch als Reaktion auf die Reduzierung der Reichswehr gemäß Versailler Vertrag und dem entsprechenden Auflösungsbeschluß für die "Freikorps-Brigaden" Löwenfeld und Ehrhardt durch Reichswehrminister Noske am 11.3.20.

Der Chef des Reichswehrgruppenkommandos I Berlin, General Lüttwitz, und Kapp ließen daher am 13.3. Berlin von der Brigade Ehrhardt besetzen. Die Reichsregierung wich nach Dresden und Stuttgart aus und rief, unterstützt von Gewerkschaften, SPD und DDP, zum Generalstreik auf. Die vom selbst ernannten Reichskanzler Kapp gebildete provisorische Regierung (Reichswehrminister Lüttwitz) mußte unter diesem Druck am 17.3. aufgeben, da die Reichswehr beim Kapp-Putsch nicht mitzog und die Beamtenschaft sich verweigerte. Nun distanzierten sich auch die Rechtsparteien und die Industrie, so daß Kapp am 18.3. nach Schweden floh.

Später stellte er sich dem Reichsgericht und starb in Untersuchungshaft. Der Kapp-Putsch bewies die ungebrochene Stärke der politischen Rechten und die Schlüsselrolle der Reichswehr für das Überleben der Republik.<<

Der sogenannte "Kapp-Putsch" scheiterte zwar schon nach 4 Tagen durch den Generalstreik der Gewerkschaften und der Beamtenschaft, löste aber in München, im Ruhrgebiet (rd. 50.000 Kommunisten) und in Mitteldeutschland ("Rote Republik") kommunistische Gegenbewegungen aus. Diese Putschversuche der Kommunisten konnte die deutsche Reichswehr erst Mitte Mai nach erbitterten Straßenkämpfen niederschlagen. Nach dem "verbotenen" Einsatz der deutschen Reichswehr rückten französische Truppen wegen angeblicher "Verletzung des Versailler Vertrages" in den Main-Gau ein und besetzten Frankfurt.

Adolf Hitler beendete am 1. April 1920 den Militärdienst und organisierte danach den Aufbau der Nationalsozialistischen Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

Der IX. kommunistische Parteitag verabschiedete am 3. April 1920 Richtlinien zur Steigerung der Arbeitsproduktivität (x058/306): >>Jede soziale Ordnung (die Sklaverei, die Leibeigenschaft, der Kapitalismus) hatte ihre Methoden und Verfahren des Arbeitszwanges und der Erziehung zur Arbeit im Interesse der ausbeuterischen Oberschichten.

Vor der sowjetischen Ordnung steht in voller Größe die Aufgabe, ihre eigenen Methoden der Beeinflussung mit dem Ziel der Steigerung der Intensität und der Zweckmäßigkeit der Arbeit auf der Basis der vergesellschafteten Wirtschaft im Interesse des ganzen Volkes zu entwickeln.

Neben der agitatorisch-ideellen Beeinflussung der werktätigen Massen und neben den Repressalien gegen notorische Faulenzer, Parasiten und störenden Elemente ist der Wettbewerb die mächtigste Triebfeder zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

In der kapitalistischen Gesellschaft hatte der Wettbewerb den Charakter der Konkurrenz und

fürte zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In einer Gesellschaft, wo die Produktionsmittel nationalisiert sind, muß der Arbeitswettbewerb, ohne die Solidarität zu verletzen, nur die Gesamtsumme der Produkte der Arbeit vermehren.

Der Wettbewerb zwischen Werken, Rayons (Verwaltungseinheiten einer Sowjetrepublik), Betriebsabteilungen, Werkstätten und einzelnen Arbeitern muß Gegenstand sorgfältiger Organisation und eingehenden Studiums von seiten der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane werden.

Das Prämiensystem muß eines der wichtigsten Mittel zur Entfaltung des Wettbewerbs werden. Mit ihm muß das System der Versorgung mit Lebensmitteln genau abgestimmt werden: Solange die Sowjetrepublik über zu wenig Lebensmittel verfügt, muß der fleißige und anständige Arbeiter besser versorgt werden als der nachlässige Arbeiter.<<

Generaloberst Hans von Seeckt (1866-1936, von 1920-26 Chef der Heeresleitung) verbot am 18. April 1920 per Erlaß jegliche politische Betätigung innerhalb der Reichswehr (x243/26):
>>Mit allen Kräften soll die politische Betätigung jeder Art von dem Heere ferngehalten werden. Politische Kämpfe innerhalb der Reichswehr vertragen sich weder mit dem Geist der Kameradschaft noch mit der Disziplin. ...<<

Während der Konferenz des Obersten Rates der Alliierten in San Remo wurde am 19. April 1920 der Nahe Osten in britische und französische Mandatsgebiete aufgeteilt, die formell dem Völkerbund unterstehen sollten (x175/163).

Die Nationalversammlung erließ am 28. April 1920 das "Grundschulgesetz". Danach gingen in den ersten 4 Schuljahren alle Schüler in eine gemeinsame Grundschule.

In Sachsen rief im April 1920 die militärische Oberleitung des kommunistischen Soldatenrates zur Diktatur des Proletariats auf (x243/19): >>Aufruf!

Diktatur des Proletariats!

Wir haben mit unseren roten Truppen den Ort besetzt und verhängen hiermit das proletarische Standrecht, das heißt, daß jeder Bürger erschossen wird, der sich nicht den Anordnungen der militärischen Oberleitung fügt.

Im selben Augenblick, wo uns gemeldet wird, das Sipo oder Reichswehr im Anmarsch ist, werden wir sofort die ganze Stadt anzünden und die Bourgeoisie abschlachten, ohne Unterschied des Geschlechtes und Alters.

Solange keine Sipo oder Reichswehr anrücken, werden wir das Leben der Bürger und ihre Häuser schonen.

Alle Waffen, Hieb- und Stichwaffen, Schießwaffen aller Art, müssen sofort an die militärische Oberleitung abgegeben werden. Bei wem durch Haussuchung noch Waffen gefunden werden, wird auf der Stelle erschossen.

Alle Autos, Personen- und Lastwagen, müssen sofort zur militärischen Oberleitung gebracht werden. Geschieht dies nicht, so werden die Betreffenden erschossen. ...<<

Im April 1920 begann der polnisch-russische Krieg, da Marschall Pilsudski die polnischen Ostgrenzen von 1772 durchsetzen wollte.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland

Nach den Plänen der Briten und Franzosen sollte die polnische Ostgrenze ("Curzon-Linie") nicht über das polnische Siedlungsgebiet hinausgehen (x069/138). Polen wollte sich damit aber nicht begnügen. Während in Rußland ein blutiger Bürgerkrieg tobte, griffen polnische Truppen den geschwächten russischen Nachbarn im April 1920 an. Am 7. Mai 1920 eroberte die überlegene polnische Armee (148.500 Polen gegen 65.000 Sowjets) Kiew, die Hauptstadt der Ukraine (x047/134).

Nach einer großangelegten sowjetischen Gegenoffensive wurden die polnischen Truppen (Marschall Pilsudski) jedoch schnell zurückgedrängt. Im Juli 1920 stand die Rote Armee bereits vor Warschau. Hier konnte man die Russen jedoch mit französischer Waffenhilfe bzw.

wegen Streitigkeiten der sowjetrussischen Armeeführer Tuchatschewski (1893-1937) und Budjonny (1883-1973) stoppen und zurückschlagen ("Wunder an der Weichsel"). Nach dem völlig überraschenden polnischen Sieg über die abgekämpften Truppen der Roten Armee erfolgte die östliche Verlagerung der polnisch-russischen Grenze.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland (April bis Oktober 1920) war äußerst erfolgreich, denn Polen konnte die bisherigen Volkstumsgrenzen um ca. 250 km nach Osten erweitern (x061/433). Die Länge der neuen polnisch-russischen Grenze betrug danach 1.412 km).

Die "neuen ostpolnischen Gebiete" wurden überwiegend von Ukrainern und Weißrussen bewohnt, die ausschließlich von primitiver Land- und Forstwirtschaft lebten. Zentrale Mittelpunkte waren Wilna, Brest und Rowno. Nach polnischen Angaben siedelten in diesen "ostpolnischen Gebieten" später rd. 8,9 Millionen Einwohner, davon waren etwa 6,0 Millionen Ukrainer und Weißrussen, ca. 1,5 Millionen Polen und 1,4 Millionen andere Minderheiten, vor allem Juden (x064/127).

Lenin erklärte nach der rigorosen bzw. maßlosen polnischen Grenzfestlegung (polnisch-sowjetischer Frieden von Riga vom 18. März 1921), daß man aus taktischen Gründen diese Grenze vorübergehend anerkennen mußte, aber diese Gebiete zu gegebener Zeit wiederholen würde.

Diese willkürliche polnische Grenzziehung löste in den folgenden Jahren ständig schwere polnisch-sowjetische Konflikte aus und führte schließlich im Jahre 1939 zum sowjetischen Einmarsch. Für die Ostdeutschen wirkte sich die polnische Expansionspolitik besonders verhängnisvoll aus, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges einigten sich die Sowjetunion, die westlichen Siegermächte und Polen schließlich zu Lasten der deutschen Ostprovinzen (Tausch der im Jahre 1920 besetzten ukrainischen und weißrussischen Gebiete gegen die deutschen Ostgebiete).

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 5.12.2009) über den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920/21 (x887/...): >>Wie polnisch war "Ostpolen"?

Polens heutige Ostgrenze basiert weitgehend auf der vor 90 Jahren gezogenen Curzon-Linie. Die heutige Ostgrenze der Republik Polen entspricht weitgehend der sogenannten Curzon-Linie, die sich ihrerseits an der Volkstums- und Sprachgrenze orientiert.

Vor 90 Jahren verkündeten die Sieger des Ersten Weltkrieges auf der Pariser Friedenskonferenz die nach dem damaligen britischen Außenminister George Curzon benannte Linie als Demarkationslinie.

Die "14 Punkte" des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, auf deren Basis die Deutschen sich 1918 zum Friedensschluß bereit erklärt hatten, enthielten mit dem 13. auch einen Punkt über Polen und seine Grenzen: "Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden."

Anders als bei der Westgrenze zu Deutschland waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges bemüht, Polen im Osten eine Grenze zu geben, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, also der Volkstums- beziehungsweise Sprachgrenze entsprach. Polens östlicher Nachbar, das vormalige Zarenreich, zählten die Kriegssieger nämlich im Gegensatz zu Polens westlichem Nachbarn nicht zu ihren Gegnern. Zwar betrachteten sie Rußlands "Rote" wie die Deutschen als Paria, doch gaben sie sich noch längere Zeit der Hoffnung hin, daß die von ihnen unterstützten "Weißen" die zukünftigen Herren Rußlands wären.

Folgerichtig entwickelten die Sieger auf der Pariser Friedenskonferenz für Polens Abgrenzung gegen Osten eine Demarkationslinie, die weitgehend der Sprachgrenze entsprach. Am 8. De-

zember 1919 wurde der polnischen Regierung diese Linie mitgeteilt mit der Erlaubnis, bis dorthin ihre Verwaltung auszudehnen. Diese "Linie des 8. Dezember" bezeichnen wir heute als "Curzon-Linie".

Ebenso wie im Westen war die polnische Regierung jedoch auch im Osten nicht bereit, sich mit den mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Territorien zu begnügen.

Wilsons Vorgabe, daß der polnische Staat alle Gebiete "einzubegreifen" habe, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind, legte die Regierung vielmehr in der Weise aus, daß alles Polen sei, wo Polen leben, unabhängig davon, ob sie in ihrer Heimat die Mehrheit bilden.

Mit Waffengewalt trachtete Warschau nun zu gewinnen, was die Sieger in Paris ihnen nicht gewährt hatten. Rußlands Bolschewiki verhielten sich im Grunde ähnlich wie zuvor im Ersten Weltkrieg gegenüber den Mittelmächten.

Der Kampf um die Macht im Inneren gegen die "Weißen" hatte für sie Vorrang vor Grenzfragen im Konflikt mit ausländischen Mächten. Vielleicht hatten die Bolschewiki auch ähnlich wie beim Friedensschluß von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten die Hoffnung, daß es doch nur um ein Provisorium ginge. Jedenfalls schlug Lenin selbst am 28. Januar 1920 Friedensverhandlungen auf Basis einer Demarkationslinie vor, die zwischen 280 und 400 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze lag. Der polnischen Regierung reichte das jedoch nicht. Sie hoffte auf noch mehr Landgewinn.

Im Juni des Jahres wendete sich jedoch das Schlachtenglück. Polens Streitkräfte gerieten in die Defensive und mußten sich zurückziehen. Bis zum Juli rückten die Russen bis zur Curzon-Linie vor. In dieser Situation bat der polnische Premier die auf der Konferenz von Spa vereinten alliierten Staatsmänner um Hilfe.

Ein weiteres Mal versuchten nun die Alliierten, die "Linie vom 8. Dezember" als Grenze durchzusetzen. Nachdem sich die polnische Seite am 10. Juli 1920 zum Rückzug hinter die Curzon-Linie verpflichtet hatte, schlugen die Alliierten telegrafisch den Russen einen Waffenstillstand mit ihr als Demarkationslinie vor. Da das entsprechende Telegramm vom britischen Außenminister George Curzon unterschrieben war, begann sich der Name "Curzon-Linie" durchzusetzen.

Um ihrem Vorschlag Nachdruck zu verleihen, hatten die Alliierten den Russen für den Fall des Überschreitens der Linie mit der militärischen Unterstützung Polens gedroht. Das hinderte die Sowjets nicht, ihren Vormarsch fortzusetzen. Mit alliierter Unterstützung gelang es den Polen allerdings, die Russen im August 1920 vor Warschau zu stoppen.

Analog zum "Wunder an der Marne" spricht man in diesem Zusammenhang gerne vom "Wunder an der Weichsel". Nun bewegte sich die Front wieder Richtung Osten und es waren die Russen, die einen Friedensvertrag auf Basis der Curzon-Linie vorschlugen. Dazu waren aber wiederum die Polen nicht bereit. Das Ergebnis der von den Alliierten vermittelten Friedensverhandlungen war schließlich der Friede von Riga.

In diesem am 18. März 1921 geschlossenen Frieden konnte Polen eine rund 250 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze liegende Staatsgrenze durchsetzen. Selbst nach polnischen Angaben umfaßte die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen polnischen Ostgrenze in den frühen 1920er Jahren etwa sechs Millionen Ukrainer und Weißrussen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden und Litauer, aber nur etwa 1,5 Millionen Polen - also etwa 17 Prozent. Dennoch wird das Gebiet zwischen der Volkstumsgrenze beziehungsweise Curzon-Linie im Westen und der in Riga gezogenen Ostgrenze bis zum heutigen Tage in der Bundesrepublik regelmäßig als "Ostpolen" bezeichnet.

Angesichts der Polenfreundlichkeit des Westens mag diese fälschliche Verwendung des Begriffs politisch gewollt sein, aber sie bleibt grob falsch.

Verständlicherweise revidierte Moskau die Friedensregelung von Riga, als Berlin ihm hierzu

mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und dem anschließenden Angriff auf Polen die Möglichkeit bot. Bemerkenswerterweise verzichtete die Sowjetunion - mit Ausnahme des zu erheblichen Teilen weißrussisch-sprachigen Gebietes um Bialystok - auf die Annektierung polnischen Territoriums und begnügte sich nach dem erfolgreichen Polenfeldzug im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 mit dem nichtpolnischen "Ostpolen".

Von westalliierten Seite wurde zwar noch versucht, die Sowjetunion für eine östlich von Lemberg verlaufende B-Variante der Curzon-Linie zu gewinnen, aber diese verzichtete nur auf das westlich der Curzon-Linie liegende Bialystok. Die UdSSR ist nun schon seit fast einem Jahrzehnt Geschichte, aber die von ihr gezogene Ostgrenze Polens auf der Basis der Curzon-Linie hat bis heute Bestand.<<

Dänische Truppen besetzten am 6. Mai 1920 Nordschleswig (Abstimmungsgebiete).

Im Verlauf der Prager Parlamentseröffnung erklärte am 1. Juni 1920 der Sudetendeutsche Verband (x024/40-41): >>Die tschechoslowakische Republik ist daher das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes und hat diese Gebiete widerrechtlich und mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind in der Tat um ihren Willen niemals befragt worden, und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher ... die Sanktionierung eines Gewalt-, aber niemals eines Rechtszustandes.

Wir verwerfen daher die Fabel vom rein tschechischen Staate und von der "tschechoslowakischen Nation" sowie von der "tschechoslowakischen Sprache" als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruch stehend.

Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staat fügen.

Unrecht kann auch durch tausendjährige Übung niemals Recht werden, solange es nicht von den Betreffenden selber auf Grund freier Entschließung anerkannt wurde, und wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand als unser unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten. ...<<

Nach der Unterzeichnung des "Friedensvertrages" von Trianon (4. Juni 1920) verlor Ungarn als Kriegsanstifter des Ersten Weltkrieges rd. 68 % aller bisherigen Gebiete (einschließlich der wichtigen Mittelmeerküste) und fast 60 % der ungarischen Staatsbürger (x019/91). Ungarn mußte die Slowakei und die Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei, Kroatien an Jugoslawien, das Banat an Jugoslawien und Rumänien sowie Siebenbürgen an Rumänien abtreten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Frieden von "Trianon" (x051/585-586): >>Trianon, Lustschlösser im Park von Versailles. Im 1687/88 errichteten Grand Trianon wurde am 4.6.20 der Friede zwischen den Alliierten des Ersten Weltkrieges und Ungarn als einem Rechtsnachfolger der Donaumonarchie und damit als Verliererstaat unterzeichnet.

Der Friede von Trianon war nach dem Muster des Versailler Vertrages mit Kriegsschuldpassus, Rüstungsbeschränkungen, Reparations- und Abtretungsverpflichtungen verbunden und ordnete unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker 60 % der ungarischen Bevölkerung fremden Staaten zu.

Die ungarische Politik bis in den Zweiten Weltkrieg war daher bestimmt von Revisionsforderungen und führte das Land in die Nähe zum faschistischen Italien und zum nationalsozialistischen Deutschland.<<

Jüngere deutsche Akademiker gründeten am 20. Juni 1920 in Neusatz den "Schwäbisch-Deutschen Kulturbund", um die bisherigen volks- und kulturpolitischen Erfolge zu sichern

(x006/30E).

Der im Jahre 1918 neugegründete Staat Armenien wurde zwar am 10. August 1920 im Friedensvertrag von Sèvres bestätigt, aber die türkische Regierung weigerte sich, die Republik Armenien anzuerkennen.

Als türkische Truppen danach die armenischen Einheiten entscheidend besiegten (Frieden von Gümri vom 2. Dezember 1920), besetzte Sowjet-Rußland im November 1920 die armenische Hauptstadt Eriwan. Die Republik Armenien wurde anschließend 1921 zwischen dem Osmanischen Reich und Sowjet-Rußland aufgeteilt und "für alle Zeiten" liquidiert.

Infolge des Friedensvertrages von Sèvres wurde das Osmanische Reich am 10. August 1920 fast aus Europa verdrängt (Ausnahme: Konstantinopel mit dem Hinterland). Das Osmanische Reich verlor u.a. folgende Teile ihrer ehemaligen Gebiete: Mazedonien an Griechenland, Dodekanes und Rhodos an Italien (bis 1947), Syrien an Frankreich, Palästina und Irak an England.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Sèvres" (x051/536): >>Sèvres, Vorort von Paris, in dem am 10.8.20 der Friedensvertrag zwischen den Alliierten und der Türkei unterzeichnet wurde, die im Ersten Weltkrieg auf Seiten der Mittelmächte gekämpft hatte.

Die demütigenden Bestimmungen von Sèvres (u.a. umfangreiche Gebietsabtretungen, z.T. sogar in Kleinasien an Griechenland) lösten 1921/22 den türkisch-griechischen Krieg aus und galten als typisch für die wenig weisen Pariser Vorortverträge.<<

Hitler hielt am 13. August 1920 in Münchener Hofbräuhaus eine antisemitische Hetzrede ("Warum sind wir Antisemiten?").

Die Tschechoslowakei und Jugoslawien schlossen am 14. August 1920 ein Defensivbündnis gegen eine eventuelle österreichisch-ungarische Revisionspolitik. 1921 folgte ein Bündnis mit Rumänien (x041/85).

Die serbische Besatzungsmacht mußte nach der österreichischen Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 aus Österreich (Steiermark und Kärnten) abrücken (x041/84).

Nach dem Sieg über Sowjet-Rußland (polnisch-russischer Krieg von April bis Oktober 1920) verlagerte Polen die bisherigen Grenze um ca. 250 km östlich der von England empfohlenen Volkstumsgrenze (Curzon Linie).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Curzon-Linie" (x051/-105): >>Curzon-Linie, nach dem britischen Außenminister G. N. Curzon (1859-1925) benannte und von ihm am 11.7.20 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion: Dünaburg - Wilna - Grodno - Brest, dann dem Bug folgend und Galizien durchschneidend bis Przemyśl.

Polen lehnte die Curzon-Linie nach dem Sieg über die Rote Armee bei Warschau (August 20) ab und verlegte die Grenze 250 km weiter nach Osten. 1939 diente die Curzon-Linie zur Orientierung bei der Abgrenzung der Interessensphären im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag und 1945 bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung.<<

In Prag ereigneten sich am 16. November 1920 nach antitschechischen Demonstrationen in Eger schwere Ausschreitungen gegen die Deutschen. Die Redaktionsräume des deutschen "Prager Tageblattes" und das "Deutsche Haus" wurden verwüstet.

Das seit 1783 bestehende deutsche Landestheater wurde danach von den Tschechen besetzt. Alle Theateraufführungen sollten nur noch in tschechischer Sprache stattfinden (x034/121).

Lenin kündigte am 21. November 1920 an, nach der "proletarischen Revolution in Rußland" die Weltrevolution durchzusetzen (x125/58): >>Als wir vor drei Jahren die Frage nach den Aufgaben und Bedingungen des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland stellten, haben wir stets ausdrücklich erklärt, daß dieser Sieg nicht als gesichert gelten kann, wenn Rußland nicht von der proletarischen Revolution im Westen unterstützt wird. ...

Damit unser Sieg sicher sei, muß die proletarische Revolution in allen oder zumindest in einigen kapitalistischen Ländern siegen. ...

Wir sind in einer Situation, wo wir zwar noch nicht international gesiegt haben, was der einzige sichere Sieg für uns wäre, wo wir uns aber Bedingungen erkämpft haben, unter denen wir neben den kapitalistischen Staaten bestehen können, die jetzt gezwungen sind, wirtschaftliche Beziehungen mit uns aufzunehmen. ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über Lenins Außen- und Rüstungspolitik (x853/...): >>...

Die Kommunistische Partei Rußlands, die "Bolschewiki", verstand sich als eine Partei der Berufsrevolutionäre, deren erklärtes Endziel die Errichtung einer sozialistischen Weltrepublik war. Zunächst gelang es den Bolschewiki aber nur, begünstigt durch die Wirren des Weltkrieges, im November 1917 einen Umsturz im industriell rückständigen Rußland herbeizuführen. Weitere sozialistische Revolutionen in Europa blieben aus oder scheiterten, und im eigenen Land mußten die Bolschewiki die soeben errungene Macht in einem mit größter Grausamkeit geführten Bürgerkrieg behaupten.

Im Dezember 1920, kurz nach Beendigung des Bürgerkrieges, formulierte Lenin eine Doktrin für die zukünftige sowjetische Außenpolitik. Die Sowjetunion war zu jener Zeit noch industriell rückständig und militärisch schwach, so daß sie sich auf keine bewaffnete Auseinandersetzung mit den westlichen Großmächten einlassen konnte.

Aber in der kapitalistischen Welt, zwischen Japan und den USA, zwischen den USA sowie England und Frankreich, und schließlich zwischen Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges existierten unüberbrückbare Interessengegensätze, die sich, so Lenin, über kurz oder lang in einem neuen bewaffneten Konflikt, einem "zweiten imperialistischen Krieg" entladen würden (der "erste imperialistische Krieg" war der Weltkrieg 1914/18 gewesen). Diese Gegensätze mußte die Sowjetunion ausnutzen:

"Das Wesentliche ... ist ... die Regel ... daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen zwei imperialistischen Mächtigkeitsgruppen, zwischen zwei kapitalistischen Staatengruppen ausnutzen und sie aufeinanderhetzen muß. Solange wir nicht die ganze Welt gewonnen haben, solange wir, wirtschaftlich und militärisch gesehen, noch schwächer sind als die übrige, die kapitalistische Welt, solange haben wir uns an diese Regel zu halten ... Sobald wir aber stark genug sind, den gesamten Kapitalismus niederzuwerfen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen."

Lenin schloß mit den Worten:

"Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben. Der eine oder der andere wird zuletzt siegen. Entweder wird man die Sowjetrepublik oder den Weltkapitalismus zu Grabe tragen."

Der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab, die sozialistische Weltrevolution, war nicht nur das Ziel Lenins, sondern das aller bolschewistischen Führer. So erklärte Stalin Ende 1918:

"Der Westen mit seinen imperialistischen Kannibalen hat sich in einen Herd der Finsternis und Sklaverei verwandelt. Die Aufgabe besteht darin, diesen Herd zum Glück und zur Freude der Werktätigen aller Länder zu zerschlagen."

Nach dem Tode Lenins im Januar 1924 konnte sich nach längeren innerparteilichen Auseinandersetzungen Stalin als sein Nachfolger, als neuer Führer der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung, durchsetzen. ...<<

Der Oberste Volkswirtschaftsrat erließ am 29. November 1920 ein Dekret über die Verstaatlichung der kleineren industriellen Unternehmen (x058/305-306):

>>1. Alle industriellen Unternehmen, die privaten Personen oder Gesellschaften gehören und mehr als 5 Arbeiter mit maschineller Kraft oder mehr als 10 Arbeiter ohne maschinelle Kraft beschäftigen, werden zum Nationaleigentum erklärt.

2. Das gesamte Eigentum, die Geschäftsaktiva und das Kapital der in § 1 spezifizierten Unternehmen werden, wo immer sich dieses Eigentum befindet und woraus es auch besteht, zum Eigentum der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik erklärt.<<

Carl von Ossietzky schrieb am 1. Dezember 1920 in der "Berliner Volkszeitung" über die schwierige Lage der Deutschen (x034/123): >>... Man macht nicht gern Geschäfte mit einer besiegten Republik, von der man glaubt, sie könnte über Nacht aufhören, es zu sein. ...

Wir Deutschen haben wie jedes andere Volk, ein Recht auf nationales Eigenleben und nationale Freiheit. ...<<

Im Deutschen Reich fielen von 1918-20 rd. 196.000 Menschen einer Grippeepidemie zum Opfer. Diese Grippeepidemie forderte von 1918-20 weltweit rund 20,0 Millionen Todesopfer (x074/1.031).

In Deutschland erkrankten im Jahre 1920 außerdem 11,9 Millionen Tiere an der gefürchteten Maul- und Klauenseuche (x074/1.041).

Der deutsche Schriftsteller Ernst Jünger (1895-1998, Soldat im 1. und 2. Weltkrieg) berichtete im Jahre 1920 in seinem Kriegstagebuch "In Stahlgewittern" (x058/319): >>... Wir sind nicht gewillt, diesen Krieg aus unserem Gedächtnis zu streichen, wir sind stolz auf ihn. Wir sind durch Blut und Erinnerung unlöslich verbunden. Und schon wächst in unseren Lücken eine neue und kühnere Jugend hinein. Wir brauchen für die kommenden Zeiten ein eisernes, rücksichtsloses Geschlecht. Wir werden wieder die Feder durch das Schwert, die Tinte durch das Blut, das Wort durch die Tat, die Empfindsamkeit durch das Opfer ersetzen – wir müssen es, sonst treten uns andere in den Dreck.

Wir haben aus der Revolution gelernt, daß jede Bewegung ohne eine große, uneigennützigste Idee so wenig innere Überzeugungskraft besitzt, daß nicht ein einziger für sie ins Feuer geht. Uns aber leitet über alles Niederträchtige hinweg unsere große, klare und verbindende Idee: das Vaterland, in seinem weitesten Sinne gefaßt. Dafür sind wir alle zu sterben bereit. Das haben wir voraus vor allem, was jetzt die Zeit erfüllt: Wir sind zum Opfer gewillt.

Eine Zeit von einer Brutalität, von der wir uns noch gar keine Vorstellung machen können, zieht herauf, ja wir sind schon mitten darin. Vor dem Ereignis wird jede Debatte zu Schaum, über den ganzen Wust von Redensarten, die uns fruchtlos ermüden, über Krämer, Literaten und Schwächlinge wird die Aufforderung zur Tat in das neue Europa fegen, eine reißende Flutwelle mit blutrotem Kamm. Denn der Friede weilt nicht beim Feigling, sondern beim Schwert.

Noch sind nicht alle Furchtlosen verschüttet unter Ruinen, die Deutschland begraben. Tragen wir in unsere neuen Aufgaben das alte, eisengewohnte Tempo hinein! ...<<

Die "Sozialistische Arbeiterjugend" sang im Jahre 1920 erstmalig das "Weimarlied" des Lyrikers und Erzählers Hermann Claudius (x067/99):

>>1. Wann wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen,
fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit.

2. Eine Woche Hammerschlag,
eine Woche Häuserquaden
zittern noch in unsren Adern.
Aber keiner wagt zu hadern:
Herrlich lockt der Sonnentag. ...

4. Birkenlaub und Saatengrün:

Wie mit bittender Gebärde
hält die alte Mutter Erde,
daß der Mensch ihr eigen werde,
ihm die vollen Hände hin. ...

6. Mann und Weib und Weib und Mann
sind nicht Wasser mehr und Feuer.
Um die Leiber legt ein neuer
Frieden sich. Wir blicken freier,
Mann und Weib, uns an.

7. Wann wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen,
fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit.<<

Prof. P. M. Brown (Universität Princeton) schrieb im Jahre 1920 über die Regelung der österreichischen Frage (x028/46-47): >>Im Fall Österreich-Ungarn liegt es nicht nur offen zutage, daß die Friedenskonferenz versäumte, das Recht auf Selbstbestimmung zu definieren oder Vorschriften für seine praktische Anwendung zu erlassen, sondern, was noch schwerer wiegt, es liegt klar zutage, daß keine einmütige Absicht vorlag, eine Gerechtigkeit, die keinen anderen Standard kennt als die gleichen Rechte der verschiedenen betroffenen Völker, auszuloten. Die vorherrschenden Motive der Friedenskonferenz waren anscheinend: Erstens, die getreuen Verbündeten zu belohnen, zweitens, den besiegten Feind mit Strenge zu behandeln und drittens, ein neues Gleichgewicht der Mächte zu schaffen.<<

Bei den tschechischen Parlamentswahlen im Jahre 1920 erhielt die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei 43 % aller deutschen Stimmen und wurde stärkste Partei (x206/26).

Lenin schrieb im Jahre 1920 über "Das Grundgesetz der Revolution" (x272/23-24): >>... Das Grundgesetz der Revolution, das durch alle Revolutionen, insbesondere durch die drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, bestätigt worden ist, besteht in folgendem:

Zur Revolution genügt es nicht, daß die ausgebeuteten und geknechteten Massen die Unmöglichkeit, in alter Weise weiterzuleben, einsehen und eine Änderung fordern; zur Revolution ist nötig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können.

Nur wenn die "unteren Schichten" die alte Ordnung nicht mehr wollen und die "Oberschichten" in der alten Weise nicht mehr leben können – nur dann kann die Revolution siegen.

Mit anderen Worten kann man diese Wahrheit so ausdrücken:

Die Revolution ist ohne eine Krise der gesamten Nation (die Ausgebeutete wie Ausbeuter erfaßt) unmöglich.

Folglich gehört zur Revolution erstens, daß die Mehrheit der Arbeiter (jedenfalls die Mehrheit der klassenbewußten, denkenden, politisch aktiven Arbeiter) die Notwendigkeit der Umwälzung vollkommen begriffen hat und bereit ist, ihretwegen in den Tod zu gehen; zweitens, daß die herrschenden Klassen eine Regierungskrise durchmachen, die sogar die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal einer wirklichen Revolution ist: die schnelle Verzehnfachung, ja sogar die Verhundertfachung der zum politischen Kampf fähigen Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Massen, die bis dahin apathisch waren), die Regierung schwächt und den Revolutionären den schnellen Sturz dieser Regierung ermöglicht. ...<<

Miklos von Horthy (1868-1957) wurde im Jahre 1920 zum Staatsoberhaupt und Reichsverweser gewählt. Die bisherige feudalistische Ordnung wurde beibehalten (keine "Bodenreform").

Ein italienischer Anhänger des Faschismus schrieb im Jahre 1920 an den Chefredakteur einer kommunistischen Zeitung (x149/26-27): >>Italien kann nicht kommunistisch werden. Es ist kein Industrieland. Die Arbeiter werden sich damit abfinden müssen, wieder Landarbeiter zu werden. Die organisierten Mitglieder eurer Partei werden wir beim Bau von Kraftwerken einsetzen, die anderen werden wir zur Urbarmachung in die Sumpf- und Malariagebiete schicken; während sie dort den Reichtum des Landes mehren, werden Sumpf und Malaria auch ihre revolutionären Fieberschauer abkühlen.

Es ist überdies an der Zeit, mit diesem Luxus des Landarbeiters Schluß zu machen, die ihre Töchter in Seide kleiden – besser als die würdigsten jungen Damen der bürgerlichen Familien.

...

Die Offiziere des Heeres stehen auf unserer Seite, sie versorgen uns mit Waffen und Munition. Wir sind mächtig und klug organisiert. ... Wir lassen euch von der Polizei entwaffnen, bevor wir euch selbst entgegentreten, nicht weil wir Angst vor euch haben (ihr könntet bestenfalls unser Mitleid erregen), sondern weil unser Blut zu wertvoll ist, als daß es im Kampf gegen minderwertigen feigen Pöbel vergossen werden könnte.<<

Franco trat im Jahre 1920 in die spanische Fremdenlegion ein.

Bei den nordamerikanischen Präsidentenwahlen des Jahres 1920 wurde der Demokrat Thomas W. Wilson deutlich geschlagen. Danach regierten bis 1933 nur noch Präsidenten der Republikanischen Partei.

Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford erläuterte Anfang der zwanziger Jahre das "Amerikanische System" und forderte ein "ungehemmtes Wachstum" für die Industrie (x149/52): >>Wie heißt der Leitgedanke der Industrie? Der wahre Leitgedanke heißt nicht Geldverdienen. Der industrielle Leitgedanke fordert die Schaffung einer nützlichen Idee und deren Vervielfältigung ins Vieltausendfache, bis sie allen zugute kommt.

Produzieren und immer mehr produzieren; ein System ersinnen, auf Grund dessen das Produzieren zu einer hohen Kunst wird; die Produktion auf eine Basis stellen, die ein ungehemmtes Wachstum und den Bau immer zahlreichere Werkstätten, die Hervorbringung immer zahlreicherer nützlicher Dinge ermöglicht – das ist der wahre industrielle Leitgedanke. ...

Wir lehren Kinder, ihr Geld zu sparen. Als Mittel gegen gedankenloses und egoistisches Geldausgeben ist das von Wert. Positiven Wert hat es nicht; es führt das Kind nicht auf die sicheren, gesunden Wege nützlichen Selbstaushdrucks und Selbstverbrauchs. Es ist besser, das Kind zu lehren, sein Geld anzulegen und zu verbrauchen, als zu sparen. ...

Das Prinzip des richtigen Verbrauchs ist die einzig untrügliche Richtschnur. Verbrauch ist positiv, aktiv, lebensspendend. Verbrauch ist lebendig. Verbrauch erhöht die Summe alles Guten. ...<<

Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford veröffentlichte im Jahre 1920 das antisemitische Buch "The International Jew".

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über den Antisemitismus in den USA (x318/52-53): >>... Die nordamerikanische Republik ist vor allem eines der Länder, das am meisten zur Verbreitung eines Motivs beiträgt, das später in der ideologischen Vorbereitung der "Endlösung" eine fatale Rolle spielen wird. Schon vor den Naziideologen und –agitatoren ist die These von einer geheimen jüdischen Steuerung der revolutionären Bewegung, die den Westen erschüttert, den US-Ideologen der white supremacy geläufig. Madison Grant unterstreicht die "semitische Führung" des "Bolschewismus", und Lothrop Stoddard brandmarkt das "bolschewistische Regime Sowjetrußlands" als "weitgehend jüdisch".

Doch in diesem Zusammenhang sollte unsere Aufmerksamkeit besonders der Figur von Henry Ford gelten. Sofort nach dem Oktober 1917 bemüht sich der Magnat der Autoindustrie darum,

die bolschewistische Revolution als das Resultat eines jüdischen Komplotts zu denunzieren, und gründet 1919 zu diesem Zweck eine in hoher Auflage gedruckte Zeitschrift, den Dearborn Independent. Die dort abgedruckten Artikel werden im November 1920 in Buchform mit dem Titel "Der internationale Jude" veröffentlicht, das sofort zum Bezugspunkt für den internationalen Antisemitismus wird.

Dort kann man Thesen nachlesen, die eine zentrale Rolle innerhalb der Naziideologie spielen "die russische Revolution ist rassischen (jüdischen), nicht politischen Ursprunges", sie bediente sich humanitärer und sozialistischer Schlagworte, bringe in Wirklichkeit aber ein "rassisches Weltherrschaftsstreben" zum Ausdruck. Fords Buch trägt außerdem stark dazu bei, den – im Umkreis der zaristischen Geheimpolizei gefälschten und 1903 zuerst in St. Petersburg auf russisch veröffentlichten – Protokollen der Weisen von Zion Glaubwürdigkeit und Verbreitung zu verschaffen.

Später werden prominente Nazibonzen wie Baldur von Schirach und sogar Heinrich Himmler erklären, von Ford inspiriert worden oder von ihm ausgegangen zu sein. Besonders Himmler behauptet, erst nach der Lektüre des Buches von Henry Ford "die ganze Gefährlichkeit des Judentums" erkannt zu haben: "Es war für uns Nationalsozialisten die Offenbarung". Darauf folgte die Lektüre der Protokolle. "Diese beiden Bücher wiesen uns den Weg, den wir zu beschreiten hatten, um die gequälte Menschheit von dem größten Feinde aller Zeiten, dem internationalen Juden, zu befreien".

Im übrigen hätte – nach Himmler – das Buch von Ford zusammen mit den Protokollen sowohl für seine als auch für die Formierung des Führers eine "ausschlaggebende" Rolle gespielt. Sicher ist, daß "Der Internationale Jude" im Dritten Reich weiterhin mit großen Ehren und mit Vorworten veröffentlicht wird, die das entscheidende historische Verdienst des amerikanischen Autors und Industriellen hinsichtlich der Klärung der "Judenfrage" hervorheben und eine Art Kontinuität von Henry Ford zu Adolf Hitler herausstreichen. ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete später (am 29. Juli 2008) über den US-Unternehmer Henry Ford: >>Henry Ford und die Nazis Der Diktator von Detroit

Unternehmer, Wohltäter - und Hitlers Vorbild: Der amerikanische Autofabrikant Henry Ford revolutionierte nicht nur die Fließbandproduktion, mit seinen antijüdischen Thesen inspirierte er auch den deutschen Diktator - und erhielt dafür 1938 eine besondere Auszeichnung der Nazis. ...

Gute Beziehungen zu Deutschland pflegte Henry Ford schon seit den zwanziger und dreißiger Jahren, als seine Firma mit General Motors um den lukrativen deutschen Markt konkurrierte. Hitler selbst bewunderte die amerikanische Art der Massenproduktion, und besonders bewunderte er Henry Ford, der ihm mit seinen antisemitischen Schriften eine Inspiration war, wie er 1931 einem Reporter aus Detroit erzählte. Der spätere Reichskanzler hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Porträt des Fabrikanten neben seinen Schreibtisch gehängt.

Antisemitische Thesen

Henry Ford lenkte die Ford Motor Company von Anfang an wie ein Diktator. Es war wohl dieser Führungsstil, der 1928 die "New York Times" veranlasste, ihn als "Mussolini of Highland Park" zu bezeichnen. So war Ford vielleicht ein Wohltäter - aber mit eigenem Überwachungsstaat.

Ford gebärte sich indes nicht nur wie ein Diktator, wie Hitler war auch er ein überzeugter Antisemit. Ausdruck dessen: der "Dearborn Independent", eine Zeitung, die Ford von 1919 bis 1927 herausgab. In seinen Artikeln unterstellte der Autor "den Juden" beispielsweise Faulheit und Raffgier: "Mehr als jede andere Rasse zeigt er (der Jude - Anm. d. Red.) eine ausgeprägte Abneigung gegen körperliche gewerbliche Arbeit, gleicht dies durch seine ebenso entschiedene Eignung zum Handel aus." Mehrere gerichtliche Klagen gegen solche Inhalte zwangen Ford schließlich, die Zeitung einzustellen.

1920 veröffentlichte Ford mit seinem Buch "The International Jew: The World's Problem" eine Sammlung antisemitischer Pamphlete, die zuvor im "Dearborn Independent" erschienen waren. Die These des Buchs lautete, das "Weltjudentum" habe sich zusammengeschlossen, um mit Hilfe seiner Macht im Wirtschaftssektor die Weltherrschaft zu erlangen.

Hitler hatte das Buch bereits in den zwanziger Jahren gelesen und bezeichnete es als große Inspiration. Die 1921 erschienene deutsche Übersetzung war später in NSDAP-Kreisen äußerst beliebt. Im gleichen Jahr finanzierte Ford auch die Übersetzung und Veröffentlichung der "Protokolle der Weisen von Zion" in den USA. Die Sammlung fiktiver Protokolle, die eine Weltverschwörung des "internationalen Judentums" beweisen sollten, ist die wahrscheinlich erste weitverbreitete Verschwörungstheorie. ...<<

Der nordamerikanische Journalist und Schriftsteller John Reed (1887-1920, der seit 1917 als Augenzeuge über die russische Revolution berichtete) schrieb im Jahre 1920 über Stalin (x080/135): >>Er ist kein Intellektueller wie die anderen Männer, denen man hier begegnet. Er ist nicht einmal besonders gut informiert, aber er weiß, was er will. Er besitzt eine starke Willenskraft, und er wird eines Tages ganz oben sein. ...<<

Ein Erdbeben in Kansu forderte im Jahre 1920 etwa 80.000 Todesopfer (x175/60).

1921

Während der Konferenz von Paris (24.-29.01.1921) forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten (eine unveränderliche feste Hauptsumme von 226 Milliarden und eine veränderliche Nebensumme von 43 Milliarden Goldmark). Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85).

Nach Bekanntgabe dieser unfassbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über die nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlenden Reparationen (x286/41-42): >>... Womit hätten die Deutschen zahlen sollen? Nachdem ihnen Land und der Rest ihrer Schätze (Gold war im Krieg draufgegangen) genommen waren, konnten sie nur mit Hilfe von Waren leisten. Diese Waren aber wollten die Alliierten nicht abnehmen.

Deutschland hatte - wie immer – eine passive Handelsbilanz (importierte also mehr als es exportieren konnte). Wie sollte es aus einem Überschuß seine Schulden tilgen?

Der englische Ökonom John Maynard Keynes erkannte mit seinem in Cambridge und mit langer Lektüre der "Times" geschulten Intellekt, daß das nicht funktionieren konnte. Er wurde als Berater des englischen Schatzamtes Mitglied der Friedensdelegation und schrieb 1919 ein Buch über die "Wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Sein Gedanke "Deutschland kann nicht bezahlen, da die Sieger ihm verwehren, Überschüsse zu erwirtschaften". Mit dem Buch wurde Keynes weltberühmt – ein Beweis, daß gesunder Menschenverstand damals noch in Ehren stand. Genutzt hat es nichts.

Die deutschen Reparationen wurden 1920 auf 226,4 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das war 36mal soviel, wie die Deutschen im letzten großen Krieg, den gegen Frankreich 1871, als Kontribution kassiert hatten. ...

1921 wurden die Deutschen angewiesen, über 42 Jahre hin zu zahlen, und zwar in steigender Summe. Pro Jahr war das nun eine erträglichere Zahl. Aber der Denkfehler war der gleiche:

Deutschland konnte nicht zahlen, da es nichts hatte und es ihm verwehrt war, Geld zur Zahlung zu verdienen. Der Zahlmeister war gar keiner.

Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso das mit den Reparationen niemand früher durchschaut hatte. Immer hatte Deutschland mehr importiert als exportiert:

1900 war das Verhältnis Export zu Import: 4,6 zu 5,8 Milliarden, 1905: 5,7 zu 7,1 Milliarden, 1910: 7,5 zu 8,9 Milliarden. Nur 1913 glich sich die Handelsbilanz beinahe aus. Deutschland

exportierte für 10,097 Milliarden und importierte für 10,770 Milliarden Mark. ...<<

Die Inflation führte zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1921 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

Am 3. Februar 1921 protestierte Hitler im Zirkus Krone vor über 6.000 Zuhörern gegen das "Pariser Diktat" ("Zukunft oder Untergang").

In der russischen Stadt Kronstadt (auf der Insel Kotlin im Finnischen Meerbusen, Inselfestung sowie Kriegs- und Handelshafen vor Sankt Petersburg) rebellierten etwa 15.000 Kronstädter Matrosen gegen die bolschewistische Diktatur.

Die Aufständischen forderten am 1. März 1921 in Kronstadt (x243/126):

>>1. Angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtigen Sowjets nicht den Willen der Arbeiter und Bauern repräsentieren, sind sie bei vorangehender freier Wahlagitation und in geheimer Abstimmung sofort neu zu wählen.

2. Freiheit der Rede und Presse für Arbeiter, Bauern und Anarchisten und linkssozialistische Parteien.

3. Freiheit der Versammlungen der Gewerkschaften und Bauernvereinigungen. ...

5. Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Reihen der sozialistischen Parteien. ...

8. Beseitigung aller politischen Abteilungen in der Armee. ...

9. Gleichstellung aller Rationen der Arbeiter. ...

11. Freies Verfügungsrecht der Bauern über ihren Boden und das Recht, Vieh halten zu dürfen, sofern sie keine Lohnarbeiter beschäftigen. ...<<

Als die deutsche Regierung fällige Reparationszahlungen verweigerte, besetzten französische Truppen am 8. März 1921 die Häfen der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

Ministerpräsident Eduardo Dato Iradier (1856-1921, Vorsitzender der konservativen Partei Spaniens), der seit 1919 vor allem die andauernden Streiks der nach Unabhängigkeit strebenden Arbeiterschaft Kataloniens mit drastischen Maßnahmen bekämpfte, wurde am 8. März 1921 in Madrid von dem Syndikalist Pedro Mateu erschossen.

Nach diesem politischen Mord führten die Radikalisierung der Arbeiterschaft und die Repressionen des Staates und der Unternehmer zu weiteren Gewalttaten.

In Berlin erschoss am 15. März 1921 ein junger Armenier einen türkischen Politiker, da die National-Türken 1920 bis 1921 im Osmanischen Reich wieder grausame Verfolgungen durchführten, bei denen Tausende von Armeniern umkamen (x061/445).

Der armenische Attentäter wurde später freigesprochen (x034/138).

General Tuchatschewski und Trotzki ließen den Kronstädter Aufstand gegen die bolschewistische Einparteienherrschaft am 18. März 1921 durch die Rote Armee niedergeschlagen. Von den 15.000 Kronstädter Matrosen kamen nur etwa 150 mit dem Leben davon (x243/126).

General Tuchatschewski berichtete später über die Niederschlagung des Aufstandes (x243/126): >>Ich bin 5 Jahre im Krieg gewesen, aber ich kann mich an ein derartiges Gemetzel nicht erinnern. Es war keine Schlacht mehr, es war die Hölle. ...<<

Am 23. März 1921 wurde die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft. Die Reichswehr verfügte danach lediglich über 100.000 Berufssoldaten des Heeres und 15.000 Berufssoldaten der Marine (x034/138-139).

Die deutsche Reichsregierung bat die US-Regierung am 20. April 1921 um Hilfe, da man die geforderten Reparationen nicht bewältigen konnte.

Die US-Regierung schlug am 21. April 1921 eine Reparationskonferenz (mit Beteiligung der USA) zur Lösung der deutschen Finanzierungsprobleme vor.

Die Tiroler Bevölkerung stimmte am 24. April 1921 mit 132.000 zu 1.700 Stimmen für den Anschluß an Deutschland (x034/141).

Am 3. Mai 1921 drangen polnische Milizen gewaltsam in Oberschlesien ein (die Milizen wurden inoffiziell von der polnischen Regierung unterstützt). Bei diesem "3. polnischen Auf-

stand" verübten die "Freischärler" schwere Gewalttaten und ermordeten zahlreiche deutsche Zivilisten (x025/43).

Nach zähen Verhandlungen senkte die Konferenz der Alliierten in London am 5. Mai 1921 die Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark (zahlbar in 37 Jahren). Diese Forderung überstieg jedoch weiterhin die deutsche Zahlungskraft, so daß die deutsche Regierung trotz des Londoner Ultimatums (Besetzung des gesamten Ruhrgebietes, falls die Forderungen nicht anerkannt werden) zunächst ihre Zustimmung verweigerte.

Um die angedrohte Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden, stimmte die deutsche Regierung am 11. Mai 1921 dem Londoner Ultimatum zu. Die Politiker der deutschen Regierung wurden danach von den radikalen Parteien als "Erfüllungspolitiker" diffamiert.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die innenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik (x057/225-227): >>... Häufige Regierungs- und Koalitionswechsel verschärften das innerparlamentarische Leben, zumal die rechts- und linksradikalen Gruppen und Parteien in steter Opposition zu Regierung und Staat ständig anwuchsen. Nach den Aufständen linksradikaler Elemente in Berlin und München und nach Putschversuchen von rechts (Kapp) erschütterten zahlreiche politische Morde den neuen Staat: die Kommunistenführer Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Reichsminister Erzberger und Rathenau.

Ende 1923 kam es zu einer Krise zwischen dem Reich und Sachsen (linkradikale Regierung Zeigner) sowie Bayern, wo "nationale Kräfte" sich vom Reich lösen wollten und ein Putschversuch des Führers der neuen nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gegen das Reich scheiterte (Hitlerputsch 9. November 1923).

Diese Unruhen waren weitgehend bedingt durch die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten hervorgerufen durch die Folgen des Krieges und die Belastung des Versailler Friedens. Die Reparationsschuld war ursprünglich auf 226 Milliarden Mark und dann auf 132 Milliarden Mark festgesetzt worden (Londoner Ultimatum 1921). Über die Durchführung entstanden besonders mit Frankreich wachsende Spannungen.

Auf zahlreichen Konferenzen der Alliierten verhandelte man über die Reparationen. Die deutschen Regierungen bemühten sich vergebens, ein für das Wirtschaftsleben und die Zukunft des deutschen Volkes erträgliches Maß zu erreichen. Unter dem drohenden Einmarsch alliierter Truppen mußte man schließlich das Londoner Ultimatum annehmen (Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth).

Um dieselbe Zeit begann der Währungsverfall (Mai 1921): 1 Goldmark = 15 Papiermark, so daß Deutschland ein Moratorium (eine Stundung) beantragte. Es scheiterte an der Haltung Frankreichs, das schließlich im Widerspruch zu England, unterstützt von Italien und Belgien, auf Grund von geringfügigen Rückständen in den deutschen Lieferungen den verhängnisvollen "Weg der produktiven Pfänder" beschritt und das Ruhrgebiet militärisch besetzte (Ruhr-einfall).

Der von der deutschen Regierung Cuno durchgeführte "passive Widerstand", begleitet von Sabotageakten einzelner Deutscher (Erschießung Schlageters) und separatistischen Versuchen, durch Frankreich unterstützt, führte zu keinem Erfolg. Aber auch die französische Politik war gescheitert. ...

Nachdem die Diktaturversuche von links (Sachsen) und rechts (Bayern) gescheitert waren, galt es die Währung zu stabilisieren, da der Markkurs völlig zusammengebrochen war (November 1923: 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark).

So drohte neben der innerpolitischen eine soziale und wirtschaftliche Krise, die das Leben in Deutschland zum Erlahmen brachte und die nackte Existenz des Volkes bedrohte.

Nach den Plänen von Helfferich, Luther und Schacht wurde im November die Rentenmark geschaffen, deren Ausgabe auf 3.200 Millionen beschränkt blieb und die sich auf eine Belastung von Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken stützte. So gelang es durch das "Wun-

der der Rentenmark", die Währung zu stabilisieren und damit die gelähmte Wirtschaft aus eigener Kraft wieder zu beleben.

Die Stabilisierung war aber mit der Zerrüttung des deutschen Volksvermögens verbunden, da die alten Guthaben nur zu einem geringen Prozentsatz "aufgewertet" wurden, was die kleinen Sparer um ihre Erträge brachte und den Mittelstand vernichtete. Damit vollzog sich eine Umbildung der sozialen Struktur, wie sie die Geschichte des deutschen Volkes noch nicht aufzuweisen hatte.

Dennoch bewährte sich in der Not die Lebenskraft des Volkes, das seit einem Jahrzehnt unermessliche Leiden durch Krieg, Revolution und Inflation hatte erdulden müssen.<<

Schlesische Selbstschutzverbände erstürmten am 21. Mai 1921 den Annaberg in Oberschlesien und schlugen die polnischen "Freischärler" nach schweren Kämpfen zurück.

Der französische Politiker Georges Clemenceau (1841-1929) erklärte im Juni 1921 (x340/-202): >>Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt erst an. ... Es gibt 20 Millionen Deutsche in Europa zu viel!<<

Mao Zedong (1893-1976) gründete mit 11 jungen Politikern der Sozialistischen Jugendliga am 1. Juli 1921 in Shanghai die Kommunistische Partei Chinas.

In der Zeitung "Schwarzwälder Volkswacht" wurde am 4. Juli 1921 ein beliebtes Lied der Freiwilligenverbände und Studentenvereinigungen veröffentlicht (x149/40): >>Wenn einst der Kaiser kommen wird,

schlagen wir zum Krüppel den Wirth (damaliger Reichskanzler),

knallen die Gewehre, tack, tack, tack,

aufs schwarze und auf das rote Pack.

Haut immer feste auf den Wirth!

Haut seinen Schädel, daß es klirrt!

Knallt ab den Walther Rathenau (damaliger Reichsaußenminister),

die gottverfluchte Judensau.<<

Hitler wurde nach "systematischen Intrigen" am 29. Juli 1921 Vorsitzender bzw. "Führer" der NSDAP, die bereits 3.000 Parteimitglieder besaß.

Dr. Horst Heidtmann schrieb später über den "Führerkult" der 20er Jahre (x051/198): >>Führerkult, religionsartige Verklärung und Verehrung Hitlers, inszeniert durch Propaganda und Selbststilisierung, begünstigt durch Zeitumstände und Person. Für große Teile des deutschen Volkes war die parlamentarische Weimarer Republik mit ihren Interessengegensätzen und dem Zwang zum politischen Kompromiß fragwürdig, sie waren an die klare, autoritäre Ordnung des Kaiserstaates und durch das Kriegserlebnis an militärische Entscheidungshierarchien gewöhnt.

Demokratische Traditionen fehlten; der unübersehbare technisch-wissenschaftliche Fortschritt und Wirtschaftskrisen schufen Zukunftsängste, der Versailler Vertrag wurde als "nationale Deklassierung" empfunden. Man suchte nach Leitbildern, erhoffte Änderung durch einen "starken Mann" an der Spitze des Reiches; in zahlreichen Dichtungen wurden auserwählte Führer verheißen; so besang z.B. S. George den, der "die Ketten sprengt ... Er führt durch grausige Signale ... und pflanzt das Neue Reich".

In dieser Situation wurde Hitler in den 20er Jahren zum "Vereinigungspunkt vieler Sehnsüchte, Ängste und Ressentiments" (Fest). Er schuf übersichtliche Feindbilder, lenkte den Haß auf die Schwächeren und das Fremde, beschwor die Furcht vor dem Bolschewismus, appellierte an Gefühle, beeindruckte Zuhörer durch die Fähigkeit, Belanglosigkeiten mit größter Leidenschaft vorzutragen.

Hitler selbst suchte sich in der Frühphase der nationalsozialistischen Bewegung mit einer Aura des Außergewöhnlichen, Geheimnisumwitterten zu umgeben, förderte die Legendenbildung, nutzte mit taktischem Geschick alle zur Verfügung stehenden Mittel, Terror und Kra-

wall, um bekannt zu werden.

Innerhalb der NSDAP setzte er mit Skrupellosigkeit und Selbstbewußtsein seinen Führungsanspruch durch, erhielt auf der Mitgliederversammlung am 29.7.21 "diktatorische Machtbefugnisse" eingeräumt und wurde erstmals als "unser Führer" gefeiert. Im August 21 stilisierte dann auch für die Öffentlichkeit der "Völkische Beobachter" Hitler zum auserwählten "nationalen Retter" und "Führer".

Der Verfasser des Artikels, Eckart, begann, zusammen mit Esser und Heß, in der Folgezeit konsequent einen Führer-Mythos um Hitler auszubauen. Dessen öffentliche Auftritte sprachen nicht zuletzt durch das massenwirksame Arrangement von Fahnen, Farben, Symbolen, Uniformen und soldatisch geordneten Aufmärschen die Zuschauer emotional an.

Hitler offerierte sich als ein über den Klassen und materiellen Interessen stehender Führer und forderte Hingabewillen und Opferbereitschaft. Durch den zeremoniellen Charakter öffentlicher Kundgebungen und den bewußt kultivierten Heilsbringergestus entstand ein Führerkult mit immer stärker religiösen Akzenten. Hitler wurde zum väterlichen Erlöser" (Haug), zum "völkischen Messias" (Loewy) überhöht und betonte selbst sein Auserwähltsein durch die ständige Anrufung des "Herrgotts" und der "Vorsehung".

Die Erhebung zu einem christusähnlichen Heros wurde in den Jahren nach der Machtübernahme durch eine Reihe von publikumswirksamen chorischen Dichtungen verstärkt, in denen nach dem Vorbild christlicher Passionsspiele ein Führer das auserwählte deutsche Volk zur Erlösung führt (u.a. "Deutsche Passion 1933" von Euringer). ...<<

Die NS-Partei bildete am 3. August 1921 eine eigene Turn- und Sportabteilung, die sich später "Sturmabteilung" (SA) nannte und mit den Kommunisten, der "Schwarzen Reichswehr", "Freikorps" und anderen politischen Gegnern ständig brutale Saalschlachten führte.

Dr. Wolfgang Petter schrieb später über die "Sturmabteilung (SA)" in den Jahren 1921-1933 (x051/569-570): >>Sturmabteilung (SA). Terror in Form von Saal- und Straßenschlachten kennzeichnete das öffentliche Auftreten des Nationalsozialisten von Anfang an.

Besonders bewährt hatte sich der stabsmäßig vorbereitete, geschlossene Einsatz von Soldaten, die Hauptmann Röhm von der Münchner Reichswehr zu diesem Zweck abordnete. Am 3.8.21 faßte Hitler deshalb bewährte Schläger zusammen, die sich nach der Bürgerbräu-Saalschlacht (4.11.21) SA nannten.

Den Aufbau der SA, den Röhm entscheidend förderte und bestimmte, übernahmen Offiziere aus dem rechtsradikalen Geheimbund des Freikorpsführers Ehrhardt (Organisation Consul). Unter ihrem ersten, noch von Ehrhardt besoldeten Führer, Hans-Ulrich Klintzsch, geriet die SA folgerichtig in das Fahrwasser der nationalen Wehrverbände und wurde schließlich während des Ruhrkampfes, von der örtlichen Reichswehr militärisch ausgebildet, regelrecht in die Landesverteidigung einbezogen.

Göring änderte als zweiter SA-Führer (1923) nichts an dieser Ausrichtung, die sich als sehr werbewirksam für die NSDAP erwies. Obwohl die SA bei ihren Einsätzen als unbewaffnete Parteitruppe 1921/22 die geforderte Schlagkraft bewies und das gewünschte Aufsehen erregte, nahm Hitler an ihrem Doppelcharakter, der ihm die politische Verfügung nur zum Teil beließ, Anstoß und schuf mit dem "Stoßtrupp Adolf Hitler" seine eigene Garde, die Keimzelle der Schutzstaffeln (SS).

Nach dem Hitlerputsch vom 8./9.11.23, bei dem ihr Handstreich auf die Münchner Reichswehrkasernen abgeschlagen und sie selbst vor der Feldherrnhalle zersprengt worden war, wurde die SA verboten und löste sich auf. Einen Kern hielt Röhm zusammen und baute ihn reichsweit als "Frontbann" aus. Hitler beauftragte ihn nach seiner Haftentlassung 1925 mit dem Wiederaufbau der SA, verweigerte aber die erneute Übernahme der paramilitärischen Konzeption Röhm's.

Die SA-Einheiten, die spontan mit den örtlichen Neugründungen der NSDAP – z.T. zusam-

men mit Frontbannen – entstanden, orientierten sich an der politischen Aufgabe: Aufmärsche und Zusammenstöße. Militärisch blieben nur Elemente des Auftretens und der Erscheinung, wie die 1924 aus dem Nachlaß der deutsch-ostafrikanischen Schutztruppe bezogene Uniform. Dennoch endete das Nebeneinander von Frontbannen und SA selbst nach Röhm's Abgang im April 25 nicht sofort. Erst mit der Zentralisierung der bisher unzusammenhängenden SA-Einheiten unter dem Obersten SA-Führer (Osaf) Pfeffer von Salomon (1926-30) siegte Hitlers Richtung.

Die Koordination des Aufbaus erfolgte nach "Grundsätzlichen Anordnungen" (GRUSA) und "SA-Befehlen" (SABE) des Osaf, für die Hitlers Wünsche nur als Richtlinien dienten. Überhaupt durfte die Politische Organisation auf allen Ebenen, auch der obersten, die Aufgaben nur bezeichnen; die Durchführung lag in der Alleinzuständigkeit der SA. Konflikte mit der Staatsgewalt wurden dabei sorgfältig vermieden, wobei Pfeffer bis zum Erlaß einer in Wahrheit ungültigen Vorzeigesatzung (GRUSA II) ging.

Die Gliederung handhabte Pfeffer sehr elastisch, so daß die Einheiten von der Brigade bis hinunter zur Schar je nach den örtlichen Verhältnissen von sehr verschiedener Größe waren. Die Hierarchie der Führungsebenen kreuzte er mit der egalitären Homogenität des Führerkorps, in dem es nur Dienst-, nicht Rangbezeichnungen und -abzeichen gab. Ausrüstungs- und Dienstkosten hatten die SA-Männer neben den Beiträgen für die obligatorische Parteimitgliedschaft selbst zu tragen, doch gelang es Pfeffer, ab 1929 Zuschüsse zu geben und Sozialmaßnahmen treffen zu können.

Dadurch konnte sich die SA die Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise als Massenzustrom nutzbar machen. Ihr Anwachsen verband sich mit den ersten großen Wahlerfolgen der NSDAP, die die SA ihren Aktivitäten in Form disziplinierter Demonstrationen wie zügellosen Straßenterrors zuschrieb. Doch wies Hitler die z.T. rabiat vorgetragenen Ansprüche zurück, die sie daraus ableitete (Stennes-Revoluten), und übernahm den Posten des Osaf selbst.

Der Stabschef der SA, 1929/30 Otto Wagener (1888-1971), wurde damit erheblich aufgewertet. Doch da Wagener von der Dynamik der sich radikalisierenden Parteiarmerie überfordert war, übertrug Hitler die tatsächliche Führung erneut Röhm, der sich unter der Bedingung weitgehender Unabhängigkeit für die Stellung des Stabschefs (1931-34) gewinnen ließ.

In den hektischen Folgejahren wurde die SA durch explosives Wachstum (Ende 31: 260.000, Januar 33: 600.000-700.000) und extreme Fluktuation – besonders im Wechsel mit der KPD und dem Rotfrontkämpferbund – in ihren Zielen noch unberechenbarer und blieb nur ihrem Zweck, Propaganda- und Terrorinstrument zu sein, eindeutig treu. Röhm hob sogar die Verpflichtung zur Parteimitgliedschaft auf, was der SA nach der Aufnahmesperre der NSDAP (1.5.33) riesigen Zustrom bescherte.

Das vorübergehende Verbot der SA (April-Juni 32) lähmte ihre Aktivitäten nicht, sondern provozierte eine Terrorwelle, die bis zur Machtergreifung nicht mehr abebbte. ...<<

Am 17. und 18. August 1921 berichtete die britische Tageszeitung "The Times" über das neue Testament Satans.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) veröffentlichte später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" das neue Testament Satans (x364/247-324): >>...

Wer schrieb das neue Testament Satans?

Am 17. und 18. August 1921 brachte die "Times" zwei Aufsätze "Jewish World Plot" und "Jewish Peru Exposed". Darin wird berichtet, daß der Korrespondent des Blattes in Konstantinopel durch einen glücklichen Zufall ein Buch erwischte hätte, aus welchem die Dokumente, also das neue Testament Satans, abgeschrieben sei. Es handelt sich um die Schrift von Maurice Joly "Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu ou la Politique de Machiavel au XIX. Siecle. Par un Contemporain".

Sie erschien 1865 bei Mertens & Sohn in Brüssel und eine deutsche gekürzte Übersetzung im

gleichen Jahr bei O. Wiegand in Leipzig. Von der französischen Ausgabe folgte 1868 eine zweite Auflage mit dem Namen des Verfassers. Ein Vergleich mit Satans Testament zeigt, daß der Verfasser das Buch von Joly gekannt und einzelne Sätze daraus übernommen hat. Die "Times" schreibt dazu, Joly-Joel hätte in seinem Buch Napoleon III. "verspottet". Gewiß, das hat er getan, aber das Buch enthält weit mehr.

Es ist tatsächlich ein Vorgänger des neuen satanischen Testaments und gestattet einen ausgezeichneten Einblick in die Verschwörungskunst der Illuminaten. Der Verfasser dieser Zwiegespräche, in denen Machiavelli als der "Usurpator" Napoleon und Montesquieu als Geist der Verschwörung von 1789 auftreten, verspottet allerdings den Kaiser der Franzosen nicht um Napoleon lächerlich zu machen, sondern um den monarchischen Gedanken im französischen Volk zu ersticken. Darüber hinaus aber hat Joly-Joel den Sturz des Hauses Bonaparte und die Kommune von 1871 sowie die Trennung von Staat und Kirche vorbereitet.

Die französische Regierung führte 1870 den Krieg mit Deutschland herbei, um dadurch das drohende Unheil abzulenken. Vielleicht wäre das bei einem siegreichen Krieg auch geglückt. Die Vorbereitungen zum Umsturz waren damals aber schon so weit vorgeschritten, daß der Zusammenbruch des Kaiserreiches unmittelbar nach der Schlacht bei Sedan erfolgte.

Am 2. September 1870 hatte Napoleon III. seine Unterredung mit Bismarck bei Donchery, auf die die Übergabe des Heeres in Frenois folgte. Daran schloß sich die Begegnung des französischen Kaisers mit dem König Wilhelm I. von Preußen im Schloß Bellevue. Napoleon überreichte dem König seinen Degen und bat um ritterliche Haft, die ihm auf Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel zuteil wurde.

Terror mit Sachkenntnis

In der Nacht vom 3. zum 4. September beantragte Jules Favre bereits die Absetzung des Hauses Bonaparte. Der Vertreter der kaiserlichen Regierung General Cousin-Montauban, "wagte nicht", dieser Aufforderung zum Hochverrat ernstlich entgegen zu treten, weil Heer und Nationalgarde sich unzuverlässig zeigten. Die Vorgänge erinnern lebhaft an den 9. November 1918.

Am 4. September, nachmittags, stürmte ein "Volkshaufe" den Sitzungssaal der gesetzgebenden Körperschaft, der Senat löste sich auf und man verkündete die Volksregierung. Die Ziele der Illuminaten waren allerdings erheblich weiter gesteckt. Frankreich sollte dem Bolschewismus ausgeliefert werden, der unter dem Namen Commune nach einigen mißglückten Versuchen vom 18. März bis zum 29. Mai 1871 in Paris mordete und brandschatzte, und nur an den 145 Häusern von Alfons Rothschild ehrfurchtsvoll vorüber ging.

Denkmäler französischer Größen wurden mit Sachkenntnis zerstört. Bürger und Geistliche ermordet, wer mochte aber dem Pöbel beigebracht haben, daß es sich schickt, Häuser reicher Illuminaten bei solcher Gelegenheit zu schonen? Vielleicht können die Mitglieder des Rates der Dreihundert darüber Auskunft erteilen?

Schwerlich wäre es der französischen Regierung jener Zeit gelungen, den Aufstand niederzuschlagen, wenn nicht die deutsche Heeresleitung den Sturm auf Paris durch Besetzung ihrer Vorposten-Stellungen erleichtert und damit gleichzeitig ein Entweichen der Aufständischen verhindert hätte.

Joly-Joel hatte die Kommune mit seinem Buch nicht nur gründlich vorbereitet, er war auch selbst eifrig an den Vorgängen in Paris beteiligt. Joly-Joel war Freimaurer und Illuminat.

In dem neuen Testament Satans bekennt man sich zum Aufstand in Paris im Jahre 1871. Der im Testament enthaltene Plan ist auf jeden Fall Teil der Illuminaten-Schriften. Der Verfasser des Testaments war also mit den erwähnten Büchern und den geänderten Dokumenten der Illuminaten vertraut und zitierte eifrig daraus.

Der wirkliche Beweis hinsichtlich der Authentizität oder Falschheit des Testaments liegt natürlich nicht in dem, was die Leute sagen. Der wirkliche Beweis ist der Inhalt des Testaments

selbst und die tödliche Präzision der Zukunftsdeutung.

Henry Ford, der berühmte amerikanische Industrielle, wirkte sehr überzeugend, als er in einem Interview mit der "New York World", gedruckt am 17. Februar 1921, zu der Wahrhaftigkeit dieses Dokumentes sagte: "Das Einzige, was ich dazu sagen möchte ist, daß sie genau in den Gang der Dinge hineinpassen.

Sie sind mindestens sechzehn Jahre alt, und sie haben die Weltsituation bisher zutreffend beschrieben. Sie tun es noch."

Voraussagen wurden Wirklichkeit

In einem Brief an die Zeitschrift "Senator", der am 27. August 1921 gedruckt wurde, schrieb Lord Sydenham: "Die Dokumente beschreiben in genauesten Einzelheiten die Ziele des Bolschewismus und die Methoden, mit denen diese Ziele verwirklicht werden. Diese Methoden wurden bereits 1901 angewandt, als Nilus den Erhalt der Dokumente bekanntgab, aber auch damals war der Bolschewismus marxistischer Kommunismus, und die Zeit war noch nicht reif für den Einsatz militärischer Gewalt. Nichts, das 1865 geschrieben wurde, kann einen Einfluß auf die tödliche Präzision der Voraussagen gehabt haben, von denen die meisten seither haargenau eingetroffen sind.

Was ist das verblüffendste Merkmal dieser Dokumente? Die Antwort ist sehr wenigen bekannt und allumfassend. Der Schlüssel der Geheimnisse, wenn es eines ist, liegt in der Sicherstellung der Herkunft dieses unheimlichen Wissens, auf dem all die eingetroffenen Prophezeiungen basieren."

Anhang

Protokolle der Weltdiktatur: Das neue Testament Satans

Alle Redensarten wollen wir beiseite lassen, dafür aber die Bedeutung jedes Gedankens besprechen und die Lage durch Vergleiche und Schlußfolgerungen beleuchten. Auf diese Weise kennzeichnen wir unser System. Man muß dabei stets berücksichtigen, daß die Menschen mit bösen Trieben zahlreicher sind als die mit guten Eigenschaften. Deshalb wird in der Staatsverwaltung weit mehr durch Gewalt und Rücksichtslosigkeit erreicht, als durch wissenschaftliche Erörterungen. Jeder Mensch strebt nach Macht, jeder möchte "Selbstherrscher" - Diktator - werden, wenn er nur könnte. Dabei sind nur die Wenigsten bereit, das Allgemeinwohl dem eigenen Vorteil nicht zu opfern.

Was hat die Raubtiere, die man Menschen nennt, in Schranken gehalten? Wer hat sie bisher geleitet? Zu Beginn der gesellschaftlichen Ordnung fügten sie sich der rohen und blinden Gewalt, dann dem Gesetz, das nichts Anderes ist als die gleiche Gewalt in verschleierte Form. Daraus folgere ich: Nach den Naturgesetzen liegt das Recht in der Macht!

Diese Aufgabe wird wesentlich leichter, wenn der Gegner selbst von dem falschen Begriff "Freiheit", dem sogenannten Liberalismus, angesteckt wird und sich diesem Begriff zuliebe seiner Macht begibt. Hier gelangt unsere Lehre zum offenkundigen Siege: Wenn die Zügel der Verwaltung am Boden schleifen, dann erfaßt nach den Naturgesetzen eine neue Hand die Zügel und zieht sie an. Denn die blinde Masse des Volkes kann nicht einen Tag ohne Führer sein. Die neue Macht tritt an die Stelle der alten, die der Liberalismus zermürbt hat.

In unserer Zeit ersetzt die Macht des Goldes den Liberalismus. Es gab eine Zeit, da herrschte der Gottesglaube. Der Begriff der Freiheit läßt sich nicht verwirklichen. Niemand versteht es, vernünftigen Gebrauch davon zu machen. Überläßt man ein Volk auf kurze Zeit der Selbstverwaltung, so verwandelt sich diese in Zügellosigkeit. Von diesem Augenblick an entstehen Zwistigkeiten, die sehr bald in Wirtschaftskämpfe ausarten. Die Staaten geraten in Brand, und ihr Ansehen versinkt in Asche.

Mag nun ein Staat durch innere Umwälzungen erschöpft oder durch Bürgerkrieg in die Gewalt äußerer Feinde geraten sein, so ist er auf jeden Fall dem Untergang geweiht; dann ist er in un-

serer Gewalt. Die Herrschaft des Geldes, über das wir ganz allein verfügen, reicht ihm einen Strohalm hin, an dem sich die Regierung wohl oder übel anklammern muß, will sie nicht rettungslos in den Abgrund versinken.

Ich frage denjenigen, der vom freisinnigen Standpunkt aus solche Erwägungen für unsittlich hält: "Wenn jedes Reich zwei Feinde hat, und wenn es dem äußeren Feind gegenüber erlaubt ist und nicht als unsittlich gilt, jegliches Kampfmittel anzuwenden, zum Beispiel den Feind nicht mit den Verteidigungs- und Angriffsplänen bekannt zu machen, ihn nachts und mit überlegenen Streitkräften anzugreifen, weshalb sollten solche Maßnahmen gegenüber dem schlimmeren Feind, der die gesellschaftliche Ordnung und den Wohlstand zerstört, unmoralisch genannt werden?"



So sah Albrecht Dürer in seiner Holzschnittfolge "Die Apokalypse" die babylonische Hure, die noch heute regiert.

Wie kann ein gesund und folgerichtig denkender Geist hoffen, die Volksmassen mit Erfolg durch Vernunftgründe und gütliches Zureden zu regieren, wenn dem Volk die Möglichkeit des Widerspruchs zusteht, der zwar unsinnig erscheinen mag, dem oberflächlich urteilenden Volk aber angenehm dünkt?

Der große Haufe, der sich ausschließlich von seichten Leidenschaften, Aberglauben, Gewohnheiten, Überlieferungen und gefühlsvollen Lehrsätzen leiten läßt, verstrickt sich in den Parteigeist, der jede Möglichkeit einer Verständigung ausschließt, wenn sie auf Grund gesunder Vorschläge angebahnt wird. Jede Entscheidung der Masse hängt von einer zufälligen oder künstlich zusammengebrachten Mehrheit ab, die sich, in Unkenntnis der Schliche in der Staatskunst, zu den törichtsten Entschlüssen hinreißen läßt und so den Keim der Gesetzlosigkeit in die Staatsverwaltung legt.

Die Staatskunst hat mit dem Sittengesetz nichts gemein. Ein Herrscher, der an der Hand des Sittengesetzes regieren will, versteht nichts von der Staatskunst und ist daher keinen Augenblick auf seinem Thron sicher.

Wer regieren will, muß mit List und Heuchelei arbeiten. Hohe völkische Eigenschaften - Ehrbarkeit und Offenheit - sind Klippen für die Staatskunst, denn sie stürzen besser und sicherer vom Thron als der stärkste Feind. Diese Eigenschaften mögen die Kennzeichen der nicht il-

luminierten Reiche sein. Wir dürfen uns niemals von ihnen leiten lassen.

Unser Recht liegt in der Stärke. Das Wort "Recht" ist ein künstlich gebildeter und durch nichts bewiesener Begriff. Es bedeutet nicht mehr als: "Gebt mir, was ich wünsche, damit ich einen Beweis dafür habe, daß ich stärker bin als ihr."

Der Zweck heiligt die Mittel

Wo fängt das Recht an? Wo hört es auf? In einem Staat, in dem die Macht schlecht geregelt ist, in dem die Gesetze und der Herrscher durch zahlreiche Rechte des Freisinnes machtlos geworden sind, schöpfe ich ein neues Recht: mich nach dem Recht des Stärkeren auf die Verwaltung zu stürzen, meine Hand auf die Gesetze zu legen, alle Einrichtungen umzubilden und der Herr derer zu werden, die uns ihre Macht freiwillig aus "Liberalismus" überlassen haben.

Unsere Macht wird, da gegenwärtig alle Mächte ins Wanken geraten, unüberwindlicher sein als jede andere, weil sie so lange unsichtbar sein wird, bis sie so weit gekräftigt ist, daß sie keine List mehr untergraben kann.

Aus dem vorübergehenden Unheil, das wir jetzt anrichten müssen, wird die Wohltat einer unerschütterlichen Regierung hervorgehen, die den vom Freisinne gestörten regelmäßigen Gang des völkischen Daseins wiederherstellen wird. Der Zweck heiligt die Mittel. So wollen wir denn in unseren Plänen die Aufmerksamkeit weniger auf das Gute und Sittliche als auf das Nötige und Nützliche lenken.

Wenn wir einen erfolgreichen Plan für unsere Tätigkeit ausarbeiten wollen, dann müssen wir die Gemeinheit, die Unbeständigkeit, den Wankelmut der Masse begreifen lernen. Wir müssen ihre Unfähigkeit zum Verständnis und zur Würdigung der Bedingungen des eigenen Lebens, der eigenen Wohlfahrt berücksichtigen.

Wir müssen in Rechnung ziehen, daß die Macht der Masse blind, unvernünftig und urteilslos ist, daß sie bald nach rechts, bald nach links horcht. Ein Blinder kann Blinde nicht leiten, ohne daß er sie an den Abgrund führt. Folglich können die Angehörigen der Masse, Emporkömmlinge aus dem Volk, mögen sie auch hochbegabt sein, in der Staatskunst nicht mitreden oder als Führer auftreten, ohne das ganze Volk zu verderben.

Ein Volk, das sich selbst, das heißt den Emporkömmlingen aus der Masse überlassen bleibt, zerstört sein eigenes Gefüge durch Parteikämpfe, die durch die Jagd nach Macht und Ehren hervorgerufen werden, und durch die daraus entspringenden Unruhen. Ist es möglich, daß die Massen ruhig und ohne Eifersucht urteilen und das Geschick des Landes leiten können, das sich nicht mit persönlichen Interessen vermengen läßt? Können sie es gegen äußere Feinde verteidigen? Das ist undenkbar:

Ein Feldzugplan, der in so viele Teile zerfällt, wie die Menge Köpfe zählt, verliert seine Einheitlichkeit; er wird deshalb unverständlich und unausführbar.

Die Masse besteht aus Barbaren

Nur eine selbstherrschende Persönlichkeit kann die Pläne der Staatsleitung in voller Klarheit in einer Ordnung ausarbeiten, die alles im Mechanismus der Staatsmaschine richtig verteilt. Hieraus folgt, daß die geeignetste Staatsform eines Landes dort gefunden ist, wo die Leitung in der Hand einer verantwortlichen Persönlichkeit liegt.

Ohne unbedingte Gewalt kann keine Zivilisation bestehen; diese ruht nicht auf den Massen, sondern auf ihrem Führer, mag er sein, wie er will. Die Masse besteht aus Barbaren, die ihr Barbarentum bei jeder Gelegenheit zeigt. Sobald die Masse die Freiheit an sich reißt, verwandelt sie diese in Gesetzlosigkeit, die den höchsten Grad der Barbarei bildet.

Sehen Sie sich die vom Weingeist durchseuchten Tiere an, die vom Wein betäubt sind. Das Recht auf den unmäßigen Weingenuß wird zugleich mit der Freiheit verliehen. Lassen Sie unser Volk nicht so weit geraten.

Die nicht illuminierten Völker sind vom Weingeist benebelt, ihre Jugend ist durch übertriebene Durchforschung der Klassiker ebenso verdummt wie durch frühe Laster, zu denen sie von

unseren Beauftragten, den Hauslehrern, Dienern, Erzieherinnen in den reichen Häuser, Handlungsgehilfen, ferner von unseren Weibern an Vergnügungsorten der Nicht-Illuminierten verleitet werden. Zu diesen zähle ich auch die sogenannten "Damen der Gesellschaft", die das Beispiel des Lasters und der Prunksucht freiwillig nachahmen.

Unsere Lösung ist: Gewalt und Heuchelei! Nur die Macht erringt den Sieg in staatsrechtlichen Fragen, namentlich wenn sie in den Talenten verborgen ist, die notwendig sind, um ein Volk zu lenken. Die Gewalt bildet die Grundlage, aber List und Verschlagenheit wirken als Machtmittel für solche Regierungen, die nicht gewillt sind, ihre Krone den Vertretern irgendeiner neuen Macht zu Füßen zu legen. Dieses Übel ist das einzige Mittel, um zum guten Ziel zu gelangen. Daher dürfen wir nicht zurückschrecken vor Bestechung, Betrug, Verrat, sobald sie zur Erreichung unserer Pläne dienen. In der Staatskunst muß man fremdes Eigentum ohne Zögern nehmen, wenn hierdurch nur Unterwürfigkeit und Macht erlangt werden.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Unsere Regierung, die den Weg friedlicher Eroberung geht, darf die Schrecken des Krieges durch weniger bemerkbare, aber um so wirksamere Hinrichtungen ersetzen, mit denen die Schreckensherrschaft aufrecht erhalten werden muß, um blinden und unbedingten Gehorsam zu erzwingen. Gerechte, aber unerbittliche Strenge bildet die beste Stütze der Staatsgewalt. Nicht allein des Vorteiles wegen, sondern vor allem auch im Namen der Pflicht, des Sieges halber, müssen wir festhalten an der Anwendung von Gewalt und Heuchelei. Die Lehre, die auf kühler Berechnung beruht, ist so stark, wie die von ihr angewandten Mittel sind. Deshalb werden wir nicht so sehr durch diese Mittel selbst wie durch die Unerbittlichkeit unserer Lehre triumphieren und damit alle Regierungen unserer Oberregierung unterwerfen. Es genügt zu wissen, daß wir unerbittlich sind, um jeden Ungehorsam zu beseitigen.

Schon im Altertum ließen wir unter den Völkern den Ruf erschallen:

"Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" Diese Worte haben gedankenlose Papageien, die auf solchen Lockruf von allen Seiten herbeiflogen, oft wiederholt. Diese Worte haben die Wohlfahrt der Welt, die wahre persönliche Freiheit, die früher vor dem Druck der Masse geschützt war, zerstört. Selbst die verständigen und klugen Nicht-Illuminierten verstanden den eigentlichen Sinn dieser Worte nicht, sie erkannten nicht ihren inneren Widerspruch. Sie sagten sich nicht, daß die Natur keine Gleichheit kennt, daß sie keine Freiheit geben kann.

Die Natur selbst hat die Ungleichheit des Verstandes, des Charakters, der Fähigkeiten und die Unterwerfung unter ihre Gesetze eingerichtet. Die Nicht-Illuminierten überlegen nicht, daß die Volksmasse eine blinde Gewalt ist, daß aber auch die von ihr gewählten Emporkömmlinge ebenso blind sind wie die Masse selbst, daß der Eingeweihte, selbst wenn er ein Tor ist, regieren kann, während der Uneingeweihte, auch wenn er ein Hochgeist ist, nichts von der Staatskunst versteht. Alle diese Dinge haben sie übersehen.

Darauf beruhten aber die fürstlichen Regierungen: Der Vater übertrug seine Kenntnis auf den Sohn, so daß sie nur den Mitgliedern des Herrscherhauses bekannt wurde und ihre Geheimnisse dem regierten Volk von niemandem verraten werden konnten. Mit der Zeit ging der Sinn solcher Übertragung des wahren Inhaltes der Staatskunst verloren, und das trug zum Erfolg unserer Sache ebenfalls bei.

Unersättlichkeit menschlicher Bedürfnisse

An allen Ecken der Welt führten die Worte "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" mit Hilfe unserer geheimen Vertreter unseren Reihen Riesenmengen zu, die unsere Fahnen mit Begeisterung trugen. Indessen wirkten jene Worte wie Würmer, die am Wohlbefinden der Nicht-Illuminierten saugen, indem sie überall den Frieden, die Ruhe, den Gemeinsinn der Nicht-Illuminierten unterwühlten und dadurch die Grundlagen ihrer Herrschaft zerstörten.

Sie sehen, meine Herren, die Folgen, die zum Triumph unserer Sache gedient haben. Sie gaben uns die Möglichkeit, den höchsten Triumph zu erhaschen: die Vernichtung der Adelsvor-

rechte oder, besser gesagt, des eigentlichen Wesens der nicht-illuminieren Adelsherrschaft, die das einzige Schutzmittel der nicht-illuminieren Völker und Staaten gegen uns bildete.

Auf den Trümmern des alten Bluts- und Geschlechtsadels errichteten wir den Adel unserer Gebildeten, den Geldadel. Wir haben diesen neuen Adel geschaffen nach dem Maßstab des Reichtums, der von uns abhängig ist und der Wissenschaft, die von unseren weisen Männern geleitet wird.

Unser Triumph wurde noch dadurch erleichtert, daß wir im Verkehr mit den Leuten, die wir brauchen konnten, immer auf die empfänglichsten Seiten des menschlichen Geistes hingewirkt haben: auf die Rechnung mit dem Geld, auf die Habgier, auf die Unersättlichkeit der menschlichen Bedürfnisse. Jede dieser menschlichen Schwächen ist an sich geeignet, die Entschlußkraft zu töten, indem sie den Willen der Menschen dem Käufer ihrer Tätigkeit zur Verfügung stellt.

Der Begriff der Freiheit gab die Möglichkeit, die Masse zu überzeugen, daß die Regierung nichts anderes sei wie der Beauftragte des Eigentümers des Landes, nämlich des Volkes, daß aber dieser Verwalter gewechselt werden könne, wie man abgetragene Handschuhe wechselt.

Die Absetzbarkeit der Volksvertreter gab diese in unsere Gewalt und machte ihre Ernennung gleichsam von uns abhängig.

Macht unserer Vorherrschaft

Für unsere Zwecke ist es unbedingt erforderlich, daß Kriege, soweit es möglich ist, keine Landgewinne bringen; dann werden sie auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen, wo wir den Völkern die Macht unserer Vorherrschaft zum Bewußtsein bringen werden. Solche Lage liefert beide kriegsführenden Parteien unseren über den ganzen Erdball verteilten Vertretern aus, die über Millionen von Augen verfügen und durch keine Landesgrenzen eingengt werden. Dann werden unsere Rechte die Rechte der Völker wegwischen und diese ebenso regieren, wie die Macht der Regierungen jetzt die Beziehungen der Staatsangehörigen zueinander regelt.

Die von uns nach ihren sklavischen Fähigkeiten aus der Bürgerschaft auserwählten Verwaltungsbeamten werden für die Verwaltungstätigkeit nicht vorbereitet sein. Sie werden daher leicht zu Bauern in unserem Schachspiel herabsinken und sich ganz in den Händen unserer geschulten und begabten Ratgeber befinden, die von Jugend auf zur Herrschaft über die ganze Welt erzogen wurden.

Wie Ihnen bekannt ist, haben diese Sachverständigen ihre Kenntnis der Regierungskunst aus unseren staatsmännischen Plänen, aus den Lehren der Geschichte und den Beobachtungen der Gegenwart geschöpft.

Die Nicht-Illuminieren kennen nicht die Übung leidenschaftsloser, auf die Geschichte begründeter Beobachtungen, sie lassen sich von einer wissenschaftlichen Gewandtheit leiten, die ohne prüfenden Vergleich mit den Ergebnissen arbeitet. Es hat darum für uns keinen Sinn, sich um sie zu kümmern - mögen sie bis die Zeit reif ist in der Hoffnung auf neue Freuden oder in der Erinnerung an vergangene leben.

Die Hauptsache ist, daß sie fest an das glauben, was wir ihnen als Gebote der Wissenschaft eingeträufelt haben. Darum erwecken wir fortwährend durch unsere Presse ein blindes Zutrauen zu diesen Geboten. Die klugen Köpfe der Nicht-Illuminieren werden sich mit ihrem Wissen brüsten und die "aus der Wissenschaft" gewonnenen Kenntnisse geschickt zu verwirklichen suchen, ohne dieselben folgerichtig zu prüfen und ohne zu ahnen, daß sie von unseren Vertretern zusammengestellt wurden, um die Menschen in der für uns notwendigen Geistesrichtung zu erziehen.

Mit dem Zeitgeist der Völker rechnen

Glauben Sie nicht, daß unsere Behauptung nur leere Worte seien. Blicken Sie auf die von uns ausgegebenen Erfolge der Lehren von Darwin, Marx und Nietzsche. Ihre zersetzende Wirkung

auf nicht-illuminierte Köpfe sollte uns wenigstens klar sein.

Wir müssen mit dem Zeitgeist, mit den Charakteren und Stimmungen der Völker rechnen, um in der Staatskunst und Verwaltung keine Fehler zu begehen. Unser Lehrgebäude, das der Gemütsart der Völker, mit denen wir in Berührung kommen, angepaßt werden muß, hat nur dauernden Erfolg, wenn es bei der Anwendung im Leben die Lehren der Vergangenheit mit den Forderungen der Gegenwart verbindet.

In den Händen der gegenwärtigen Regierung befindet sich eine große Macht, die die Gedankenbewegungen im Volk hervorruft: die Presse. Sie hat die Aufgabe, auf angeblich notwendige Forderungen hinzuweisen, die Klagen des Volkes zum Ausdruck zu bringen, Unzufriedenheit zu äußern und zu erwecken. In der Presse verkörpert sich der Triumph des Geredes von der Freiheit. Aber die Regierungen verstanden es nicht, diese Macht zu benutzen, und so fiel sie in unsere Hände. Durch die Presse kamen wir zu Einfluß und blieben doch selbst im Schatten.

Dank ihr haben wir Berge von Gold in unsere Hände gebracht, ohne uns darum zu kümmern, daß wir es aus Strömen von Blut und Tränen schöpfen mußten.

In den Schraubstöcken der Illuminaten

Das Ziel, das wir uns gesteckt haben, liegt, wie ich Ihnen heute schon mitteilen kann, nur noch wenige Schritte entfernt. Wir brauchen nur noch einen kleinen Weg zurückzulegen, dann ist der Kreis der symbolischen Schlange - des Sinnbildes unseres Illuminatenordens - geschlossen.

Wenn dieser Ring erst geschlossen sein wird, dann preßt er alle europäischen Reiche mit kräftigen Schraubstöcken zusammen. Die Waagschalen der Verfassungen unserer Zeit werden bald umkippen; denn wir haben sie ungenau eingestellt, damit sie nicht zur Ruhe kommen. Wir sorgen dafür, daß sie nicht aufhören, zu schwanken, bis ihr Hebel durchgerieben ist. Die nicht zu den Illuminierten Gehörenden glaubten zwar, sie hätten den Waagebalken hart genug geschmiedet, und sie erwarteten immer, die Waage würde ins Gleichgewicht kommen.

Doch der Waagebalken, der die Waagschalen trägt, wird in Unruhe gehalten durch die Vertreter des Volkes, die sich durch ihre unbeschränkte und verantwortliche Macht zu allerlei Dummheiten hinreißen lassen. Diese Macht verdanken sie dem Schrecken dem Terror - der in die Paläste eindrang. Da die Herrschenden nicht zum Herzen des Volkes gelangen können, so vermögen sie auch nicht, sich mit diesem zu verständigen und gegen die Machthungrigen zu wappnen.

Da wir die sichtbare Gewalt der Herrscher und die unsichtbare Macht der Massen getrennt haben, so haben beide ihre Bedeutung verloren; denn jede für sich allein ist hilflos wie der Blinde ohne Stock.

Um die Machthaber zum Mißbrauch ihrer Gewalt zu veranlassen, haben wir alle Kräfte gegeneinander ausgespielt, indem wir ihr liberales Streben nach Unabhängigkeit entwickelten. Wir suchten in diesem Sinn jegliche Unternehmungslust zu beleben, wir rüsteten alle Parteien aus, wir machten die herrschende Macht zur Zielscheibe allen Ehrgeizes.

Aus den Staaten machten wir Kampfplätze, auf denen sich Aufstände abspielen; nur noch ein wenig Geduld, und die Aufstände und Zusammenbrüche werden eine allgemeine Erscheinung bilden.

Unermüdliche Schwätzer haben die Sitzungen der Volksvertretungen und der Staatsverwaltungen in Schauplätze für Rednerturniere verwandelt. Freche Zeitungsschreiber, gewissenlose Schmähschriftsteller fallen täglich über die Vertreter der Regierung her. Der Mißbrauch der Macht lockert schließlich die Grundstützen des Staates und bereitet ihren Zusammenbruch vor. Alles wird unter den Schlägen einer aufgepeitschten Masse zertrümmert werden.

Rechte sind für die Armen Hohn

Die Völker werden durch ihre Armut, die stärker wirkt als Sklaverei und Leibeigenschaft, zu

schwerer Arbeit verurteilt. Von Sklaverei und Leibeigenschaft konnten sie sich auf dem einen oder anderen Weg befreien, aber dem Elend können sie nicht entinnen. Wir fügten in die Verfassungen solche Rechte ein, die für die Massen eine eingebildete Bedeutung haben, aber keine wirklichen Rechte sind. Alle sogenannten "Volksrechte " bestehen nur in der Einbildung, sie können niemals in die Wirklichkeit übertragen werden.

Was kann es der werktätigen Arbeiterschaft, die ihr Leben in harter Arbeit fristet, nützen, daß einige Schwätzer das Recht zum Reden erhalten haben, und daß die Zeitungsschreiber neben wahren Nachrichten auch jeden Blödsinn zusammenschreiben dürfen. Tatsächlich bietet ihr die Verfassung keine anderen Vorteile als die armseligen Brocken, die wir ihr von unserem Tisch aus dafür zuwerfen, daß sie für uns und unsere Vertreter stimmt.

Rechte im Volksstaat sind für den Armen in der Tat nur bitterer Hohn. Er kann sie gar nicht richtig ausüben, weil er täglich in der Tretmühle der Arbeit steht, die ihm kaum den nötigen Lebensunterhalt bewahrt. Kein Arbeiter kann mit Sicherheit auf einen ständigen Lohn rechnen; er ist abhängig von Aussperrungen durch die Fabrikherren und von Streiks seiner Arbeitsgenossen.

Das Volk hat unter unserem Einfluß die Herrschaft des Adels zerstört. Dieser war schon aus eigenem Vorteil, der unzertrennlich mit den Grundlagen der Volkswohlfahrt verbunden ist, der natürliche Verteidiger und Ernährer des Volkes. Mit der Vernichtung des Adels geriet das Volk unter die Herrschaft reich gewordener Emporkömmlinge, die den Arbeitern das Joch unbarmherziger Knechtung auferlegten.

Wir erscheinen gewissermaßen als die Retter der Arbeiter aus dieser Knechtschaft, indem wir sie einladen, in die Reihen unseres Heeres von Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten einzutreten. Diese Richtungen unterstützen wir grundsätzlich, angeblich auf Grund der Regeln unserer Bruderschaft, die durch die allgemein-menschliche Verpflichtung unseres sozialen Freimaurertums bedingt werden.

Der Adel, der von Rechts wegen die Leistungen der Arbeiter in Anspruch nahm, hatte ein natürliches Interesse daran, daß die Arbeiter satt, gesund und kräftig waren.

Wir aber wollen gerade das Gegenteil - nämlich die Entartung aller, die nicht zu dem Kreis der Illuminierten zählen. Unsere Macht beruht auf der dauernden Unterernährung und der Schwäche des Arbeiters. In diesem Zustand muß er sich unserem Willen unterordnen, da er weder die Kraft noch den Willen findet, um uns Widerstand zu leisten.

Krönung unserer Weltherrschaft

Hunger verschafft der Geldmacht weit sicherere Gewalt über die Arbeiter, als sie dem Adel von der gesetzlichen Macht des Königs verliehen wurde. Durch die Not und den aus ihr entspringenden Haß bewegen wir die Massen. Wir beseitigen mit ihrer Hilfe jeden, der uns auf unserem Weg hinderlich ist.

Alle außer den Illuminaten haben es verlernt, ohne unsere wissenschaftlichen Ratschläge zu denken. Deshalb erkennen sie die dringende Notwendigkeit dessen nicht, woran wir, wenn unsere Herrschaft errichtet ist, unverrückbar festhalten werden: In den Volksschulen muß die einzige wahre Wissenschaft, die wichtigste von allen, nämlich die Lehre vom gesellschaftlichen Bau des Lebens gepredigt werden, der die Arbeitsteilung und folglich auch die Einteilung der Menschen in Klassen und Stände erfordert.

Es muß unbedingt allen zum Bewußtsein gebracht werden, daß eine Gleichheit der Menschen infolge der ungleichen Wichtigkeit verschiedenartiger Tätigkeiten ausgeschlossen ist. Es muß eine verschiedene Verantwortung vor dem Gesetz bestehen; denn man kann nicht die gleiche "Der siebenköpfige Drache" und der Götzendienst des Goldes haben nur ein Ziel: weltweite Versklavung der Menschen.

Verantwortung verlangen von einem Mann, der durch seine Handlungen einen ganzen Stand bloßstellt und von einem solchen, der nur seinen guten Namen schändet. Die wahre Lehre

vom gesellschaftlichen Bau des Lebens, die wir als Illuminaten geheimhalten, zeigt, daß geistige Tätigkeit und körperliche Arbeit auf bestimmte Kreise von Menschen beschränkt bleiben müssen, da sonst aus den Mißverhältnissen zwischen Vorbildung und Beruf eine Quelle menschlicher Leiden entsteht. Haben sich die Völker diese Lehren zu eigen gemacht, so werden sie sich freiwillig den Gewalten und der von ihnen eingeführten Ordnung im Staat unterwerfen.

Bei dem heutigen Stand der Wissenschaft und bei der Richtung, die wir ihr gegeben haben, vertraut das Volk blind dem gedruckten Wort und den ihm beigebrachten Irrlehren.

Diese Feindschaft muß sich bei der kommenden wirtschaftlichen Spannung, die alle Börsengeschäfte und Industrien lahmlegen wird, noch wesentlich verschärfen. Wir werden auf allen uns zugänglichen Schleichwegen und mit Hilfe des Goldes, das sich vollständig in unserer Hand befindet, eine allgemeine wirtschaftliche Spannung hervorrufen, gleichzeitig werden wir in allen europäischen Ländern ganze Scharen von Arbeitern auf die Straße werfen. Diese Massen werden gern das Blut derer vergießen, die sie in ihrer Einfalt von Jugend auf beneiden, und deren Hab und Gut sie dann rauben können.

Der Aufstand von Paris

An unsere Leute werden sie aber nicht herankommen, weil uns der Augenblick des Überfalles bekannt sein wird, und weil wir deshalb rechtzeitig Maßnahmen zum Schutz der Unserigen treffen werden.

Wir haben bewiesen, daß der Fortschritt alle Nicht-Illuminierten in das Reich der Vernunft führen wird. Unsere Gewaltherrschaft wird es verstehen, durch vernünftige Strenge allen Aufruhr zu unterdrücken und den Freisinn aus allen Zweigen des staatlichen Lebens zu verdrängen.

Nachdem das Volk gemerkt hatte, daß ihm im Namen der Freiheit allerhand Zugeständnisse gemacht wurden, glaubte es, selbst Herr zu sein, und riß die Macht an sich. Natürlich stieß es, wie jeder Blinde, auf eine Fülle von Schwierigkeiten, aus denen es selbst nicht heraus konnte. Auf der Suche nach Führern verfiel es nicht darauf, zu seinen alten Führern zurückzukehren, es legte vielmehr seine Vollmachten zu unseren Füßen nieder. Denken Sie an den Umsturz in Frankreich, dem wir den Namen des "großen" gegeben haben.

Die Geheimnisse seiner Vorbereitung sind uns völlig bekannt, war er doch das Werk unserer Hände. Seit jenem Zeitpunkt führen wir die Völker aus einer Enttäuschung in die andere, damit sie sich auch von uns abwenden und dem Herrscher aus dem Geist der Illuminaten zujubeln, den wir für die Welt vorbereiten. Gegenwärtig sind wir als Weltmacht unverwundbar; denn sobald wir von einem Staat angegriffen werden, treten andere Staaten für uns ein.

Unsere unangreifbare Stellung wird durch die unendliche Niedertracht der Nicht-Illuminierten gefördert, die vor der Macht kriechen, aber gegen die Schwachen unbarmherzig sind, die Vergehen unerbittlich bestrafen, Verbrechen dagegen nachsichtig beurteilen, die Widersprüche einer freien Gesellschaftsordnung nicht hinnehmen wollen, aber geduldig bis zum Märtyrertum eine von kühner Herrschsucht ausgehende Vergewaltigung ertragen. Sie dulden Mißbräuche von den Diktatoren der Gegenwart, den Minister- oder Kammer-Präsidenten, für deren kleinsten sie zwanzig Könige enthauptet hätten.

Woraus erklärt sich diese merkwürdige Erscheinung, dieses nicht folgerichtige Verhalten der Massen gegenüber scheinbar gleichartigen Vorgängen? Sie erklärt sich daraus, daß diese Diktatoren den Völkern durch ihre Vertreter einflüstern lassen, sie schädigten die Staaten absichtlich, und zwar zu einem höheren Zweck. Das Ziel sei die allgemeine Wohlfahrt der Völker, ihre Verbrüderung, gegenseitige Verpflichtung (Solidarität) und Gleichheit.

Das Volk verurteilt die Gerechten

Natürlich wird ihnen nicht gesagt, daß diese Vereinigung sich nur unter unserer Herrschaft bilden soll. So verurteilt das Volk die Gerechten und läßt die Schuldigen straflos. Es läßt sich

mehr und mehr davon überzeugen, daß es alles fertig bringen könne, was es nur will. Unter solchen Umständen zerstört das Volk jede ruhige Entwicklung und ruft bei jedem Schritt nur neue Unordnung hervor.

Das Wort "Freiheit" stürzt die menschliche Gesellschaft in den Kampf gegen alle Gewalten, gegen die Macht Gottes und der Natur. Wenn wir erst auf dem Thron sitzen werden, dann werden wir dieses Wort aus dem Wortschatz der Menschheit vertilgen, weil es der Inbegriff der tierischen Gewalt ist, die die Massen in blutgierige Raubtiere verwandelt. Allerdings fallen diese Tiere in Schlaf, wenn sie Blut genossen haben; dann lassen sie sich leicht in Ketten legen. Gibt man ihnen aber kein Blut zu saufen, so schlafen sie nicht, sondern kämpfen.

Jeder Volksstaat macht eine ganze Reihe von Entwicklungsstufen durch. Der erste Abschnitt gleicht den ersten Tagen der wahnsinnigen Handlungen eines Blinden, der von rechts nach links taumelt. Der zweite Abschnitt ist die Zeit der Volksverhetzung (Demagogie), aus der die Gesetzlosigkeit (Anarchie) entspringt.

Diese führt unvermeidlich zur Gewaltherrschaft (Despotismus), die aber nicht mehr öffentlich und gesetzmäßig anerkannt ist und deshalb keine Verantwortung mehr trägt. Es handelt sich dabei vielmehr um eine unsichtbare und unbekannte Macht, um einen Geheimbund, der im Verborgenen arbeitet, und sich deshalb in der Wahl, seiner Mittel keinerlei Schranken aufzuerlegen braucht, der seine Vertreter überall vorschiebt und aus ihrem häufigen Wechsel nicht Schaden, sondern Vorteile zieht; diese äußern sich unter anderem schon darin, daß er sein Geld nicht zur Entlohnung für langjährige treue Dienste verwenden muß.

Wer und was wäre wohl imstande, diese unsichtbare Macht zu stürzen? Dieser Charakter kennzeichnet nämlich unsere Macht! Die äußerliche (profane) Tätigkeit der Freimaurer dient dazu, unsere Macht und ihr Ziel zu verschleiern: unser Kriegsplan, ja selbst der Sitz unserer Macht werden dem Volk stets verborgen bleiben.

Auch die Freiheit könnte unschädlich sein. Sie könnte im Staatsleben ohne Nachteil für die Wohlfahrt der Völker wirksam werden, wenn sie sich auf den Glauben an Gott und auf die Nächstenliebe stützte, wenn sie sich von allen Gedanken der Gleichheit fernhielte, mit welcher die auf Unterordnung beruhenden Gesetze der Schöpfung im Widerspruch stehen. Bei solchem Gottesglauben würde sich das Volk von der Geistlichkeit leiten lassen.

Es würde friedlich und bescheiden an der Hand seiner Seelenhirten einherschreiten und sich der von Gott gewollten Verteilung der irdischen Glücksgüter ruhig unterwerfen. Aus diesem Grund müssen wir unbedingt den Gottesglauben zerstören, jeden Gedanken an Gott und den Heiligen Geist aus der Seele der Gläubigen herausreißen und ihn durch zahlenmäßige Berechnungen und körperliche Bedürfnisse ersetzen.

Der Götzendienst des Goldes

Wir Illuminaten lassen allen anderen keine Zeit zum Denken und Beobachten; wir lenken ihre Gedanken auf Handel und Gewerbe. So werden alle Völker ihren Vorteil suchen und dabei ihren gemeinsamen Feind übersehen. Damit die Freiheit endgültig die noch nicht illuminierte Gesellschaft zerfetzt und auflöst, muß das Gewerbe auf dem Spielgeschäft aufgebaut werden. Das wird dahinführen, daß die Schätze, die die Industrie dem Boden entrissen hat, aus den Händen unserer Gegner in die Taschen der Spieler, das heißt in unsere Kassen übergehen.

Der auf das Äußerste angespannte Kampf um die Vorherrschaft im Wirtschaftsleben und die Erschütterungen des Marktes müssen eine enttäuschte, kalte und herzlose Gesellschaft ins Leben rufen; das ist sogar bereits geschehen. Diese Gesellschaft wird eine vollkommene Abneigung gegen die hohe Staatskunst und gegen die Religion empfinden. Ihr einziger Berater wird die Rechenkunst, das heißt: das Gold sein! Mit ihm werden sie einen förmlichen Götzdienst treiben im Hinblick auf die Genüsse, die es bieten kann.

Wenn es so weit gekommen ist, dann werden die unteren Schichten weder um etwas Gutes zu leisten, noch um Reichtümer zu sammeln, sondern lediglich aus Haß gegen die bevorzugten

Gesellschaftsklassen uns gegen unsere Mitbewerber um die Macht, nämlich gegen alle Nicht-Illuminierten folgen.

Welche Form der Staatsverfassung kann man einer Gesellschaft geben, in der die Bestechlichkeit überall vorherrscht, wo man nur durch geschickte Kniffe, durch halbbetrügerische Schiebungen zu Reichtum gelangen kann, wo die Zuchtlosigkeit herrscht, wo die Sittlichkeit nur durch Strafverfügungen und strenge Gesetze aufrecht erhalten werden kann, keineswegs aber durch freiwillig befolgte Grundsätze, wo Vaterlandsliebe und Gottesglaube von weltbürgerlichen Überzeugungen erstickt werden?

Die Massen nach unserem Willen leiten

Die Verfassung solcher Gesellschaft kann nur auf einer Gewaltherrschaft beruhen, die ich Ihnen später schildern werde. Wir werden eine größere Vereinheitlichung der Verwaltung schaffen, um mit ihrer Hilfe alle Gewalt in unseren Händen zu vereinigen. Alle Zweige des staatlichen Lebens unserer Untertanen werden wir wie den Gang einer Maschine durch neue Gesetze regeln. Diese Gesetze werden nach und nach alle Abschwächungen und Freiheiten beseitigen, die andere zugelassen haben.

Unser Reich soll durch eine grenzenlose Gewaltherrschaft gekennzeichnet werden, daß es zu jeder Zeit und an allen Orten im Stande sein muß, den Widerstand unzufriedener Menschen im Keime zu ersticken. Man könnte einwenden, daß sich die Gewaltherrschaft, von der ich rede, mit dem Fortschritt unserer Zeit nicht vereinigen ließe, ich werde Ihnen jedoch das Gegenteil beweisen.

Solange die Völker noch zu ihren Fürsten wie zu einer Offenbarung des göttlichen Willens aufschauten, beugten sie sich willig unter die Selbstherrschaft der Könige. Als wir ihnen aber den Gedanken von ihren eigenen Rechten zuflüsterten, begannen sie, in den Königen nur noch gewöhnlich Sterbliche zu sehen. Das Gottesgnadentum verlor in den Augen des Volkes jede Bedeutung. Als wir ihm den Glauben an Gott geraubt hatten, sank die Macht der Krone auf die Straße. Hier haben wir sie als öffentliches Eigentum aufgegriffen.

Wir sind außerdem Meister der Kunst, die Massen und einzelne Persönlichkeiten durch geschickte Bearbeitung in Wort und Schrift, durch gewandte Umgangsformen und allerlei Mittelchen, von denen die nicht Illuminierten keine Ahnung haben, nach unserem Willen zu leiten. Unsere Verwaltungskunst beruht auf schärfster Beobachtung und Zergliederung, auf solchen Feinheiten der Schlußfolgerung, daß niemand mit uns in Wettbewerb treten kann.

Mit uns muß man rechnen

Auch in der Anlage unserer staatsmännischen Pläne und in der Geschlossenheit und Macht unserer Geheimbünde kann sich niemand mit uns messen.



Einer der vier apokalyptischen Reiter von Albrecht Dürer: "Für die Menschen ist es gleichgültig, wer sie beherrscht: die katholische Kirche oder wir Illuminaten."

Nur die Jesuiten könnten allenfalls mit uns verglichen werden; doch wir verstanden es, sie in den Augen der gedankenlosen Masse herabzusetzen, weil sie eine sichtbare Körperschaft bilden, wir selbst aber mit unserer geheimen Körperschaft im Schatten blieben. Ist es übrigens für die Welt nicht gleichgültig, wer sie beherrscht: das Haupt der katholischen Kirche oder wir Illuminaten? Für uns, die Erleuchteten, ist das freilich durchaus nicht gleichgültig.

Zeitweilig könnte ein allgemeines Bündnis aller nicht Illuminierten über uns obsiegen. Gegen die Gefahr sind wir aber durch den tief eingewurzelten, unüberbrückbaren Zwiespalt unter den nicht Illuminierten geschützt. Im Laufe von zwanzig Jahrhunderten haben wir bei ihnen die persönlichen und völkischen Gegensätze, den Rassen- und Glaubenshaß eifrig geschürt.

Dank diesem Umstand wird kein christlicher Staat Unterstützung finden, weil jeder andere Staat glauben muß, daß ein Bündnis gegen uns für ihn nicht vorteilhaft sei. Wir sind eben zu stark, mit uns muß man rechnen! Heute können die Mächte nicht einmal das kleinste Übereinkommen untereinander abschließen, ohne daß wir im Geheimen unsere Hand dabei im Spiel haben.

"Per me reges regnant - durch mich herrschen die Könige." Die Propheten haben uns gelehrt, daß wir von Gott selbst zur Herrschaft über die ganze Welt auserwählt wurden. Gott selbst hat uns die nötige Begabung verliehen, damit wir uns dieser großen Aufgabe gewachsen zeigen. Selbst wenn im gegnerischen Lager ein Geistesheld erstände, der sich mit uns in einen Kampf einließe, so müßte er dennoch unterliegen, da der Neuling sich mit dem erprobten Krieger nicht messen kann. Der Kampf zwischen uns wäre so schonungslos geworden, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat; auch wäre der Geistesheld zu spät gekommen.

Alle Räder der Staatsmaschine werden durch eine Kraft getrieben, die ganz in unseren Händen ruht: das Gold! Die von unseren Gelehrten erdachte Volkswirtschaftslehre hat schon längst dem Geld eine überlegene Machtstellung zugewiesen.

Die öffentliche Meinung beherrschen

Um unbeschränkt herrschen zu können, muß sich die Geldmacht die Alleinherrschaft in Handel und Gewerbe erringen. Unsichtbare Hände sind schon am Werk, um diesen Plan in der

ganzen Welt zu verwirklichen. Solches Vorrecht gibt den Industriellen eine politische Macht; diese dient aber zur Unterdrückung des Volkes. Heute ist es wichtiger, die Völker zu entwaffnen, als in den Krieg zu führen; es ist wichtiger, die entflammten Leidenschaften zu unseren Gunsten zu benutzen, als sie zu löschen; es ist wichtiger, auf fremde Gedanken einzugehen und sie zu benutzen, als sie zu bekämpfen.

Die Hauptaufgabe unserer Verwaltung besteht darin, die öffentliche Meinung durch eine zersetzende Beurteilung aller Vorgänge in ihrer Widerstandskraft zu lahmen, den Menschen das eigene Denken, das sich gegen uns aufbäumen könnte, abzugewöhnen; und die vorhandenen Geisteskräfte auf bloße Spiegelfechtereien einer hohlen Redekunst abzulenken.

Zu allen Zeiten hielten die Völker und die einzelnen Persönlichkeiten das Wort für die Tat; sie begnügten sich mit dem Schein, ohne zu merken, ob im öffentlichen Leben auf Versprechungen auch die Erfüllung folgt.

Darum werden wir dem Volk Ausstellungen veranstalten, auf welchen mit großer Beredsamkeit klar gemacht werden soll, was wir für den allgemeinen Fortschritt geleistet haben. Wir werden uns jeden freiheitlichen Gedanken aller Parteien und Richtungen aneignen und unsere Redner beauftragen, ihn so lange breitzutreten, bis wir die Menschen mit den schönen Reden ermüdet und in ihnen einen Abscheu vor den Rednern aller Richtungen erzeugt haben.

Um die öffentliche Meinung zu beherrschen, müssen wir Zweifel und Zwietracht säen, indem wir von den verschiedensten Seiten so lange einander widersprechende Ansichten äußern lassen, bis die nicht Illuminierten sich in dem Wirrsal nicht mehr zurechtfinden und zu der Überzeugung kommen, daß es am besten sei, in staatsrechtlichen Fragen überhaupt keine Meinung zu haben, da dem Volk in diesen Dingen der nötige Überblick fehlt, und nur derjenige sie wirklich überschauen könne, der das Volk selbst leitet. Das ist unser erstes Geheimnis!

Das zweite, für den Erfolg unserer Sache nicht minder wichtige Geheimnis besteht darin, die Fehler und Gebrechen des Volkes möglichst zu vermehren. Alle schlechten Gewohnheiten, Leidenschaften, alle Regeln des geselligen Verkehrs müssen derart auf die Spitze getrieben werden, daß sich niemand in dem tollen Durcheinander mehr zurechtfinden kann, und die Menschen aufhören, einander zu verstehen.

Auf diese Weise wird es uns leicht sein, Zwietracht in allen Parteien zu säen, jede Sammlung von Kräften, die sich uns noch nicht unterwerfen wollen, zu verhindern und jede persönliche Tatkraft, die unsere Sache irgendwie stören könnte, von vornherein zu entmutigen.

Alle Völker beugen sich unserer Herrschaft

Es gibt nichts Gefährlicheres, als die Macht der Persönlichkeit. Ist sie mit schöpferischen Geisteskräften ausgestattet, so vermag sie mehr auszurichten als Millionen von Menschen, die wir miteinander entzweit haben. Darum müssen wir die Erziehung der nicht illuminierten Gesellschaft dahin lenken, daß sie vor jeder Aufgabe, die Tatkraft und Entschlußfähigkeit erfordert, in hoffnungsloser Schwäche die Hände sinken läßt.

Die Anspannung, die durch die Freiheit des Handelns hervorgerufen wird, erschlaft die Kräfte, sobald sie auf fremde Freiheit stößt. Daraus entwickeln sich schwere sittliche Zusammenstöße, Enttäuschungen und Mißerfolge. Durch alle diese Mittel werden die nicht Illuminierten derart ermüden, daß sie gezwungen sein werden, uns die Weltherrschaft anzubieten. Wir sind nach unserer ganzen Veranlagung sehr wohl imstande, alle staatlichen Kräfte der Welt ohne schroffen Übergang in uns einzusaugen und eine Oberherrschaft zu bilden.

An die Stelle der jetzigen Herrscher werden wir ein Schreckgespenst setzen, das sich überstaatliche Verwaltung nennen wird. Wie Zangen werden seine Arme nach allen Richtungen ausgestreckt sein und eine so gewaltige Einrichtung darstellen, daß sich alle Völker unserer Herrschaft beugen werden.

Sehr bald werden wir uns riesige Alleinrechte (Monopole) sichern, die jeden fremden Wettbewerb ausschließen und für uns eine Quelle gewaltigen Reichtums bilden. Von diesen illu-

minierten Alleinrechten werden selbst die großen Vermögen der nicht Illuminierten in einer Weise abhängen, daß sie am ersten Tag nach dem Zusammenbruch der alten Regierung eben verschwinden werden, wie das in die Zahlungsfähigkeit der Staaten gesetzte Vertrauen (Staatskredite). Ich bitte die Volkswirte, die Bedeutung dieses Gedankens richtig abzuschätzen.

Mit allen Mitteln müssen wir die Macht unserer Oberherrschaft entwickeln; sie muß allen als die Schirmherrin und Wohltäterin derer erscheinen, die sich uns freiwillig unterwerfen. Der Adel, der nicht zum Kreis der Illuminaten gehört, hat als staatliche Macht ausgespielt. Wir brauchen mit ihm in dieser Hinsicht nicht mehr zu rechnen. Als Grundbesitzer wirkt er aber deshalb schädlich für uns, weil er dank den Quellen seiner Lebenshaltung unabhängig bleiben kann. Daher gilt es, ihn um jeden Preis seines Grundbesitzes zu berauben.

Das beste Mittel hierzu ist die Erhöhung der Bodenbesteuerung zur Verschuldung des Landbesitzes. Diese Maßnahme wird den Grundbesitz in einem Zustand unbedingter Abhängigkeit erhalten. Infolge seiner ererbten Eigenschaften versteht der Adel, der nicht zu uns gehört, es nicht, sich mit Geringem zu begnügen und deshalb muß er bald zugrunde gehen.

Unterstützung des Verlangens nach Pracht

Gleichzeitig müssen wir Handel und Gewerbe einen verstärkten Schutz angedeihen lassen, und vor allem das Spielgeschäft fördern. Dieses dient uns als Gegengewicht gegen die zunehmende Macht der Industrie. Ohne Spielgeschäft würde die Industrie das bürgerliche Kapital vermehren und zur Hebung der Landwirtschaft beitragen, da sie den Grundbesitz aus der Schuldknechtschaft der Landbanken befreien könnte. Wir müssen es dazu bringen, daß die Industrie sowohl die Arbeitskräfte als auch das Geld aus der Landwirtschaft aufsaugt und durch das Spielgeschäft alle Schätze der Welt in unsere Hände ausliefert.

Dann sind alle nicht illuminierten Menschen arme Teufel, dann werden sie sich vor uns beugen, um nur ihr Leben fristen zu können! Um alle Industrie zu zerstören, die nicht zu dem Kreis der Insider gehört, werden wir uns neben dem Spielgeschäft noch eines anderen Mittels bedienen: es ist die Entwicklung eines starken Verlangens bei nicht Illuminierten nach Pracht, nach einem alles verschlingenden Aufwand.

Wir werden den Arbeitslohn steigern; das wird aber den Arbeitern keinen Nutzen bringen, weil wir gleichzeitig eine Preissteigerung bei allen Gegenständen des täglichen Bedarfs herbeiführen. Als Vorwand werden wir dabei den Notstand der Landwirtschaft und der Viehzucht benutzen.

Wir werden die Quellen der Erzeugung in Landwirtschaft und Gewerbe künstlich und tief unterwühlen, indem wir die Arbeiter an Gesetzlosigkeit und Trunksucht gewöhnen und alle geistig hochstehenden Kräfte, die keine Illuminaten sind, vom Land entfernen.

Damit die nicht Illuminierten den wahren Stand der Dinge nicht vor der Zeit erkennen, werden wir ihn sorgfältig verschleiern. Als Mittel dazu dienen unsere volkswirtschaftlichen Lehren, aus denen scheinbar ein ernstes Streben spricht, für die Arbeiterklasse und die weltbewegenden Grundsätze mit aller Kraft einzutreten.

Die starken Rüstungen, die Ausgestaltung des Polizeiwesens, das alles dient nur zur Verwirklichung unserer bereits entwickelten Pläne. Wir müssen dafür sorgen, daß es neben uns in allen Staaten nur noch Besitzlose und einige von uns abhängige Millionäre gibt, außerdem Polizei und Soldaten.

Wir müssen in ganz Europa und durch die Beziehungen von dort aus auch in anderen Erdteilen Gärung, Streit und Feindschaft erregen. Damit erreichen wir einen doppelten Vorteil: Erstens werden uns alle Staaten fürchten, weil sie genau wissen, daß wir jederzeit imstande sind, nach Belieben Unruhen hervorzurufen oder die alte Ordnung wieder herzustellen. Alle diese Länder sind gewohnt, uns als notwendiges Übel zu betrachten.

Geheimhaltung aller Unternehmungen

Zweitens werden wir durch unsere Umtriebe alle Fäden verwirren, die wir mit Hilfe Staatsrechtlicher oder wirtschaftlicher Verträge und Schuldverschreibungen nach allen Staatsleitungen gesponnen haben. Um dieses Ziel restlos zu erreichen, müssen wir bei den mündlichen Verhandlungen mit großer Verschlagenheit und Verschmitztheit vorgehen; äußerlich dagegen, in dem sogenannten amtlichen Schriftwechsel, werden wir ein entgegengesetztes Verfahren einschlagen und stets ehrbar und entgegenkommend erscheinen.

Befolgen wir diese Grundsätze, so werden die nicht illuminierten Staatsleitungen und Völker, die wir daran gewöhnt haben, den Schein für bare Münze zu nehmen, uns einst noch für die Wohltäter und Retter des Menschengeschlechtes halten.

Sobald ein Staat, der noch von nicht Illuminaten regiert wird, es wagt, uns Widerstand zu leisten, müssen wir in der Lage sein, seine Nachbarn zum Krieg gegen ihn zu veranlassen. Wollen aber auch die Nachbarn gemeinsame Sachen mit ihm machen und gegen uns vorgehen, so müssen wir den Weltkrieg entfesseln.

Der oberste Grundsatz jeder erfolgreichen Staatskunst ist die strengste Geheimhaltung aller Unternehmungen. Was der Staatsmann sagt, braucht keineswegs mit dem übereinzustimmen, was er tut. Wir müssen die nicht von uns beherrschten Staatsleitungen zwingen, unseren breit angelegten Plan, der sich schon der erwünschten Vollendung nähert, tatkräftig zu unterstützen. Als Mittel werden wir die öffentliche Meinung vorschützen, die wir insgeheim durch die sogenannte achte Großmacht - die Presse in unserem Sinn bearbeitet haben.

Mit ganz wenigen Ausnahmen, die überhaupt nicht in Frage kommen, liegt die ganze Presse in unseren Händen. Wir wollen unseren Plan zur Niederzwingung der nicht illuminierten Staaten in Europa in wenige Worte zusammenfassen: Einem von ihnen werden wir unsere Macht durch Mordanschläge, also durch die Schreckensmänner, den Terror, beweisen.

Sollte es zu einer gemeinsamen Erhebung aller europäischen Staaten wider uns kommen, so werden ihnen amerikanische, chinesische oder japanische Geschütze in unserem Namen antworten. Wir müssen uns mit allen Kampfmitteln, deren sich unsere Gegner gegen uns bedienen könnten, auch ausrüsten. Wir müssen uns deshalb mit allen Feinheiten und mit allen Kniffen der Gesetzbücher vertraut machen für den Fall, daß wir Entscheidungen fällen müssen, die übermäßig kühn und ungerecht scheinen können; denn es ist wichtig, diese Entscheidungen so zu fassen, daß sie als Ausfluß der höchsten sittlichen Rechtsordnung erscheinen.

Sie dienen teils aus Ehrgeiz, teils aus Eigennutz

Unsere Leitung muß sich mit allen Hilfskräften der Zivilisation umgeben, in deren Mitte sie wirken soll. Dazu gehören vor allem Tagesschriftsteller, Rechtsgelehrte, Verwaltungsbeamte, Staatsmänner und schließlich solche Persönlichkeiten, die in unseren Fachschulen eine besondere Vorbildung genossen haben.

Diese Leute werden von uns in alle Geheimnisse des gesellschaftlichen Lebens eingeweiht. Sie erlernen jene Sprache, die aus politischen Buchstaben und Worten zusammengesetzt ist. Sie werden mit allen tieferen Gründen der menschlichen Natur bekannt gemacht und mit allen ihren empfindlichen Saiten, deren Anschlag sie verstehen müssen. Zu diesen Saiten gehören die besondere Geistesrichtung der Menschen, die nicht zu den Insidern gehören, ihre Bestrebungen, Fehler, Laster und Tugenden, sowie die besonderen Eigenschaften der einzelnen Klassen und Stände.

Selbstverständlich dürfen die geisteskräftigen Mitarbeiter unserer Regierung, von denen ich spreche, nicht aus den Reihen der nicht Illuminierten entnommen werden, die durchaus gewohnt sind, ihre amtlichen Pflichten auszuüben, ohne daran zu denken, was damit erreicht werden soll, ohne zu überlegen, weshalb sie notwendig sind. Nicht illuminierte Beamte unterzeichnen häufig Schriftstücke, ohne sie überhaupt zu lesen. Sie dienen dem Staat teils aus Ehrgeiz, teils aus Eigennutz, aber ohne eigentliches Ziel.

Wir werden unsere Leitung mit unzähligen Volkswirten umgeben. Der volkswirtschaftliche Unterricht ist nämlich der wichtigste Gegenstand bei der Ausbildung zum Illuminaten. Wir ziehen uns eine gewaltige Menge von Bankleuten, Fabrikherren, Geldmännern und, was die Hauptsache ist, von Millionären heran; denn in der Wirklichkeit wird doch alles durch die Zahl der Figuren entschieden.

Solange es noch gefährlich erscheint, verantwortliche Staatsstellen unseren illuminierten Brüdern zu übergeben, werden wir sie nur solchen Persönlichkeiten anvertrauen, deren Vergangenheit und Charakter für sie bürgt. Hierzu gehört, daß zwischen ihnen und dem Volk ein Abgrund klafft. Wir dürfen diese Stellen nur solchen Persönlichkeiten anvertrauen, die das Todesurteil oder die Verbannung gewärtigen müssen, falls sie unseren Weisungen nicht gehorchen.

Sie müssen bereit und gewillt sein, unsere Interessen bis zum letzten Atemzug zu vertreten. Sie müssen bei der Anwendung unserer Grundsätze die Eigenart des Volkes berücksichtigen, in dessen Gebiet Sie sich aufhalten und wirken werden. Die gleichmäßige Anwendung unserer Grundsätze kann keinen Erfolg bringen, solange ein Volk nicht auf unsere Weise erzogen ist. Wenn Sie aber vorsichtig zu Werke gehen, werden Sie sehen, daß schon ein Jahrzehnt genügt, um selbst den festesten Charakter zu verändern. Dann können wir ein neues Volk unter diejenigen Völker einreihen, die sich uns schon unterworfen haben.

Pflicht der Gleichheit

Sobald wir zur Herrschaft gelangen, werden wir das alte freisinnige Feldgeschrei: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" das im Grunde genommen von unseren Logen in die Welt gesetzt wurde, durch Gruppen von Wörtern ersetzen, die nur Gedanken ausdrücken. Wir werden sagen: "Recht auf Freiheit, Pflicht der Gleichheit, Vorbild der Brüderlichkeit!" und damit werden wir den Bock bei den Hörnern packen.

In der Tat haben wir außer unserer eigenen schon jede Herrschergewalt beseitigt, obgleich rechtlich noch viel davon vorhanden ist. Wenn heute irgendein Staat gegen uns Einspruch erhebt, so geschieht es nur der Form halber, sogar mit unserem Wissen und Wollen. Wir brauchen ihren Antisemitismus, um unsere Brüder aus den unteren Schichten zusammenzuhalten. Ich will dies nicht näher ausführen, da wir über diesen Gegenstand schon wiederholt gesprochen haben. Tatsächlich gibt es für uns keine Hindernisse. Wir üben unsere Oberherrschaft in jener ganz außergesetzlichen Form aus, die man mit dem Wort Gewaltherrschaft (Diktatur) zu bezeichnen pflegt.

Ich kann es mit voller Überzeugung sagen, daß wir zur Zeit die Gesetzgeber sind; wir sprechen Recht und üben die vollziehende Gewalt aus, wir strafen und begnadigen, wir sitzen als Führer aller unserer Heere hoch zu Roß. Uns leitet ein fester Wille, da wir die Erbschaft einer einst mächtigen Partei angetreten haben, die jetzt ganz von uns abhängt. Wir verfügen über einen unbändigen Ehrgeiz, brennende Habgier, schonungslose Rachsucht und unerbittlichen Haß.

Von uns geht das Schreckgespenst, der umfassende Terror aus. In unserem Dienste stehen Leute aller Anschauungen und Richtungen: Männer, die eine königliche Regierung wieder einführen wollen, Volksverführer (Demagogen), Sozialisten, Kommunisten und allerlei Wolkenskuckucksheimer (Utopisten).

Wir haben sie alle für uns in das Joch gespannt. Jeder von ihnen untergräbt an seiner Stelle die letzten Stützen der Staatsgewalt und sucht die bestehende Rechtsordnung umzustößen. Durch solche Maßnahmen werden alle Regierungen gepeinigt. Jeder sehnt sich nach Ruhe und ist bereit, um des lieben Friedens willen alles zu opfern. Wir aber lassen sie nicht zur Ruhe kommen, bis sie unsere Welt-Oberherrschaft offen und bedingungslos anerkannt haben.

Das Volk stöhnt und verlangt nach einer Lösung der gesellschaftlichen (sozialen) Frage im Wege einer allgemeinen zwischenstaatlichen Verständigung. Da aber alle Völker in Parteien

zerspalten sind und der Parteikampf große Mittel erfordert, so hängen alle Parteien und Völker von uns ab; denn das Geld haben wir allein.

Erziehung auf falschen Grundsätzen und Lehren

Wir könnten befürchten, daß außerhalb der Insider die sehenden Kräfte der Herrschenden sich mit den blinden Kräften der Völker vereinigen. Allein wir haben alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um solche Möglichkeiten zu verhindern. Zwischen beiden Kräften haben wir eine Mauer in Gestalt einer gegenseitigen Schreckensherrschaft errichtet.

Auf diese Weise bleibt die blinde Masse des Volkes unsere Stütze. Wir und nur wir allein werden ihr als Führer dienen und sie schließlich ganz unseren Zielen zuführen. Damit der Blinde seine Hand nicht unserer Leitung entzieht, müssen wir von Zeit zu Zeit in engste Gemeinschaft mit dem Volk treten. Läßt sich das persönlich nicht bewerkstelligen, so muß es durch unsere zuverlässigen Brüder geschehen.

Michaels Kampf mit dem Drachen:



"Unser Reich wird durch eine grenzenlose Gewaltherrschaft gekennzeichnet sein. Wir werden die Menschen nach unserem Willen leiten, und sie geschickt mit Wort und Schrift beeinflussen."

"Unser Reich wird durch eine grenzenlose Gewaltherrschaft gekennzeichnet sein. Wir werden die Menschen nach unserem Willen leiten, und sie geschickt mit Wort und Schrift beeinflussen."

Sind wir als Macht erst anerkannt, so werden wir persönlich mit dem Volk auf den Straßen und Plätzen reden und es lehren, sich in staatsrechtlichen Fragen diejenige Auffassung zu eigen zu machen, die wir gerade brauchen.

Niemand kann nachprüfen, was dem Volk in den Dorfschulen gelehrt wird. Was aber der Beauftragte der Regierung oder Herrscher selbst dem Volk sagt, das geht wie ein Lauffeuer über das ganze Land, denn es wird schnell durch die Stimme des Volkes in alle Winde getragen.

Um die Einrichtungen der nicht Illuminierten nicht vorzeitig zu zerstören, gingen wir mit größter Umsicht zu Werke und ergriffen zunächst nur die Enden der Triebfedern, durch die alles in Gang gehalten wird. Diese Triebkräfte waren früher streng, aber gerecht verteilt, wir aber ersetzten sie durch die freisinnige Willkür. Auf diese Weise untergruben wir die Rechtsprechung, die Wahlordnung, die Presse, die Freiheit der Person und vor allem die Erziehung

und Bildung des Volkes als Eckpfeiler jeder wirklichen Freiheit.

Wir haben die nicht illuminierte Jugend verdummt, verführt und verdorben. Dieses Ziel wurde von uns dadurch erreicht, daß wir ihre Erziehung auf falschen Grundsätzen und Lehren aufbauten, deren Lügenhaftigkeit uns sehr wohl bekannt war, die wir aber anwenden ließen.

Wir haben zwar die bestehenden Gesetze nicht plötzlich geändert, haben aber ihren Sinn durch widerspruchsvolle Deutungen vollkommen entstellt. Auf diesem Weg erzielten wir über Erwarten große Erfolge. Zunächst wurden die Gesetze durch viele Deutungen verdunkelt und dann allmählich in ihr Gegenteil verwandelt. Die Staatsleitung verlor jede Übersicht und konnte sich schließlich selbst in der äußerst verworrenen und widerspruchsvollen Gesetzgebung nicht mehr zurecht finden. Daraus entwickelte sich die Theorie einer Rechtsprechung nach bestem Gewissen statt nach dem Gesetzbuch.

Sie können einwenden, daß die, die nicht zum Kreis der Illuminaten oder Insider gehören, mit der Waffe in der Hand über uns herfallen werden, sobald sie vor der Zeit entdecken, wie alles zusammen hängt. Für diesen Fall haben wir ein letztes, furchtbares Mittel in der Hand, vor dem selbst die tapfersten Herzen erzittern sollen. Bald werden alle Hauptstädte der Welt von Untergrundbahnen durchzogen sein. Von ihren Stollen aus werden wir im Falle der Gefahr für uns die ganzen Hauptstädte mit allen Einrichtungen und Urkunden in die Luft sprengen.

Sie werden uns auf Händen tragen

Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, daß sich die Regierungen und Völker in der Staatskunst mit dem Schein begnügen. Wie sollten sie auch den wahren Stand der Dinge erkennen, da ihren Vertretern doch das Vergnügen über alles geht?

Für uns ist die Kenntnis dieses Umstandes von der allergrößten Bedeutung. Sie wird uns zu-
statten kommen bei den Verhandlungen über die Verteilung der Staatsgewalt, die Freiheit des Wortes, der Presse und des Glaubens, das Recht des Zusammenschlusses, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Unverletzlichkeit des Eigentums und der Wohnung, die indirekte Besteuerung und die rückwirkende Kraft der Gesetze. Über alle diese Fragen darf man mit dem Volk niemals offen und rückhaltlos sprechen.

Ist es unumgänglich notwendig, sie zu berühren, so dürfen wir uns nicht auf Einzelheiten einlassen, sondern nur in allgemeinen Redensarten die Grundsätze einer neuzeitigen (modernen) Gesetzgebung anerkennen. Die Bedeutung dieser Zurückhaltung liegt auf der Hand: Solange wir uns nicht offen fest gelegt haben, bleibt uns immer die Möglichkeit, den einen oder anderen Punkt auszuschließen; sind die Volksrechte aber erst einmal aufgezählt, dann scheinen sie auch schon bewilligt zu sein.

Das Volk liebt und verehrt die Hochgeister unter den Staatsmännern; es beurteilt ihre Verge-
waltigungen in folgender Weise: "Das war niederträchtig, aber sehr geschickt! Ein Gauner-
streich aber großartig ausgeführt! Mit welcher Frechheit!"

Wir rechnen darauf, alle Völker für die Errichtung eines völlig neuen Staatsgebäudes zu gewinnen, das uns schon lange vorschwebt. Deshalb müssen wir vor allem dafür sorgen, daß unsere Führer Persönlichkeiten sind, die mit einer beispiellosen Kühnheit und Geisteskraft auf ihr Ziel losgehen. Dann werden wir auf unserem Weg jeden Widerstand brechen.

Wenn wir die von uns geplante Staatsumwälzung vollzogen haben, werden wir den Völkern sagen: "Es ist alles schrecklich schlecht gegangen, Ihr alle seid vor Leid und Gram erschöpft. Seht, wir beseitigen die Ursachen eurer Leiden: die völkische Abgeschlossenheit, die Landes-
grenzen, die Verschiedenartigkeit der Währungen. Natürlich könnt Ihr über uns richten, aber kann Euer Urteil gerecht sein, wenn Ihr es fällt, ehe Ihr das erprobt habt, was wir Euch geben wollen?"

Dann werden sie uns zujubeln und uns in heller Begeisterung auf den Händen tragen. Die Form der Abstimmung, mit deren Hilfe wir zur Herrschaft gelangt sind, und an welche wir die am niedrigsten stehenden Mitglieder der Menschheit gewöhnt haben, weil wir Versammlun-

gen veranstalteten und Vereinbarungen treffen ließen, wird ihren letzten Dienst leisten; sie wird zum letzten Mal in Erscheinung treten und dabei den einstimmigen Wunsch zum Ausdruck bringen, mit uns in nähere Berührung zu treten, ehe ein Urteil über uns abgegeben wird.

Unsere Pläne müssen stark und zweckmäßig sein

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir vorher das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied von Stand und Vermögen einführen, um die Alleinherrschaft (Absolutismus) der Mehrheit zu schaffen, die wir von den gebildeten Schichten der Gesellschaft allein niemals erhalten würden.

Nachdem wir so alle an den Gedanken der Selbstbestimmung gewöhnt haben, werden wir die Bedeutung der Familie und ihre erzieherischen Werte vernichten. Wir werden es zu verhindern wissen, daß hochbegabte Persönlichkeiten erstehen, denen die von uns geleiteten Massen den Aufstieg, ja sogar die Aussprache nicht gestatten wird. Ist sie doch gewöhnt, nur uns zu folgen, da wir ihren Gehorsam und ihre Aufmerksamkeit gut bezahlen.

Auf diese Weise werden wir uns eine blindgefügte Macht schaffen, die gar nicht imstande sein wird, etwas gegen den Willen unserer Vertreter zu unternehmen, denen wir die Leitung der Massen anvertraut haben. Das Volk wird sich ihrer Herrschaft willig unterwerfen; denn es wird wissen, daß von ihnen Arbeit, Zuwendungen aller Art und jegliche Vorteile abhängig sind.

Der Plan unserer Leitung muß fertig aus einem Kopf hervorgehen; denn er kann niemals feste Gestalt annehmen, wenn unzählige Köpfe daran arbeiten wollen. Deshalb ist es uns wohl erlaubt zu wissen, was ausgeführt werden soll, wir dürfen die Vorschriften aber niemals einer Beurteilung unterziehen. Sonst könnten wir die einzig dastehende Größe des Gesamtplanes, den Zusammenhang seiner einzelnen Teile, die Wirkung eines jeden Punktes, dessen geheimer Sinn verborgen bleibt, zerstören.

Unterwerfen wir ein derartiges Werk der Beurteilung und Abstimmung zahlreicher Gesinnungsgenossen, so wird es unvermeidlich die Spuren zahlreicher Mißverständnisse in sich tragen; denn nicht jeder ist imstande, den tieferen Sinn und Zusammenhang des Ganzen zu ergründen. Unsere Pläne müssen stark und zweckmäßig erdacht sein. Darum dürfen wir die geistesstarke Arbeit unseres Leiters nicht vor die Säue werfen und auch im engeren Kreis nicht bekritteln lassen.

Wir warten auf den letzten Todeskampf

Diese Pläne werden die bestehenden Einrichtungen vorläufig nicht umstürzen. Sie werden nur ihre wirtschaftliche Grundlage und, im Zusammenhang damit, den ganzen Plan ihrer Entwicklung ändern, die auf diese Weise schließlich den in unseren Plänen vorgesehenen Weg einschlagen wird.

In allen Staaten gibt es unter den verschiedensten Bezeichnungen annähernd die gleichen Einrichtungen: Volksvertretung, Ministerien, Staatsrat, Höchster Gerichtshof, gesetzgebende und vollziehende Körperschaften. Ich brauche Ihnen die Beziehungen dieser Staatseinrichtungen zueinander nicht zu erläutern. Das alles ist Ihnen gut bekannt.

Ich bitte Sie nur, daran festzuhalten, daß jede dieser Staatseinrichtungen irgendeine wichtige Aufgabe im Staatsleben erfüllen muß. Das Wort "wichtig" beziehe ich dabei nicht auf das Amt, sondern auf die Aufgabe; folglich sind nicht die Ämter wichtig, sondern die Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Die Ämter haben unter sich alle wichtigen Zweige des Staatslebens verteilt: die Verwaltung, die Gesetzgebung und die vollziehende Gewalt. Sie üben darum im Staatskörper dieselbe Wirkung aus, wie die Glieder im menschlichen Körper. Sobald wir ein wichtiges Glied der Staatsmaschine beschädigt haben, wird der Staat wie ein menschlicher Körper erkranken und sterben.

Nachdem wir dem Staatskörper das Gift des Freisinnes eingefloßt haben, hat sich sein ganzer staatsrechtlicher Zusammenhang verändert. Heute sind alle Staaten von einer tödlichen

Krankheit, der Zersetzung des Blutes, befallen. Wir brauchen nur noch auf den letzten Totenkampf zu warten.

Der Freisinn ersetzte die Selbstregierungen, in welchen die Nicht-Illuminierten ihr Ziel erblickt hatten, durch Verfassungs-Staaten. Jede Verfassung ist, wie Sie wohl wissen, die hohe Schule für Haß, Streit und unfruchtbaren Parteihader, der die Kraft des Staates lähmt und seine Lebensäußerungen jeden Persönlichkeitswertes entkleidet. Die Rednerbühne hat ebenso wie die Presse die Herrscher zur Taten- und Machtlosigkeit verurteilt und sie dadurch unnütz und überflüssig gemacht.

Deswegen wurden sie schon in vielen Ländern gestürzt. Seitdem begann das Zeitalter der Volksherrschaft, in welchem wir die angestammten Könige durch Strohpuppen ersetzen, die wir aus der Masse des Volkes unter den uns sklavisch ergebenden Günstlingen als "Präsidenten" aussuchten. Das war der Sprengkörper, den wir unter die Grundmauern nicht nur eines, sondern - glauben Sie mir - aller noch nicht-illuminierten Völker gelegt haben.

Strohpuppen als Politiker

Bald werden wir den Grundsatz einführen, daß die Präsidenten für ihre Handlungen verantwortlich sind. Dann brauchen wir uns in der Durchführung unserer Maßnahmen keinerlei Schranken mehr aufzuerlegen, da die Verantwortung ganz auf unsere Strohpuppen fallen wird. Uns kann es ja nur recht sein, daß sich dadurch die Reihen derer lichten werden, die nach Macht streben. Es ist sogar vorauszusehen, daß es vielfach unmöglich sein wird, geeignete Persönlichkeiten für den Präsidentenposten zu finden. Daraus können Unruhen entstehen, die die Staaten endgültig zerrütten werden.

Um dieses von uns gewünschte Ergebnis zu erreichen, werden wir für die Wahl solcher Präsidenten sorgen, deren Vergangenheit irgendeinen dunklen Punkt, irgendein "Panama" aufweist. Dann werden sie getreue Vollstrecker unserer Weisungen.

Einerseits müssen sie stets fürchten, daß wir mit Enthüllungen kommen, die sie unmöglich machen; andererseits werden sie, wie jeder Mensch, das begreifliche Bestreben haben, sich in der einmal erlangten Machtstellung zu behaupten und die einem Präsidenten zustehenden Vorrechte und Ehren möglichst lange zu genießen.

Das Abgeordnetenhaus wird ihn wählen, decken und verteidigen, doch wir werden der Kammer das Recht nehmen, Gesetze vorzuschlagen oder abzuändern. Dieses Recht werden wir vielmehr dem verantwortlichen Präsidenten übertragen, der eine Strohpuppe in unseren Händen ist. Damit wird die Macht des Präsidenten allerdings zur Zielscheibe unzähliger Angriffe werden.

Wir aber wollen ihm als Mittel der Selbstverteidigung das Recht verleihen, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und in der Form von Neuwahlen eine abermalige Entscheidung des Volkes anzurufen, desselben Volkes, dessen Mehrheit blindlings unseren Weisungen folgt!

Unabhängig davon werden wir dem Präsidenten das Recht verleihen, den Kriegszustand zu verhängen. Wir werden dieses Recht damit begründen, daß der Präsident als Haupt der gesamten Wehrmacht des Landes jederzeit in der Lage sein muß, über dieselbe zu verfügen, da er als verantwortlicher Vertreter des Staates die Pflicht habe, die neue Verfassung vor Angriffen zu schützen und die junge Freiheit des Volksstaates zu verteidigen.

Es ist ohne weiteres klar, daß der Schlüssel zum Heiligtum unter solchen Umständen sich in unseren Händen befinden und niemand außer uns die Gesetzgebung leiten wird.

Mit der Einführung der neuen Verfassung des Volksstaates werden wir dem Abgeordnetenhaus unter dem Vorwand der Wahrung des Staatsgeheimnisses das Recht nehmen, Anfragen über staatsrechtliche Maßnahmen der Regierung zu stellen. Außerdem werden wir die Zahl der Volksvertreter in der neuen Verfassung auf ein Mindestmaß beschränken. Damit erreichen wir gleichzeitig eine wesentliche Abkühlung der politischen Leidenschaften und des Dranges zur Ausübung der Staatskunst.

Sollte sich wider Erwarten bei der kleinen Minderheit Widerstand zeigen, so werden wir ihn durch einen Aufruf an das Volk brechen.

Wir geben den Völkern keine Atempause

Dem Reichspräsidenten wird die Aufgabe zufallen, die Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senates sowie ihre Stellvertreter zu ernennen. Wir werden Tagungen der Volksvertreter abschaffen und an ihrer Stelle soll dem Präsidenten als Träger der vollziehenden Gewalt das Recht zustehen, die Volksvertretung einzuberufen oder aufzulösen. Im Fall der Auflösung kann er den Beginn der neuen Tagung nach Belieben hinaus schieben.

Um den Präsidenten davor zu schützen, daß er vor der Erfüllung unserer Pläne wegen solcher im Grunde genommen ungesetzlichen Handlungsweise zur Rechenschaft gezogen wird, lassen wir den Ministern und den anderen hohen Verwaltungsbeamten aus seiner Umgebung den Rat geben, die Verfügungen des Präsidenten durch selbständige Maßnahmen zu umgehen, dafür aber auch selbst die Verantwortung zu tragen. Solche Vollmachten empfehlen wir, besonders dem höchsten Gerichtshof, dem Staatsrat und dem Ministerrat zu geben, aber nicht einzelnen Persönlichkeiten.

Der Präsident wird die bestehenden Gesetze, die eine verschiedene Deutung zulassen, stets in unserem Sinn auslegen; er wird sie außer Kraft setzen, wenn wir ihn auf die Notwendigkeit solcher Maßnahmen verweisen.

Außerdem wird er das Recht haben, neue Gesetze von kurzer Dauer, ja selbst Änderungen der Verfassung vorzuschlagen. Zur Begründung braucht er ja nur zu sagen, diese Maßnahmen seien für das Wohl des Staates erforderlich.

Auf solche Weise können wir allmählich, Schritt für Schritt, alles vernichten, was wir ursprünglich, zu Beginn unserer Herrschaft, in die Verfassungen der Volksstaaten aufnehmen mußten. Unmerklich werden die letzten Spuren jedes verfassungsmäßigen Rechts verschwinden, bis schließlich die Zeit gekommen sein wird, in der wir offen jede Regierungsgewalt im Namen unserer Selbstherrschaft an uns reißen.

Die Anerkennung unseres Weltherrschers kann schon vor der endgültigen Beseitigung aller Verfassungen erfolgen. Der günstige Augenblick dafür wird dann gekommen sein, wenn die von langen Unruhen geplagten Völker angesichts der von uns herbeigeführten Ohnmacht ihrer Herrscher den Ruf ausstoßen werden: "Beseitigt sie und gebt uns einen einzigen Weltherrscher, der uns alle vereint und die Ursachen des ewigen Haders - die staatlichen Grenzen, die Religion und die Staatsschulden - beseitigt, der uns endlich Frieden und Ruhe bringt, die wir vergeblich von unseren Herrschern und Volksvertretungen erhofften."

Sie wissen selbst genau, daß es einer langen und unermüdlichen Arbeit bedarf, um alle Völker zu solchem Ausruf zu bewegen. Wir müssen ohne Unterlaß in allen Ländern die Beziehungen der Völker und Staaten zu einander vergiften; wir müssen alle Völker durch Neid und Haß, durch Streit und Krieg, ja selbst durch Entbehrungen, Hunger und Verbreitung von Seuchen derart zermürben, daß die nicht Illuminierten keinen anderen Ausweg finden, als sich unserer Geldmacht und vollständigen Herrschaft zu unterwerfen.

Geben wir den Völkern eine Atempause, so dürfte der ersehnte Augenblick wohl niemals eintreten.

Der Staatsrat wird die Macht des Herrschers unterstreichen; als sichtbaren Teil der gesetzgebenden Gewalt fällt ihm die Aufgabe zu, den Wortlaut der Gesetze und Verordnungen im einzelnen auszuarbeiten. Die Grundsätze der neuen Verfassung bestehen also darin, daß wir die Gesetze schaffen und Recht sprechen.

Das wird geschehen: durch Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften, denen wir in der Form von "Vorschlägen" die nötigen Weisungen erteilen werden. Zweitens durch allgemeine Erlasse des Präsidenten, Verfügungen des Senats und des Staatsrates, letztere in Gestalt von Ministererlassen. Und drittens durch Auswahl des geeigneten Zeitpunktes für einen Staats-

streich.

Wir sind stark und unverwundbar

Nachdem wir die Art unseres Vorgehens in großen Zügen geschildert haben, wollen wir noch auf einige Einzelheiten eingehen, die uns zu einem völligen Sieg verhelfen sollen. Unter diesen Einzelheiten verstehe ich die Freiheit der Presse, das Recht des Zusammenschlusses, die Gewissensfreiheit, das allgemeine gleiche Wahlrecht und vieles anderes, was unmittelbar nach dem Staatsstreich aus der geistigen Rüstkammer der Menschheit verschwinden oder doch von Grund aus umgestaltet werden muß.

Der Staatsstreich bietet uns die einzige Möglichkeit, mit einem Schlag die von uns gewünschte Verfassung einzuführen. Jede spätere merkliche Veränderung birgt große Gefahren in sich. Bringt sie neue Beschränkungen und wird sie mit großer Strenge durchgeführt, so kann sie die Menschen aus Furcht vor einer weiteren Verschlechterung ihrer Lage zur Verzweiflung treiben. Enthält sie dagegen Milderungen der bisherigen Bestimmungen, so wird man sagen, daß wir unser Unrecht eingesehen hätten, und dann ist das Vertrauen in unsere Unfehlbarkeit für immer verloren.

Oder es wird heißen, daß wir uns fürchten und darum Entgegenkommen zeigen müßten. Dankbar wird uns niemand dafür sein; denn jeder wird die Milderungen für unsere selbstverständliche Pflicht halten. Jede Veränderung der neuen Verfassung kann uns also nur schaden. Wir müssen sie vielmehr als ein in sich geschlossenes Ganzes den nicht illuminierten Völkern in dem Augenblick aufzwingen, in dem sie von dem eben vollzogenen Staatsstreich noch betäubt sind und ihre Kräfte noch nicht gesammelt haben.

Sie müssen erkennen: Wir sind so stark, so unverwundbar, so mächtig, daß wir uns um sie nicht zu kümmern brauchen, daß wir nicht nur ihre Wünsche nicht beachten werden, sondern bereit und fähig sind, Gefühlsausbrüche in jedem Augenblick und an jedem Ort mit unerschütterlicher Macht zu unterdrücken.

Sind diejenigen, die nicht zu den Illuminaten gehören, erst zur Erkenntnis gelangt, daß wir die ganze Macht an uns gerissen haben und es rundweg ablehnen, sie mit ihnen zu teilen, so werden sie vor Schrecken die Augen schließen und untätig der Dinge harren, die da kommen sollen.

Das Ziel wird nur auf Umwegen erreicht

Die nicht illuminierten Menschen, die in keiner Weise zu der großen Gruppe der Insider gerechnet werden können, sind eine Hammelherde. Wir Illuminaten aber sind die Wölfe. Wissen Sie, was aus den Schafen wird, wenn die Wölfe in ihre Herde einbrechen? Sie werden die Augen schließen und schon deshalb stillhalten, weil wir ihnen die Baphomet. Pantheistisches und magisches Bild des Absoluten.

Auf der Stirn und unter der Fackel das Zeichen des Makrokosmos oder das Pentagramm mit Spitze nach oben als Symbol der menschlichen Intelligenz. Rückgabe aller geraubten Freiheiten versprochen werden, wenn erst alle Friedensfeinde niedergezogen und alle Parteien überwältigt sind. Brauche ich Ihnen zu sagen, wie lange die nicht zu uns Gehörigen auf die Wiedereinsetzung in ihre Rechte warten werden?

Wir haben uns eine Staatslehre erdacht und sie unermüdlich den Bürgern eingeflößt, ohne ihnen Zeit zur Besinnung zu lassen. Das geschah, weil wir unser Ziel nur auf Umwegen erreichen können, da der gerade Weg über die Kraft unser zerstreuten Organisationen geht. Zu diesem Zweck haben wir weltweit die Freimaurerlogen gegründet.

Niemand kennt sie und ihre Ziele, am allerwenigstens die Ochsen von Nicht-Illuminierten, die wir zur Teilnahme an den offenen Freimaurerlogen bewegen haben, um ihnen Sand in die Augen zu streuen.

Gott hat uns, seinen Erleuchteten, die Gnade verliehen, uns über die ganze Welt zu zerstreuen. In dieser scheinbaren Schwäche liegt unsere ganze Kraft, die uns schon an die Schwelle der

Weltherrschaft geführt hat. Der Grundstein ist schon gelegt, es gilt nur noch den Bau zu vollenden.

Niemand darf unsere Unfehlbarkeit antasten

Das Wort "Freiheit", das man auf verschiedene Weise deuten kann, legen wir uns so aus: Freiheit ist das Recht, das zu tun, was das Gesetz erlaubt. Solche Auslegung des Begriffes gibt die Freiheit vollständig in unsere Hand, weil die Gesetze nur das zerstören oder aufrichten, was wir nach den oben entwickelten Richtlinien wünschen.

Mit der Presse werden wir in folgender Weise verfahren. Welche Rolle spielt jetzt die Presse? Sie dient dazu, die Volksleidenschaften in dem von uns gewünschten Sinn zu entflammen oder selbstsüchtige Parteizwecke zu fördern. Sie ist hohl, ungerecht und verlogen. Wir werden ihr einen Zaum anlegen und die Zügel straff führen. Auf gleiche Weise werden wir mit anderen Druckerzeugnissen verfahren; denn was kann es helfen, wenn wir die Angriffe der Presse unterbinden, aber in Streitschriften und Lügen angepöbelt werden?

Wir werden die Versorgung der öffentlichen Meinung, die schon viel Geld kostet, durch die Zensur zu einer Einnahme-Quelle für den Staat machen. Wir werden eine Zeitungs-Stempelsteuer einführen und die Bürgschaftssummen bei der Gründung von Zeitungen und Druckereien erheben, die unsere Regierung gegen alle Angriffe der Presse sichern müssen. Erfolgen sie trotzdem, dann werden wir rücksichtslos Geldstrafen verhängen.

Solche Maßnahmen wie Stempelsteuer, Bürgschaften und Geldstrafen werden der Regierung große Einnahmen verschaffen. Parteiblätter mögen vielleicht keine Angst vor Geldstrafen haben, bei einem zweiten Angriff werden wir sie aber verbieten. Niemand darf ungestraft unsere Vormacht-Stellung oder unsere Unfehlbarkeit antasten.

Als Vorwand für die Unterdrückung einer Zeitung oder Zeitschrift werden wir stets behaupten, sie hätte die öffentliche Meinung ohne Grund aufgewiegelt. Ich bitte Sie übrigens zu beachten, daß Angriffe auf uns auch von solchen Zeitungen erfolgen werden, die wir selbst gegründet haben. Solche Angriffe werden sich aber stets auf diejenigen Punkte beschränken, die wir selbst zur Abänderung vorgemerkt haben.

Keine Nachricht wird ohne unsere Prüfung in die Öffentlichkeit gelangen. Dieses Ziel erreichen wir teilweise schon jetzt dadurch, daß die Neuigkeiten aus aller Welt in wenigen Nachrichtenämtern zusammenströmen, dort bearbeitet und erst dann den einzelnen Schriftleitungen, Behörden und anderen übermittelt werden. Diese Nachrichtenämter sollen allmählich ganz in unsere Hände übergehen und nur das veröffentlichen, was wir ihnen vorschreiben.

Erziehung mit dem gedruckten Wort

Es ist uns schon jetzt gelungen, die Gedankenwelt der Nicht-Illuminierten in einer Weise zu beherrschen, daß fast alle anderen Bürger, die keine Insider sind, die Weltereignisse durch die bunten Gläser der Brillen ansehen, die wir ihnen aufgesetzt haben. Schon jetzt ist kein Staat auf der ganzen Welt imstande, sich davor zu schützen, daß uns alles bekannt wird, was die nichtilluminierten Menschen ein Staatsgeheimnis nennen. Kein Schloß, kein Riegel ist stark genug, um uns den Zutritt zu verwehren, kein Geheimfach ist vor unseren Nachforschungen sicher. Wie mag es erst werden, wenn unsere Herrschaft über die ganze Welt in der Person eines Weltherrschers allgemein anerkannt sein wird?

Wir wollen nochmals auf die Zukunft der Presse zurückkommen. Jeder Verleger, Drucker oder Buchhändler wird genötigt sein, einen besonderen Erlaubnisschein für die Ausübung seines Berufes zu erwerben, den wir bei dem geringsten Verstoß gegen unsere Weisungen sofort einziehen werden. Auf diese Weise wird das gedruckte Wort ein Erziehungsmittel in der Hand der Insider sein, die es nicht mehr zulassen werden, daß das Volk sich in fruchtlosen Träumen über die angeblichen Wohltaten des Fortschritts verliert.

Jeder von Ihnen weiß, daß mit den nebelhaften Versprechungen des Freisinnes der Weg zu den unsinnigen Träumen gepflastert ist, die jede Zucht und Ordnung in den Beziehungen der

Menschen zueinander und zum Staat aufheben wollen. Der Fortschritt oder, richtiger gesagt, die Gedanken des Fortschrittes führten zu den verschiedenen

Formen der Verselbständigung

(Emanzipation), bei denen keine Grenzen gesteckt wurden. Alle sogenannten Fortschrittler sind Umstürzler, wenn auch nicht immer in ihren Taten, so doch mindestens ihren Anschauungen nach. Jeder von ihnen jagt irgendwelchen Trugbildern der Freiheit nach und verfällt schließlich in Willkür, das heißt in grundsätzliche Verneinung der bestehenden Einrichtungen nur um der lieben Verneinung willen.

Wir kommen nochmals auf die Presse zurück. Die Zeitungen und überhaupt Drucksachen aller Art werden wir - neben den Bürgschaftssummen - mit Stempelsteuern nach der Zahl der Seiten belegen. Für Schriften unter 30 Seiten werden wir die Steuer verdoppeln und ein besonderes Verzeichnis einführen. Damit hoffen wir schon die Zahl der Zeitschriften einzuschränken, die von allen Drucksachen das schlimmste Gift verbreiten.

Die Schriftsteller werden ferner gezwungen sein, so umfangreiche Abhandlungen zu schreiben, daß diese schon wegen der hohen Preise nur wenige Leser finden dürften. Was wir aber selbst herausgeben werden, um die Menschen in der von uns gewünschten Geistesrichtung zu erziehen, das wird so billig sein, daß es reißenden Absatz finden muß.

Die Steuer wird die Schreibwut der Leute besänftigen, während die Schriftsteller durch die Strafen in Abhängigkeit von uns gebracht werden. Sollten trotzdem einige von ihnen gegen uns schreiben wollen, so werden sie keinen Verleger für ihre Arbeiten finden; denn jeder Verleger oder Drucker wird verpflichtet sein, vor der Annahme einer Arbeit die Druckerlaubnis der von uns eingesetzten Behörde einzuholen.

Auf diese Weise können wir rechtzeitig die auf uns geplanten Angriffe erfahren und ihnen jede Stoßkraft nehmen, indem wir ihnen mit Veröffentlichungen über den gleichen Gegenstand zuvorkommen.

Zeitungen für jede politische Richtung

Bücher und Zeitungen sind zwei der wichtigsten Erziehungsmittel. Aus diesem Grund wird unsere Regierung das Eigentumsrecht der meisten Zeitungen und Zeitschriften erwerben. Sie wird damit vor allem den schädlichen Einfluß der nichtamtlichen Presse ausschalten, und auf den Geist und die Stimmung des Volkes in nachhaltigster Weise einwirken.

Auf je zehn Zeitungen oder Zeitschriften, die uns fernstehen, werden dreißig kommen, die wir selbst gegründet haben. Das darf natürlich in der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Unsere Zeitungen und Zeitschriften sollen daher äußerlich den verschiedensten Richtungen angehören, um das Vertrauen der ahnungslosen Nicht-Illuminierten zu erwerben, sie alle in die Falle zu locken um sie unschädlich zu machen.

An erster Stelle werden die amtlichen Zeitschriften und Zeitungen stehen, denen die Aufgabe zufallen wird, unsere Interessen in allen Fällen und zu jeder Zeit zu vertreten; ihr Einfluß wird deshalb verhältnismäßig klein sein.

An zweiter Stelle werden die halbamtlichen Blätter kommen, die die Gleichgültigen und Laien für uns gewinnen sollen.

An die dritte Stelle werden wir unsere scheinbare Gegnerschaft setzen, die mindestens ein Blatt unterhalten muß, das äußerlich in schärfsten Gegensatz zu uns treten wird. Unsere wirklichen Gegner werden diesen scheinbaren Widerspruch für echt halten; sie werden in den Leuten, von denen er ausgeht, ihre Gesinnungsgenossen sehen und uns ihre Karten aufdecken.

Wir werden Zeitungen der verschiedensten Richtungen herausgeben: aristokratische, republikanische, ja selbst anarchistische unterstützen, natürlich nur so lange die Verfassung besteht. Sie werden, wie der indische Götze Witschnu, hundert Hände haben, von denen jede den Pulsschlag irgendeiner Geistesrichtung fühlen wird. Sobald ein Pulsschlag schneller geht, werden die unsichtbaren Hände die Anhänger dieser Richtung auf unsere Ziele hinlenken;

denn nichts ist leichter zu beeinflussen als der aufgeregte Mensch, der nicht mehr richtig überlegt.

Jene Dummköpfe, die die Meinung ihres Parteiblattes zu vertreten glauben, werden in Wirklichkeit unsere Meinung nachsprechen oder doch wenigstens diejenige Meinung, die uns gerade paßt. Sie bilden sich ein, die Richtlinien ihrer Partei zu verfolgen, und merken nicht, daß sie hinter der Flagge marschieren, die wir vor ihnen flattern lassen.

Enger Zusammenschluß mit dem Freimaurertum

Um unser Zeitungsheer in diesem Sinne zu leiten, müssen wir diesem Unternehmen besondere Sorgfalt widmen. Unter dem Namen "Hauptpresseverband" werden wir zahlreiche, meist von uns begründete Schriftstellervereine zusammenfassen, in denen unsere Leute unmerklich die Losung ausgeben werden.

In der Beurteilung unserer Bestrebungen werden unsere Blätter immer oberflächlich sein, den Dingen niemals auf den Grund gehen; sie werden mit den amtlichen Blättern einen bloßen Wortkampf führen, um uns zu näheren Ausführungen zu veranlassen, deren sofortige Mitteilung in der ersten amtlichen Bekanntmachung unzweckmäßig erschien. Natürlich soll das nur dann geschehen, wenn es für uns vorteilhaft sein wird.

Die scheinbaren Angriffe auf uns verfolgen noch den Nebenzweck, dem Volk glaubhaft zu machen, daß es die volle Redefreiheit besitzt. Werden wir dann in der uns feindlichen Presse wegen der Unterdrückung des freien Wortes wirklich angegriffen, so haben unsere Vertrauensleute leichtes Spiel. Sie werden sagen, daß diese Blätter unsinnige Behauptungen aufstellen, weil es ihnen an sachlichen Gründen gegen uns und unsere Maßnahmen fehlt.

Da die wirklichen Vorgänge nicht in die Öffentlichkeit dringen, so werden wir durch solches Verhalten das Vertrauen des Volkes gewinnen. Gestützt auf dieses Vertrauen, werden wir die öffentliche Meinung in allen staatsrechtlichen Fragen je nach Bedarf erregen oder beruhigen, überzeugen oder verwirren. Wir wollen bald die Wahrheit, bald die Lüge, bald Tatsachen, bald Berichtigungen abdrucken, je nachdem, wie die Nachricht aufgenommen wird.

Es gehört zu unseren Grundsätzen, den Boden stets vorsichtig abzutasten, bevor wir unseren Fuß auf ihn setzen. Infolge dieser Maßnahmen gegen die Presse werden wir unsere Feinde sicher besiegen, da ihnen keine Blätter zur Verfügung stehen, in denen sie ihre Meinung voll zum Ausdruck bringen können. Wir werden sogar der Mühe enthoben sein, sie endgültig zu widerlegen.

Unsere tastenden Vorstöße in den an dritter Stelle stehenden Zeitungen (scheinbare Gegnerschaft) werden wir in den Amtsblättern nötigenfalls kräftig zurückweisen.

Die Quelle ist stets unsere Wühlarbeit

Schon jetzt besteht etwa in der Art der französischen Tagesschriftstellerei ein enger Zusammenschluß des Freimaurertums. Er gipfelt in der Losung: alle Glieder der Presse sind gegenseitig zur Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichtet. Wie bei den alten Wahrsagern darf auch hier kein Glied das Geheimnis seines Berufes preisgeben, bevor ein allgemeiner Beschluß zur Veröffentlichung vorliegt.

Kein Tagesschriftsteller wird es wagen, gegen diese Bestimmung zu verstoßen, da nur solche Personen zum Beruf zugelassen werden, deren Vergangenheit irgendeinen dunklen Punkt aufweist. Dieses Schandmal würde vor aller Öffentlichkeit enthüllt werden, sobald ein Verstoß gegen das Berufsgeheimnis vorliegt. So lange das Schandmal nur wenige Beteiligten bekannt ist, hat der glänzende Ruf des Schriftstellers die Mehrheit des Landes hinter sich, die ihm begeistert folgt.

Wir rechnen besonders stark auf die Hilfe der Provinzen. Hier müssen wir Hoffnungen und Bestrebungen erwecken, die wir stets gegen die Hauptstadt anwenden können, indem wir sie als Hoffnungen und Wünsche der Provinzen auf Unabhängigkeit ausgeben. Es ist klar, daß die Quelle immer die gleiche ist, nämlich unsere Wühlarbeit.

So lange wir die nötige Machtfülle noch nicht erlangt haben, brauchen wir manchmal einen Zustand, bei dem die Hauptstädte sich von der von unseren Vertretern aufgehetzten Volksmeinung in den Provinzen umbrandet sehen. Ist der entscheidende Augenblick gekommen, so dürfen die Hauptstädte schon deshalb nicht zur Erörterung der vollzogenen Tatsachen gelangen, weil sie von der Mehrheit in den Provinzen gut geheißten wurden.

In dem Zeitabschnitt der neuen Herrschaft, der unserer Krönung vorangeht, werden wir verhindern müssen, daß die Presse die Ehrlosigkeit im öffentlichen Dienst brandmarkt. Es soll vielmehr der Glaube erweckt werden, die neue Herrschaft hätte alle derart befriedigt, daß keine Veranlassung zu neuen Verbrechen vorläge. Wo Verbrechen hervortreten, da sollen sie nur den Opfern und zufälligen Zeugen bekannt werden, sonst aber niemandem.

Die ewige Sucht nach Neuem

Die Sorge um das tägliche Brot zwingt alle Nicht-Illuminierten, zu schweigen und unsere gehorsamen Diener zu sein. Aus ihrer Zahl suchen wir uns für unsere Presse die geeigneten Leute aus. Ihre Aufgabe besteht darin, alles das nach unseren Weisungen zu erörtern, was wir in den amtlichen Blättern nicht unmittelbar bringen können.

Ist die Streitfrage erst aufgerollt, so können wir die von uns gewünschten Maßnahmen ruhig durchführen und dem Volk als fertige Tatsachen vorsetzen. Niemand wird es wagen, eine Aufhebung oder Abänderung dieser Maßnahmen zu verlangen, da sie als eine Verbesserung des bisherigen Zustandes dargestellt werden. Die Presse wird die öffentliche Meinung schnell auf neue Fragen ablenken. Haben wir Insider die Menschen doch gelehrt, sich in der ewigen Sucht nach etwas Neuem zu erschöpfen!

Auf diese Erörterung dieser neuen Fragen werden sich die hirnlosen Leiter der Völkergeschicke stürzen. Sie können noch immer nicht begreifen, daß sie keine Ahnung von den Dingen haben, die sie entscheiden müssen. Die Fragen der Staatskunst sind nur denjenigen verständlich, die sie schon seit vielen Jahrhunderten veranlaßt oder überwacht haben.

Aus allem Gesagten werden Sie ersehen, daß wir nach dem Vertrauen des Volkes nur haschen, um unsere Staatsmaschine leichter in Gang zu bringen. Es kann Ihnen nicht entgangen sein, daß wir nur dann die Zustimmung der öffentlichen Meinung suchen, wenn es sich um bloße Worte handelt, um Fragen, die wir selbst in die Welt gesetzt haben.

Tatsächlich tun wir aber, was wir wollen. Selbstverständlich verkünden wir stets, daß wir uns bei allen unseren Maßnahmen von der Hoffnung und Überzeugung leiten ließen, dem Allgemeinwohl nach Kräften zu dienen.

Um die allzu unruhigen Leute von der Erörterung der Fragen über die Staatskunst abzulenken, rücken wir gleichsam neue Fragen' der Staatskunst in den Vordergrund: die Fragen der Industrie. Mögen sie sich auf diesem Arbeitsgebiet austoben.

Die Massen willigen ein, untätig zu bleiben, von einer "politischen" Tätigkeit auszuruhen - zu der wir sie erzogen hatten, um mit ihrer Hilfe die noch nicht illuminierten Regierungen zu bekämpfen -, nur unter der Bedingung einer neuen Beschäftigung, in der wir ihnen gleichsam die halbe politische Richtung weisen.

Damit die Massen nicht selbst den Dingen auf die Spur kommen, lenken wir sie noch durch allerhand Vergnügungen, Spiele, Leidenschaften und Volkshäuser ab. Bald werden in unserer Presse Preisausschreiben auf den verschiedensten Gebieten der Kunst und der Kraftspiele, des Sports, erscheinen. Solche Fülle von Zerstreuungen wird die Gedanken der Masse endgültig von den Fragen ablenken, für deren Verwirklichung wir sonst hart mit ihr kämpfen müßten. Haben die Menschen allmählich immer mehr die Fähigkeit zum selbständigen Denken verloren, so werden sie uns alles nachsprechen.

Wir werden dann allein neue Gedankenrichtungen hervorbringen, natürlich nur durch solche Persönlichkeiten, die nicht im Verdacht einer Verbindung mit uns stehen. Sobald unsere Herrschaft anerkannt ist, wird die Rolle der freisinnigen Schwärmer endgültig vorbei sein. Bis da-

hin werden sie uns die besten Dienste leisten.

Deshalb wollen wir auch fernerhin die Gedanken der Masse auf allerhand Ereignisse abenteuerlicher Lehren lenken, die neu und scheinbar auch fortschrittlich sind. Haben wir doch durch den Fortschritt mit vollem Erfolg die hirnlosen Köpfe nicht-illuminierter Menschen verdreht. Es gibt unter ihnen keinen Verstand, der es zu fassen vermöchte, daß dieses Wort in allen Fällen die Wahrheit verdunkelt, wo es sich nicht um wirtschaftliche Erfindungen handelt; denn es gibt nur eine Wahrheit, die keinen Raum für Fortschritt läßt. Wie jeder falsche Gedanke, so dient auch der Fortschritt nur zur Verdunklung der Wahrheit, damit sie von niemandem außer uns, den Erleuchteten, den Hütern der Wahrheit, erkannt werde.

Unsere Erfolge beruhen auf unserer Lehre

Wenn wir die Macht ganz in Händen haben, werden unsere Redner von den großen Fragen der Menschheit sprechen, die die Welt in Aufruhr gebracht haben, bis sie schließlich unter unsere wohlthätige Leitung kam.

Wer wird auf den Verdacht kommen, daß alle diese Fragen von uns nach einem politischen Plan angeregt wurden, hinter den nach so vielen Jahrhunderten noch kein nicht Eingeweihter gekommen ist?

Sobald wir die Weltherrschaft erlangt haben, werden wir keinen anderen Glauben dulden, als allein unseren Glauben an den einzigen Gott, mit dem wir verbunden sind als Eingeweihte und Erleuchtete, und durch den unser Schicksal mit dem Schicksal der ganzen Welt verwoben ist. Aus diesem Grund müssen wir jeden anderen Gottesglauben zerstören.

Sollte dadurch die Zahl der Gottlosen vorübergehend zunehmen, so kann das unsere Absichten nicht stören, soll vielmehr als warnendes Beispiel für die Menschen dienen, die unsere Lehre hören wollen, deren starker und tief durchdachter Aufbau vielleicht zur Unterwerfung aller Völker unter unsere Herrschaft führen wird.

Wir werden unseren Erfolg auf die geheimnisvolle Kraft unserer Lehre zurückführen, von der, wie wir sagen werden, alle erzieherischen Wirkungen auf die Menschheit ausgehen.

Wir werden bei jeder Gelegenheit Aufsätze veröffentlichen, in denen wir Vergleiche zwischen den Segnungen unserer Herrschaft und den Mißständen der Vergangenheit aufstellen. Die Wohltaten des Friedens werden, wenn sie auch durch Jahrhunderte voll Unruhen erkämpft wurden, einen Beweis für den segensreichen Geist unserer Gesetzgebung liefern.

Wir wollen dabei alle Fehler der nicht-illuminierter Regierungen in den grellsten Farben malen und solche Abneigung gegen sie erzeugen, daß die Völker tausendmal lieber die Leibeigenschaft ertragen, die ihnen Ruhe und Ordnung verbürgt, als länger die viel gerühmte Freiheit genießen, die sie unendlich gequält und die Quellen des menschlichen Daseins erschöpft hat, weil sie von einer Schar von Glücksrittern ausgebeutet wurden, die nicht wußten, was sie damit begingen.

Unsere Geheimnisse werden wir nicht enthüllen

Die zwecklosen Staatsumwälzungen, zu denen wir alle außer uns Illuminaten veranlaßt haben, um die Grundlagen ihres staatlichen Lebens zu unterwühlen, werden bis dahin allen Völkern derart zuwider sein, daß sie von uns jede Knechtschaft erdulden werden, um nur nicht von Neuem in die Greuel des Krieges und des Aufruhrs zu geraten. Dann werden wir Illuminaten besonders die geschichtlichen Fehler der anderen Regierungen unterstreichen. Wir werden darauf hinweisen, daß sie die Völker Jahrhunderte lang gequält haben, weil ihnen jedes Verständnis dafür abging, was den Menschen frommt und ihrem wahren Wohl dient.

Sie haben allerhand abenteuerlichen Plänen einer ausgleichenden gesellschaftlichen Gerechtigkeit nachgejagt und dabei vollkommen übersehen, daß die Beziehungen der einzelnen Gesellschaftsschichten zueinander dadurch nicht besser, sondern schlechter wurden. Die ganze Kraft unserer Grundsätze und Maßnahmen wird dadurch zur Geltung gelangen, daß wir sie als scharfen Gegensatz zu den verfaulten alten Gesellschaftsordnungen hinstellen.

Unser Denken wird alle Fehler und Unzulänglichkeiten des nichterleuchteten Glaubensbekenntnisses aufdecken, aber niemand kann unsere Religion nach ihren wahren Grundzügen beurteilen, weil er sie nicht genügend kennenlernt. Unsere Leute dagegen, die in ihre Tiefen eingedrungen sind, werden sich schwer hüten, ihre Geheimnisse zu enthüllen.

In den "fortgeschrittenen" Ländern haben wir ein geistloses, schmutziges und widerwärtiges Schrifttum geschaffen. Wir werden diese Richtung noch einige Zeit nach der Erlangung der Weltherrschaft begünstigen. Um so schärfer wird dann der Gegensatz unserer erhabenen staatsrechtlichen Pläne und Reden hervortreten. Unsere weisen Männer, die wir zur Leitung der Nicht-Illuminierten herangebildet haben, werden Reden und Flugschriften verbreiten, durch die sie die Geister auf die Wissenschaft und Gedanken hinlenken, die wir für sie vorgesehen haben.

Es wird noch viel Zeit, vielleicht sogar ein ganzes Jahrhundert vergehen, bis der von uns in allen Staaten für ein und denselben Tag vorbereitete Umsturz zum Ziel führt und die völlige Unfähigkeit der bestehenden Regierungen allgemein anerkannt wird. Haben wir endlich die volle Herrschaft erlangt, so werden wir dafür zu sorgen wissen, daß gegen uns keinerlei Verschwörungen stattfinden können.

Wahrung der Geheimnisse unserer Logen

Wir werden jeden unbarmherzig hinrichten lassen, der sich mit der Waffe in der Hand gegen uns und unsere Herrschaft auflehnt. Jede Gründung irgendeines neuen Geheimbundes wird ebenfalls mit dem Tod bestraft werden. Die jetzt bestehenden Geheimbünde, die uns alle wohl bekannt sind und uns gute Dienste geleistet haben und noch leisten, werden wir sämtlich auflösen.

Ihre Mitglieder sollen in weit von Europa entfernte Erdteile verbannt werden. So werden wir vor allem mit denjenigen nicht illuminierten Freimaurern verfahren, die zu tief in die Geheimnisse unserer Logen eingedrungen sind. Wer aber aus irgendeinem Grund von uns begnadigt wird, muß in ständiger Angst vor der Ausweisung leben. Wir werden ein Gesetz erlassen, nach dem alle früheren Mitglieder geheimer Gesellschaften aus Europa - dem Hauptsitz unserer Regierung ausgewiesen werden. Alle Entscheidungen unserer Regierung werden endgültig sein. Eine Berufung werden wir nicht zulassen.

Die nicht Eingeweihten der Gesellschaft, in der wir die Mächte der Zwietracht und des Widerspruches groß gezogen haben, können nur durch schonungslose Maßnahmen wieder zur Ruhe und Ordnung gebracht werden. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung jederzeit imstande ist, ihren Willen mit eiserner Hand durchzuführen. Dann kommt es auf die Opfer, die das künftige Wohl erfordert, überhaupt nicht an.

Überall Logen gründen

Es ist vielmehr verdammte Pflicht und Schuldigkeit jeder Regierung, das allgemeine Wohl nötigenfalls auch durch Opfer zu sichern. Denn nicht in den Vorrechten, sondern in den Pflichten beruht die Daseinsberechtigung jeder Regierung. Je mehr eine Regierung es versteht, sich mit dem Strahlenkranz einer vollkommen gefestigten Machtstellung zu umgeben, um so unerschütterlicher steht sie da.

Das höchste Maß eines hehren und unerschütterlichen Machtbewußtseins kann aber nur erreicht werden, wenn sein Ursprung auf das Walten geheimnisvoller Kräfte, wie die durch Gott Auserwählten, zurückgeführt wird. Solche Macht stellte bis in die letzte Zeit die Selbstherrschaft der russischen Zaren dar, die, abgesehen vom Papsttum - unser einziger ernsthafter Feind in der Welt ist.

Gedenken Sie, meine Herren, des Beispiels eines Sulla, dem das von Blut triefende Italien kein Haar krümmte, obwohl er eine ungeheure Blutschuld auf sich geladen hatte. Sulla wurde von dem selben Volk vergöttert, das er auf das Schwerste gepeinigt hatte, weil er eine Machtvollkommenheit sondergleichen zu entwickeln verstand. Seine Rückkehr nach Italien machte

ihn unverletzlich. Kein Volk vergreift sich an dem, der es durch Tapferkeit und Geisteskraft in seinen Bann zu schlagen weiß.

So lange wir noch nicht zur Herrschaft gelangt sind, müssen wir vorläufig, im Gegensatz zu den vorhin entwickelten Grundsätzen, in der ganzen Welt die Zahl der Freimaurerlogen möglichst vermehren. Wir werden den Einfluß der Logen dadurch verstärken, daß wir ihnen alle Persönlichkeiten zuführen, die in der Öffentlichkeit eine hervorragende Rolle spielen oder doch wenigstens spielen könnten; denn diese Logen werden eine Hauptauskunftsstelle bilden und von ihnen wird ein großer Einfluß ausströmen.

Alle Agenten sind Mitglieder der Logen

Alle Logen fassen wir unter einer Hauptleitung zusammen, die nur uns bekannt ist, allen anderen aber verborgen bleibt, nämlich unter der Hauptleitung unserer Weisen. Die Logen werden ihren Vorsitzenden haben, der es verstehen muß, die geheimen Weisungen der Hauptleitung durch seine Person zu decken. In diesen Logen werden die Fäden aller umstürzlerischen und freisinnigen Bestrebungen zusammenlaufen.

Die Logenmitglieder werden den verschiedensten Gesellschaftskreisen angehören. Die geheimsten Pläne der Staatskunst werden uns am Tag ihrer Entstehung bekannt werden und sofort unserer Leitung verfallen.

Zu den Mitgliedern der Logen werden fast alle Polizeispitzel der Welt gehören, deren Tätigkeit für uns ganz unentbehrlich ist. Die Polizei ist vielfach nicht nur in der Lage, willkürlich gegen diejenigen vorzugehen, die sich uns nicht unterwerfen wollen; sie kann auch die Spuren unserer Handlungen verwischen und Vorwände zur Unzufriedenheit bieten.

In die Geheimbünde treten mit besonderer Vorliebe Abenteurer, Schwindler, Streber und überhaupt Leute ein, die von Natur leichtsinnig veranlagt sind. Es kann uns nicht schwer fallen, diese Kreise für uns zu gewinnen und unserem Zweck dienstbar zu machen.

Wenn die Welt von Unruhen geplagt wird, so heißt das, daß wir diese Unruhe hervorrufen mußten, um das allzu feste Gefüge der Staaten, die noch von Nicht-Illuminierten geleitet werden, zu zerstören. Kommt es irgendwo zu einer Verschwörung, so steht an der Spitze derselben sicher kein anderer als einer unserer treuesten Diener.

Es versteht sich von selbst, daß wir Illuminati allein und sonst niemand die Tätigkeit der Freimaurerlogen leiten. Wir allein wissen, welchem Ziel sie zusteuern, wir allein kennen den Endzweck jeder Handlung. Die nicht Eingeweihten dagegen haben keine Ahnung von diesen Dingen, sie sehen nicht einmal das Nächstliegende, Unmittelbare, und sind gewöhnlich mit der augenblicklichen Befriedigung ihrer Eigenliebe bei der Ausführung eines Vorhabens zufrieden. Um die Wirkungen kümmern sie sich meist nicht. Ebenso wenig merken sie, daß der Gedanke zur Tat nicht von ihnen selbst stammt, sondern auf unsere Einflüsterungen zurückzuführen ist.

Nicht Eingeweihte treten gewöhnlich aus Neugier in die Logen ein. Viele hoffen auch, mit Hilfe der Logen einflußreiche Stellungen zu erlangen. Einzelne treibt das Verlangen, vor einem größeren Zuhörerkreis ihre unerfüllbaren und haltlosen Träume auszusprechen. Sie lechzen nach Beifall und Händeklatschen, womit wir natürlich sehr freigiebig sind. Wir gönnen und gewähren ihnen gern solche Erfolge, um die aus ihnen entspringende Selbstüberhebung für unsere Zwecke auszunutzen.

Tiger mit lammfrommen Seelen

Dann nehmen die Leute ahnungslos und ohne Prüfung unsere Einflüsterungen auf, ja sie sind sogar noch felsenfest davon überzeugt, selber die leitenden Gedanken hervorgebracht zu haben. Sie können es sich gar nicht vorstellen, wie leicht es ist, selbst die Klügsten der Nicht-Illuminierten an der Nase herumzuführen, wenn sie sich in dem Zustand der Selbstüberhebung befinden; sie sind dann von einer so kindischen Einfalt, daß schon der geringste Mißerfolg, etwa das Aussetzen des Beifallklatschens, genügt, um sie zu einem knechtischen Gehorsam

gegen jeden zu bewegen, der ihnen neuen Erfolg verspricht.

Während wir Eingeweihten den äußeren Erfolg verachten und all unser Sinnen und Trachten darauf einstellen, unsere Pläne durchzuführen, sind die Nicht-Illuminierten im Gegenteil bereit, alle Pläne zu opfern, wenn sie nur den geringsten äußeren Erfolg einheimsen können. Diese seelische Veranlagung der nicht Eingeweihten erleichtert uns ungemein die Aufgabe, sie nach unseren Zwecken zu lenken. Diese Tiger von Gestalt haben lammfromme Seelen; in ihren Köpfen aber weht der Zugwind. Wir haben sie auf ein Steckenpferd gesetzt und ihnen vorgemacht, daß die einzelne Persönlichkeit aufgehen müsse im Begriff der Gesamtheit, dem sogenannten Kommunismus.

Nicht-Illuminierten geht offenbar die Fähigkeit ab, zu erkennen, daß dieser Traum der allgemeinen Gleichmacherei gegen das oberste Gesetz der Natur verstößt, die seit der Schöpfung der Welt verschieden geartete Wesen hervorbringt und der Persönlichkeit eine entscheidende Rolle zuspricht. Wenn es uns gelungen ist, die nicht Eingeweihten derart zu verblenden, so zeigt das doch mit überraschender Deutlichkeit, daß ihr Verstand sich in keiner Weise mit dem unsrigen messen kann. Das ist die beste Bürgschaft für unseren Erfolg.

Wie scharfsinnig ist doch der Ausspruch unserer alten Weisen, daß ein großes Ziel nur dann erreicht werden kann, wenn man in der Wahl der Mittel nicht wählerisch ist und die Opfer nicht zählt, die zur Strecke gebracht werden. Wir haben die Opfer vom viehischen Samen Nicht-Illuminierter niemals gezählt, mußten freilich auch viele der unsrigen opfern. Dafür haben wir unseren Leuten schon jetzt eine Stellung in der Welt gegeben, auf die sie in ihren kühnsten Träumen nicht zu hoffen wagten. Mit verhältnismäßig geringen Opfern aus der Zahl der unsrigen haben wir die Eingeweihten stets vor einem Untergang bewahrt.

Von unserer Stirn strahlt hohe Geisteskraft

Der Tod ist das unvermeidliche Ende aller Menschen. Daher ist es besser, dieses Ende für diejenigen zu beschleunigen, die unserer Sache schaden, als zu warten, bis es auch uns, die Schöpfer des Werkes, trifft. In den Freimaurerlogen vollziehen wir die Todesstrafe in einer Weise, daß niemand außer den Logenbrüdern Verdacht schöpfen kann, nicht einmal die Todesopfer selber: sie alle sterben, sobald es nötig ist, scheinbar eines natürlichen Todes.

Da das den Logenbrüdern bekannt ist, so wagen sie es nicht, irgendwelchen Einspruch zu erheben. Mit solchen unerbittlichen Strafen haben wir innerhalb der Logen jeden Widerspruch gegen unsere Anordnungen im Keim erstickt. Während wir den nicht Eingeweihten den Freisinn predigen, halten wir gleichzeitig den Kreis der Illuminati und unserer Vertrauensmänner im strengsten Gehorsam.

Wir haben es verstanden, die Durchführung der Gesetze, die nicht von Eingeweihten gestaltet sind, auf ein Mindestmaß zu beschränken. Infolge unserer freisinnigen Auslegung der Gesetze haben diese an Ansehen verloren. In den wichtigsten staatsrechtlichen Fragen und sonstigen Streitfällen von grundsätzlicher Bedeutung entschieden die Gerichte so, wie wir es ihnen vorschreiben.

Sie sehen die Dinge in derselben Beleuchtung, in der wir sie der Verwaltung, die nicht von Illuminaten geleitet wird, darstellen, natürlich nur durch Mittelspersonen, mit denen wir scheinbar nicht die geringsten Berührungspunkte haben, durch Presseäußerungen oder auf sonstigen Wegen.

Selbst Mitglieder des Senates und höhere Verwaltungsbeamte folgen blindlings unseren Ratschlägen.

Der viehische Verstand der Nicht-Eingeweihten ist zur Zergliederung eines Begriffes und zur Beobachtung überhaupt nicht fähig; um so weniger können sie voraussehen, welche weitgehenden Schlußfolgerungen sich an gewisse Entscheidungen anknüpfen lassen.

Die tiefgreifenden Unterschiede in der geistigen Veranlagung der Illuminierten und der Nicht-Illuminierten zeigen deutlich, daß wir Eingeweihten die Auserwählten und die wahren Men-

schen sind. Von unseren Stirnen strahlt hohe Geisteskraft, währen die Nicht-Eingeweihten nur einen triebmäßigen, viehischen Verstand haben. Sie können wohl sehen, aber nicht vorausschauend; sie sind unfähig, etwas zu erfinden, ausgenommen rein körperliche Dinge. Daraus geht klar hervor, daß die Natur selbst uns zur Herrschaft über die ganze Welt vorausbestimmt hat.

Sobald die Zeit gekommen ist, in der wir offen die Weltherrschaft ergreifen, wird die wohltätige Wirkung unserer Regierung durch eine völlige Umgestaltung der Gesetze sich erweisen; unsere Gesetze werden kurz, klar und unabänderlich sein. Wir werden keine Deutungen zulassen, so daß jeder imstande sein wird, sie seinem Gedächtnis fest einzuprägen.

Keine Milde in der Rechtsprechung

Der hervorstechende Zug unserer Gesetze wird das Verlangen eines unbedingten Gehorsams gegenüber der Obrigkeit sein, den wir bis zum höchsten Grade steigern werden. Damit werden alle Mißbräuche infolge der Verantwortlichkeit aller vor dem Vertreter der höchsten Staatsgewalt aufhören.

Der Mißbrauch der Amtsgewalt durch die mittleren und niederen Beamten wird mit einer so unnachsichtigen Strenge bestraft werden, daß jedem die Lust vergehen soll, seine Machtbefugnisse zu überschreiten. Wir werden die Tätigkeit der Verwaltungsbeamten, die den geregelten Gang der Staatsmaschine aufrechtzuerhalten haben, mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen; wenn hier Zuchtlosigkeit um sich gegriffen hat, so muß sie bald zu einer allgemeinen Erscheinung werden; daher werden wir jeden Fall von Gesetzwidrigkeit oder Mißbrauch der Amtsgewalt mit vorbildlicher Strenge bestrafen.

Jede Versuchung, jede gegenseitige Duldung von Amtsvergehen durch Verwaltungsbeamte wird sofort aufhören, sobald die ersten Beispiele einer harten Bestrafung der Schuldigen vorliegen. Das Ansehen unserer Macht verlangt zweckmäßige, das heißt also härteste Strafen für das geringste Amtsvergehen; dessen Triebfeder persönliche Vorteile waren.

Wenn auch der einzelne vielleicht härter bestraft werden wird, als er es verdient, so ist er doch dem Soldaten zu vergleichen, der auf dem Feld der inneren Verwaltung für das Ansehen von Gesetz und Macht gefallen ist. Denn beide können von den Lenkern des Staatswagens, den Beamten, nicht die geringste Abweichung vom geraden Weg des öffentlichen Wohles in die krummen Seitengassen der persönlichen Vorteile dulden.

Ein Beispiel: Unsere Richter werden wissen, daß sie den obersten Grundsatz der Gerechtigkeit verletzen, wenn sie in ihren Urteilen eine allzu große Milde walten lassen; die Rechtsprechung soll die Menschen lehren, auf dem rechten Weg zu bleiben, indem sie für jedes Vergehen als abschreckendes Beispiel die nötige Strafe findet; sie ist nicht dazu da, das weiche Gemüt des Richters zu offenbaren. Diese Eigenschaften mögen im häuslichen Leben am Platz sein, bei der Ausübung eines öffentlichen Dienstes dürfen sie nicht hervorgekehrt werden, sonst gehen die erzieherischen Wirkungen des öffentlichen Lebens verloren.

Unsere Richter werden nur bis zum 55. Lebensjahr im Amt bleiben und dann zur Ruhe gesetzt werden. Das wollen wir aus zwei Gründen durchführen: erstens, weil alte Leute hartnäckiger an vorgefaßten Meinungen festhalten und minder fähig sind, sich neuen Anordnungen zu fügen, als junge Menschen; zweitens, weil wir durch eine solche Maßnahme in die Lage versetzt werden, die Stellen häufiger neu zu besetzen und die Richter in einer größeren Abhängigkeit von uns zu halten; wer auf seinem Posten bleiben will, der muß uns blind gehorchen.

Keine Vorstellungen von Pflichten

Wir werden überhaupt nur solche Richter zulassen, die genau wissen, daß ihre Aufgabe darin besteht, die Gesetze anzuwenden und zu strafen, nicht aber ihre freisinnigen Anschauungen auf Kosten der erzieherischen Wirkung der Staatshoheit zur Anwendung zu bringen, wie es jetzt nichtilluminierter Richter tun. Der häufige Stellenwechsel der Beamten wird für uns auch den Vorteil haben, daß die Geschlossenheit des Beamtentums gesprengt wird.

Der Beamte der Zukunft wird sich wieder mehr als Vertreter des Staates, denn als Vertreter eines bestimmten Standes fühlen, da sein Geschick ganz von der Staatsleitung abhängen wird. Der junge Nachwuchs des Richterstandes wird von uns in der Anschauung erzogen werden, daß Mißbräuche nicht geduldet werden dürfen, die die festgesetzten Abhängigkeitsverhältnisse unserer Untertanen zueinander stören könnten.

Die jetzt nicht eingeweihten Richter beurteilen die meisten Verbrechen viel zu nachsichtig, weil sie keine richtige Vorstellung von ihren Pflichten haben. Die jetzigen Staatsleiter geben sich bei der Bestallung der Richter nicht die Mühe, diesen das Gefühl der Pflicht und Verantwortlichkeit einzuprägen und die Erkenntnis der Aufgaben zu erschließen, die sie tatsächlich erfüllen sollen. Wie das Tier seine Jungen auf Beute ausschickt, so geben auch die nicht Eingeweihten ihren Anhängern einträgliche Stellungen, ohne sie darüber aufzuklären, wozu diese eigentlich geschaffen sind.

Daher wird die Stellung der nichtilluminirten Regierungen durch die Tätigkeit ihrer eigenen Beamten untergraben. Wir wollen uns die Folgen dieses Verhaltens als warnendes Beispiel für unsere eigene Regierung einprägen! Wir werden den Freisinn grundsätzlich aus allen wichtigen Verwaltungsstellen vertreiben, deren Inhaber die Massen im Gehorsam gegen uns und unsere Gesellschaftsordnung erziehen sollen. Auf solche Stellen werden wir nur noch unsere zuverlässigen Anhänger berufen, die wir selbst für den höheren Verwaltungsdienst ausgebildet haben.

Auf den immerhin möglichen Einwand, daß die Versetzung der alten Beamten in den Ruhestand dem Staat allzu große Kosten verursachen wird, erwidere ich zweierlei: Erstens soll versucht werden, ihnen als Ersatz für das verlorene Amt vorläufig eine nichtöffentliche Tätigkeit zu erschließen. Zweitens werden wir über alles Geld der Welt verfügen, unsere Regierung braucht deshalb keine Ausgaben zu scheuen, wenn es sich um die Durchführung wichtiger Maßnahmen handelt, die uns dem Hauptziel näherbringen.

Schein altväterlicher Sorge

Wir werden eine unbedingt selbstherrliche Gewalt ausüben, die in allen ihren Äußerungen eine strenge Folgerichtigkeit aufweisen soll. Darum wird unser erhabener Wille in jedem einzelnen Fall geachtet und unweigerlich durchgeführt werden. Über jedes Murren, jede Unzufriedenheit können wir uns ruhig hinwegsetzen; wer sich aber zu Handlungen gegen uns hinreißen läßt, den soll die Strenge des Gesetzes treffen.

Wir werden das Berufsrecht aufheben, um es ausschließlich unserem Herrscher vorzubehalten, da beim Volk nicht die Meinung aufkommen darf, daß die von uns bestellten Richter falsche oder unrichtige Urteile fällen können. Sollte derartiges vorkommen, so werden wir selbst das Urteil aufheben, gleichzeitig aber den Richter für die Verletzung seiner Amtspflichten so hart bestrafen, daß der Fall sich nicht wiederholen dürfte. Ich wiederhole, daß wir jeden Schritt unserer Beamten überwachen werden, damit das Volk mit unserer Verwaltung zufrieden ist; es hat ja schließlich das Recht, von einer guten Verwaltung auch gute Beamte zu verlangen.

Unsere Regierung wird in der Person unseres künftigen Weltherrschers den Schein altväterlicher Sorge um das Wohl und Wehe unserer Untertanen annehmen. Unser Volk und unsere Untertanen werden in ihm einen Vater sehen, der sich um alles kümmert, über alles unterrichtet ist, jede Notlage zu verbessern sucht und die Beziehungen der Untertanen zueinander und zu ihm selbst, dem höchsten Herrscher, mit liebevoller Sorge überwacht.

Dann werden sie von dem Gedanken durchdrungen sein, daß sie ohne die väterliche Obhut und Sorge nicht auskommen können, wenn sie in Ruhe und Frieden selbst leben wollen; sie werden die unumschränkte Gewalt unseres Selbstherrschers anerkennen und mit einer Verehrung zu ihm aufblicken, die an Vergötterung grenzt; besonders, wenn sie merken, daß unsere Beamten ihre Gewalt nicht mißbrauchen können, sondern blindlings seinen Befehlen gehor-

chen müssen. Sie werden froh sein, daß wir ihr Leben so geregelt haben, wie es kluge Eltern tun, die ihre Kinder zu Pflicht und Gehorsam erziehen.

Bleiben doch die Völker und ihre Regierungen gegenüber den Geheimnissen unserer Staatskunst ewig in der Rolle unmündiger Kinder. Wie Sie sehen, meine Herren, begründe ich unsere unumschränkte Gewalt auf Recht und Pflicht. Dieses Recht, die Erfüllung der Pflicht zu erzwingen, ist eine Hauptaufgabe der Regierung, die ihren Untertanen gegenüber diese Stellung einnimmt, wie der Vater gegenüber seinen Kindern.

Ihr wurde das Recht des Stärkeren verliehen, damit sie die Menschheit zu ihrem eigenen Besten dem von der Natur gewollten Zustand der gegenseitigen Unterordnung zuführe. Alles in der Welt ist von irgend etwas abhängig: wenn nicht von den Menschen, so doch von den Umständen oder den eigenen Trieben, auf jeden Fall aber vom Stärkeren. So wollen wir denn zum Wohl des Ganzen die Stärkeren sein.

Vorsicht bei der Ernennung von Hochschullehrern

Wir sind verpflichtet, einzelne Persönlichkeiten, die die festgesetzte Weltordnung stören, unbedenklich zu opfern. In der vorbildlichen Bestrafung des Bösen liegt eine große erzieherische Aufgabe, die wir unbedingt erfüllen müssen.

Wenn der König der Illuminati auf sein geheiligttes Haupt die Krone setzen wird, die Europa ihm anbieten muß, dann wird er der Stammvater, der Patriarch der ganzen Welt sein. Das wird natürlich Opfer kosten, aber ihre Zahl wird niemals an die schweren Blutopfer heranreichen, die Großmannssucht und Wettbewerb unter den nichteingeweihten Regierungen den Menschen im Laufe vieler Jahrhunderte auferlegt haben.

Unser König wird in ständiger Berührung mit dem Volk stehen. Er wird vor dasselbe hintreten und ihm Reden halten, deren Ruhm sich blitzschnell von Mund zu Mund über die ganze Welt ausbreiten soll.

Da wir jeden Zusammenschluß ... außer den unsrigen zerstören wollen, so müssen wir vor allem die Hochschulen, diese erste Stufe des Zusammenschlusses unmöglich machen, indem wir ihnen neue Richtlinien anweisen. Die Verwaltung und die Professoren werden nach ausführlichen, geheimen Vorschriften für ihre Tätigkeit vorbereitet werden, von denen sie bei Strafe nicht abweichen dürfen. Bei der Ernennung der Hochschullehrer werden wir die größte Vorsicht walten lassen, wir werden sie in völliger Abhängigkeit von der Regierung halten.

Aus dem Lehrplan werden wir das Staatsrecht und überhaupt alles, was staatsrechtliche Fragen betrifft, ausschließen. Diese Fächer sollen nur von einem kleinen Kreis besonders befähigter Personen gelehrt werden, die wir aus der Zahl der Eingeweihten aussuchen werden. Die Hochschulen sollen nicht Gelbschnäbel entlassen, die eine Verfassung wie ein Trauer- oder Lustspiel zusammenbrauen, und die sich mit Fragen der Staatskunst beschäftigen, von denen schon ihre Väter nichts verstanden.

Die oberflächliche Beschäftigung eines großen Zuhörerkreises mit politischen Fragen kann nur Erbauer von Luftschlössern und schlechte Untertanen erzielen. Die schlimmen Folgen erkennt man an den Nicht-Eingeweihten, die in dieser Richtung erzogen werden. Wir mußten diesen Keim des Umsturzes in ihre Erziehung hineinbringen, und wir haben damit glänzende Erfolge erzielt. Sobald wir aber zur Herrschaft gelangt sind, werden wir aus dem Lehrplan alles streichen, was irgendwie zersetzend wirken kann, und werden die Jugend zu gehorsamen Kindern der Obrigkeit erziehen, die die Regierenden als Bürgschaft und Hoffnung auf Frieden und Ruhe lieben.

Alle Tatsachen der Geschichte streichen

An Stelle des Humanismus und der Erlernung der alten Geschichte, die weit mehr schlechte als gute Beispiele bietet, werden wir die Beschäftigung mit den Richtlinien der Zukunft in den Vordergrund rücken. Wir werden aus dem Gedächtnis der Menschheit alle Tatsachen der Geschichte streichen, die uns unbequem sind, und nur diejenigen übrig lassen, bei denen die Feh-

ler der nichtilluminierten Regierungen besonders hervortreten.

Die Fragen des täglichen Lebens, der gesellschaftlichen Ordnungen, der Beziehungen der Völker untereinander, die Bekämpfung übler Selbstsucht, die die Wurzel vieler Übel ist, und ähnliche Fragen der Erziehung werden an der Spitze unseres Erziehungsplanes stehen. Dieser Plan wird für jeden Beruf verschieden sein, weil der Unterricht auf keinen Fall verallgemeinert werden soll. Diese Regelung des Unterrichtswesens ist von besonderer Wichtigkeit.

Jeder Stand muß entsprechend seiner Bedeutung und Berufsarbeit eine streng abgeschlossene Erziehung und Bildung erhalten. Hervorragend begabte Menschen haben es immer verstanden und werden es auch in Zukunft verstehen, sich in einen höheren Stand oder Beruf emporzuschwingen, es ist aber Torheit, wegen dieser vereinzelter Ausnahmen die höheren Berufe mit minderbegabten Personen überschwemmen zu lassen, und denjenigen die Plätze fortzunehmen, die nach Geburt und Bildung darauf Anspruch haben. Sie wissen selbst, welche schlimmen Folgen diese himmelschreiende Sinnlosigkeit für die Nicht-Eingeweihten gehabt hat.

Damit der Weltherrscher sich die Herzen und Sinne seiner Untertanen erobert, müssen wir während seiner Tätigkeit in den Schulen wie in der Öffentlichkeit sowohl über seine Bedeutung und Leistungen wie über seine Wohltaten predigen.

Wir werden jede Lehrfreiheit beseitigen. Die Schüler sollen das Recht haben, sich mit ihren Verwandten in den Schulen, wie in Vereinshäusern, zu versammeln. Während dieser Versammlungen, die zweckmäßig an den Feiertagen stattfinden, werden die Lehrer scheinbar freie Vorlesungen halten über die Gesetze von den Folgen des Beispieles, über die Störungen, die aus unbewußten Beziehungen entstehen und schließlich über die Philosophie der neuen Lehre, die in der Welt noch nicht verkündet war.

Allmählich werden die Vorlesungen auf ihren eigentlichen Gegenstand, die großen, der Menschheit bisher noch nicht enthüllten Lehren der neuen Zeit übergehen. Diese Lehren werden wir zu Glaubenssätzen erheben, die die Übergangsstufen zu unserer Religion bilden sollen. Nach Beendigung meiner Ausführungen über unsere Richtlinien für Gegenwart und Zukunft werde ich Ihnen die Begründung dieser Glaubenssätze vorlesen.

Verhinderung einer selbständigen Meinung

Eine jahrhundertelange Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Menschen sich in ihren Handlungen von gewissen Grundsätzen und Gedanken leiten lassen, die ihnen durch die Erziehung vermittelt werden. Wir haben ferner erkannt, daß diese Erziehung sich auf alle Altersstufen ausdehnen läßt, wenn man es nur versteht, bei jedem Alter das entsprechende Verfahren anzuwenden. Aus dieser reichen Lebenserfahrung heraus wird es uns sicher gelingen, auch das letzte Aufflackern einer selbständigen Meinung zu ersticken, nachdem wir schon lange die öffentliche Meinung in der für uns nötigen Richtung erzogen haben.

Die Knechtung des Denkvermögens kommt bei dem sogenannten Anschauungsunterricht schon zur Anwendung. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die Nicht-Eingeweihten in eine Herde denkfauler, gehorsamer Tiere zu verwandeln, die eine Sache erst verstehen können, wenn man sie ihnen im Bild vorführt. In Frankreich hat einer unserer besten Vertrauensmänner, Bourgeois, sich schon nachdrücklichst für den Anschauungsunterricht verwandt, auf dem er einen ganz neuen Lehrplan aufbauen will.

Der Beruf der Rechtsanwälte schafft kaltherzige, grausame, hartnäckige Menschen, die keine Grundsätze haben. Sie stellen sich in allen Fragen auf einen unpersönlichen, rein geschäftsmäßigen Standpunkt. Sie haben gelernt, alles dem Vorteil der Verteidigung unterzuordnen, statt zu bedenken, welcher Einfluß ihre Verteidigung auf das öffentliche Wohl ausübt. Sie weisen in der Regel keinen Auftrag ab, streben um jeden Preis eine Freisprechung an und kämpfen mit kleinen Winkelzügen der Rechtswissenschaft. Damit untergraben sie das Ansehen der Gerichtshöfe.

Wir werden der Tätigkeit der Rechtsanwälte die engsten Schranken ziehen: sie sollen nur

noch ausführende Beamte des Staates sein. Die Rechtsanwälte sollen den Richtern gleichgestellt werden, indem sie das Recht verlieren, mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Sie sollen ihre Aufträge nur vom Gericht erhalten, sollen sie nach Schriftsätzen und Urkunden bearbeiten und sollen schließlich ihre Rechtsmündel nach den Ergebnissen verteidigen, die beim Verhör vor Gericht festgestellt wurden.

Die Anwälte werden ihre Gebühren ohne Rücksicht auf den Erfolg ihrer Verteidigung erhalten. Auf diese Weise üben sie ihre Tätigkeit lediglich als gesetzliche Vertreter des Gerichts und als Gegengewicht zum Staatsanwalt aus, der die Anklage vertritt. Auf diese Weise wird das Gerichtsverfahren abgekürzt und eine ehrliche, selbstlose Verteidigung geführt, die auf Überzeugung und nicht auf der Jagd nach Gelderwerb beruht. Damit wird auch die gegenwärtig übliche Bestechung der Gegenanwälte aufhören, wobei die Seite bisher gewann, die am meisten bezahlte.

Hundert Hände halten die Federn der sozialen Maschine

Die Gewissensfreiheit ist jetzt überall öffentlich anerkannt. Wir folgern daraus, daß uns nur noch Jahre von dem Zeitpunkt trennen, wo die christliche Weltanschauung vollständig zusammenstürzen wird; mit den anderen Glaubenslehren werden wir noch schneller fertig werden. Doch ist es verfrüht, davon jetzt zu sprechen. Sind wir erst zur Herrschaft gelangt, so werden wir die nichteingeweihte Geistlichkeit derart einschnüren, daß ihr Einfluß im umgekehrten Verhältnis zu ihrer früheren Macht stehen wird.

Wenn die Zeit reif ist, die Macht des Papstes endgültig zu zerstören, wird der Finger einer unsichtbaren Hand die Völker auf den päpstlichen Hof hinweisen. Wenn sie dahin stürzen, wollen wir als angebliche Beschützer des Papstes auftreten und ein größeres Blutvergießen verhindern. Durch diesen Kunstgriff werden wir in seine innersten Gemächer gelangen und diese nicht eher verlassen, bis wir die Macht des Papsttums völlig untergraben haben.

Der König der Illuminati wird der wahre Papst und Patriarch der Weltkirche der Eingeweihten sein. So lange wir jedoch die Jugend noch in den Grundsätzen der Übergangsstufe erziehen müssen, die erst allmählich in unseren Glauben einmünden soll, können wir die bestehenden nichteingeweihten Glaubensbekenntnisse nicht offen bekämpfen, wir werden dagegen scharfe Kritik üben und dadurch die Zersetzung herbeiführen.

Unsere heutige Presse hat die Aufgabe, die Unfähigkeit der Nicht-Eingeweihten auf allen Gebieten des staatlichen und religiösen Lebens zu erweisen; sie wird das in den gewissenlosesten Ausdrücken tun, um sie so weit herabzusetzen, wie das nur unsere schlaunen Insider verstehen.

Unsere Herrschaft wird an den Gott Wischnu erinnern, der von ihr versinnbildlicht wird: Hundert Hände halten die Federn der sozialen Maschine. Wir werden alles ohne Hilfe der beamteten Polizei erfahren; denn diese haben wir für die Nicht-Eingeweihten eingerichtet und deshalb rechtlich so gestellt, daß sie die Regierungen am Sehen hindert.

Nach unseren Richtlinien wird ein Drittel unserer Untertanen aus Pflichtgefühl nach dem Grundsatz freiwilligen Staatsdienstes die übrigen zwei Drittel überwachen. Es wird dann nicht mehr schimpflich sein und ehrenrührig, sondern im Gegenteil höchst lobenswert sein, dem Staat Späher- und Angeberdienste zu leisten. Falsche Beschuldigungen sollen jedoch streng bestraft werden, damit kein Mißbrauch mit der Einrichtung getrieben wird.

Spitzeldienste als Ehrenpflicht

Unsere Helfershelfer werden den höchsten und niedrigsten Gesellschaftsschichten angehören: vergnügungssüchtige Verwaltungsbeamte, Verleger, Druckereibesitzer, Buchhändler, Kaufleute, Arbeiter, Dienstboten und viele andere Personen werden sich unter ihnen befinden.

Diese recht- und machtlose Polizei darf keinerlei Amtshandlungen vornehmen, die sich auf die Vollstreckung irgendwelcher Befehle beziehen. Sie soll ausschließlich zu Späher- und Angeberdiensten benutzt werden, die die volle Verantwortung tragen, wenn sie daraufhin irgendwelche Verhaftungen anordnen.

Die eigentliche Vollzugsgewalt wird der Gendarmerie und der städtischen Polizei übertragen. Wer nachweislich eine wichtige Aussage auf politischem Gebiet unterläßt, wird wegen geistiger Hehlerei zur Verantwortung gezogen.

Wie unsere Glaubensbrüder schon jetzt verpflichtet sind, ihrer Gemeinde jeden Verstoß gegen die Glaubens- und Sittenvorschriften und jeden Abfall von der gemeinsamen Sache der Erleuchteten anzuzeigen, so wird es in unserem künftigen Weltreich als Ehrenpflicht aller treuen Untertanen gelten, die Pflicht des Staatsdienstes auf diesem Gebiet auszuüben.

Mit Hilfe dieses Späher- und Angeberdienstes werden wir den Mißbrauch der Amtsgewalt, die Bestechlichkeit, kurz alle diejenigen Mißstände beseitigen, die wir selbst absichtlich unter den Nicht-Illuminierten großgezogen haben. Das waren und sind die wirksamsten Mittel, um Unzufriedenheit und Aufruhr unter den nichteingeweihten Völkern zu erzeugen. Eines der wichtigsten Mittel bilden die Hüter der Ordnung, da ihnen die Möglichkeit geboten wird, bei der Ausübung ihrer zerstörenden Tätigkeit ihren bösen Neigungen: Willkür, Eigenmächtigkeit und vor allem ihrer Bestechlichkeit zu frönen.

Strenge Schutzmaßnahmen wirken wie ätzendes Gift auf das Ansehen jeder Regierung. Müssen wir zu solchen Maßnahmen greifen, so werden wir künstlich Unruhen hervorrufen und die Unzufriedenheit des Volkes durch gutgeschulte Redner aufstacheln lassen. Diese Redner werden massenhaften Zulauf haben, so daß der Schein von Aufruhr und Empörung vollkommen erreicht ist. Das wird uns den Vorwand bieten, um Hausdurchsuchungen vorzunehmen und mißliebige Personen durch unsere Vertrauensleute überwachen zu lassen, die wir unter die nicht von den Illuminaten kontrollierte Polizei gesteckt haben.

Da die meisten Umstürzler aus Liebe zu Abenteuererei und zur Prahlerei handeln, so werden wir sie so lange in Ruhe lassen, wie sie nicht zu verbrecherischen Taten übergehen. Um jedoch über alle Vorgänge unterrichtet zu sein, werden wir in alle Geheimbünde Spitzel hinzubringen wissen, die uns auf dem laufenden halten. Sie dürfen nicht vergessen, daß das Ansehen der Regierung schwindet, wenn sie allzu häufig Verschwörungen gegen sich entdeckt. Das kann zu dem Verdacht führen, daß sie ihre eigene Ohnmacht oder, noch schlimmer, ihre eigene Unrechtmäßigkeit eingesteht.

Sie wissen, daß wir das Ansehen der nichteingeweihten, gekrönten Häupter dadurch untergraben haben, daß wir durch unsere Helfer häufig Mordanschläge gegen sie ausführen ließen. Die Täter waren blinde Hammel der uns zur Verfügung stehenden Herde, die man leicht durch einige freisinnige Redewendungen zu Verbrechen verleiten kann, wenn man diesen einen Schein der Berechtigung gibt.

Wir werden die nichteingeweihten Regierungen noch zwingen, ihre eigene Ohnmacht dadurch einzugestehen, daß sie offene Schutzmaßnahmen für sich treffen. Dann ist ihr Ansehen endgültig dahin. Unser König wird in ganz unauffälliger Weise geschützt werden.

Wir dürfen nicht einmal den Gedanken aufkommen lassen, daß er nicht imstande sei, Umtriebe schnell zu beseitigen, und daß er sich vor ihnen verbergen müsse.

Wollten wir diesen Gedanken nach dem Beispiel der Nicht-Eingeweihten zulassen, so hätten wir, wenn nicht für den König selbst, so doch sicher für seine Nachkommen das Todesurteil unterschrieben.

Unsere Macht ist Ruhe und Ordnung

Unser König wird den Schein streng zu wahren wissen, daß er seine Macht nur zum Besten des Volkes und nicht zu seinem eigenen Vorteil oder zu Gunsten seiner Hausmacht ausnutzt. Darum wird seine Macht vom Volk geachtet und geschützt werden. Das Volk wird ihn vergöttern, weil es fest davon überzeugt sein wird, daß die Macht des Königs die Ruhe und Ordnung im Land und damit auch das Wohl jedes einzelnen Staatsbürgers verbürgt. Wer den König durch äußere Machtmittel schützen will, der erkennt die Schwäche des Königs an.

Unser König wird, sobald er sich in der Öffentlichkeit zeigt, immer von einer Menge schein-

bar neugieriger Männer und Frauen umgeben sein. Wie zufällig werden sie immer die ersten Reihen um ihn einnehmen und die Nachdrängenden scheinbar aus Liebe zur Ordnung von einer zu nahen Annäherung zurückhalten. Das gute Beispiel wird auch die anderen zur Ruhe und Besonnenheit mahnen.

Drängt sich jemand aus dem Volk vor, um dem König eine Botschaft abzugeben, so sind die ersten Reihen verpflichtet, sie in Empfang zu nehmen und vor den Augen des ganzen Volkes dem König zu überreichen. Dann werden alle wissen, daß die Bittschriften wirklich in die Hände des Königs gelangen und von ihm selbst geprüft werden. Das Ansehen der Macht läßt sich nur dann aufrechterhalten, wenn das Volk mit Überzeugung sprechen kann: "Wüßte der König davon" oder "Der König wird davon erfahren".

Mit der Einführung offener Schutzmaßnahmen geht der geheimnisvolle Ursprung des Ansehens der Macht verloren. Jeder, der über die nötige Frechheit verfügt, hält sich für berechtigt, sie vor aller Öffentlichkeit anzutasten. Der Umstürzler erkennt seine Macht und erspäht den günstigsten Augenblick für einen Mordanschlag. Den nicht Eingeweihten haben wir etwas anderes weisgemacht; jetzt können wir an ihrem Beispiel ersehen, welche schlimmen Folgen die offenen Schutzmaßnahmen für sie gehabt haben.

So wenig wir es dulden werden, daß die Masse sich mit staatsrechtlichen Fragen beschäftigt, so sehr werden wir es dennoch begrüßen, wenn das Volk der Regierung allerhand Eingaben und Vorschläge macht, die eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage bezwecken. Auf diese Weise kommen uns möglicherweise wirkliche Mißstände zu Ohren, deren Abänderung uns selbst erwünscht sein muß. Handelt es sich aber um bloße Hirngespinnste, so werden wir sie sachlich widerlegen und die Kurzsichtigkeit des Antragstellers einwandfrei beweisen.

Die Möpfe werden das Bellen lassen

Für eine Regierung, die sich nicht nur auf die Polizei verläßt, sondern die Wurzeln ihrer Kraft im Volk selbst verankert hat, sind Unruhen und Aufstände nichts anderes, wie das Bellen des Mopses vor dem Elefanten. Der Mops bellt den Elefanten an, weil er seine Größe und Kraft verkennt. Es genügt, die verschiedenartige Bedeutung beider an einem lehrreichen Beispiel zu erweisen, und die Möpfe werden das Bellen lassen und mit dem Schweife wedeln, sobald sie den Elefanten erblicken.

Um dem politischen Verbrecher den Schein des Helden zu nehmen, der sich für andere aufopfert, werden wir ihn auf dieselbe Bank mit gewöhnlichen Dieben, Mördern und anderen gemeinen Verbrechern setzen. Dann wird die öffentliche Meinung beide Arten von Verbrechen in einen Topf werfen und den politischen Verbrecher mit derselben Verachtung strafen, die sie vor dem gemeinen Verbrecher schon jetzt empfindet.

Wir haben uns erfolgreich darum bemüht, die nicht Illuminierten von solchem Vorgehen gegen politische Verbrecher abzuhalten. Wir haben das angebliche Heldentum solcher Umstürzler in Zeitungsaufsätzen und öffentlichen Reden wie auch unmittelbar, in klug zusammen gestellten Lehrbüchern der Geschichte, verherrlicht, weil sie sich für das, wie wir sagen, allgemeine Wohl aufopfert. Auf diese Weise gelang es uns, dem Freisinn zahlreiche Anhänger zuzuführen und Tausende von Nichterleuchteten in die Reihe der uns auf Leben und Tod ergebenden Hammelherde einzustellen.

Geld- und Steuerwirtschaft

Die heutige Sitzung betrifft unsere Grundsätze auf dem Gebiet der Geld- und Steuerwirtschaft. Ich habe diese außerordentlich schwierigen Fragen absichtlich am Schluß meines Vertrages gesetzt, weil sie den Kern unseres ganzen Planes bilden und über sein Gelingen entscheiden. Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, bitte ich Sie, sich dessen zu erinnern, was ich schon früher angedeutet habe: Wir sind des Erfolges unserer Sache ganz sicher, weil wir nahezu alle Geldmittel besitzen.

Sobald wir zur Herrschaft gelangt sind, wird unsere selbstherrliche Regierung es vermeiden,

die Massen des Volkes allzu fühlbar mit Steuern zu belasten, da wir dem Volk gegenüber stets den Schein eines väterlichen Beraters und Beschützers wahren müssen. Freilich kostet die Staatsverwaltung viel Geld, das irgendwie beschafft werden muß. Es ist daher von besonderer Wichtigkeit, ein Verfahren ausfindig zu machen, das die Steuern möglichst nach der Leistungsfähigkeit verteilt.

Unsere Gesetze sollen von der Annahme ausgehen, daß dem König alles gehört, was sich innerhalb des Staatsgebietes befindet. Unsere Regierung wird daher in der Lage sein, jede Art von Besitz zu treffen. Nötigenfalls kann sie sogar alle Umlaufmittel einziehen, um eine neue Verteilung derselben vorzunehmen. Der beste Weg zur Deckung des Staatsbedarfs ist eine stufenweise ansteigende Besitzsteuer.

Bei einer solchen Regelung können die Steuern in einem der Größe des Vermögens entsprechenden Hundertteil bezahlt werden. Der Besitzer ist imstande die Steuer zu tragen, ohne sich Einschränkungen aufzuerlegen oder gar seine wirtschaftliche Lage zu gefährden.

Die Reichen müssen einsehen, daß sie verpflichtet sind, einen Teil ihres Überflusses dem Staat zur Verfügung zu stellen, weil der Staat ihnen den ungefährdeten Besitz ihres sonstigen Vermögens und das Recht des ehrlichen Erwerbs verbürgt. Ich sage ausdrücklich des ehrlichen Erwerbs; denn die Überwachung der Vermögensbildung wird den Raub unter dem Schein des Rechtes verhindern.

Alle großen Vermögen in unserer Hand

Die Besteuerung der Armen ruft dagegen Unzufriedenheit und Empörung hervor; sie schädigt den Staat; denn er verliert in der Jagd nach ein paar Pfennigen das Vertrauen und die Zuneigung der Volksmassen. Unabhängig davon trägt die Vermögensteuer dazu bei, das Wachstum von Vermögen in der Hand einzelner Personen zu verringern.

Augenblicklich haben wir fast alle großen Vermögen in unseren Händen vereinigt, um gegenüber der großen Macht der noch nicht von Illuminaten beherrschten Staaten ein Gegengewicht auf dem wichtigsten Gebiet der staatlichen Geldwirtschaft zu haben.

Eine Steuer, die mit der Größe der Vermögen ansteigt, wird weit höhere Erträge liefern als die noch übliche Kopf- oder Grundsteuer, die uns nur nützt, um Unzufriedenheit und Unruhen unter den nicht Erleuchteten hervorzurufen.

Die Macht, auf die unser König sich stützen kann, besteht im Gleichgewicht und in der Friedensbürgschaft, deretwegen es nötig ist, daß die Besitzenden dem Staat einen Teil ihrer Einnahme überlassen, um den Gang der Staatsmaschine zu sichern.

Der Geldbedarf des Staates soll von denjenigen getragen werden, die im Überfluß leben und von denen etwas zu holen ist.

Solche Verteilung der Steuerlasten wird den Neid der Armen gegen den Reichen beseitigen, weil er sieht, daß die Besitzenden fast die gesamten Staatslasten tragen und dadurch Frieden und Wohlfahrt fördern. Wenn die besitzlosen Klassen sehen, daß fast die gesamten Staatslasten von den Besitzenden getragen werden, die dadurch die Aufrechterhaltung geordneter Zustände ermöglichen und jedem einzelnen einen Dienst erweisen, so werden sie ihnen die Daseinsberechtigung nicht aberkennen.

Damit die Steuerzahler aus den gebildeten Kreisen über die neuen Steuerlasten nicht allzusehr klagen, werden wir ihnen genaue Rechenschaft über die Verwendung der Staatsgelder ablegen. Ausgenommen sind dagegen natürlich diejenigen Summen, die wir für unseren König und für unsere Verwaltungsämter brauchen werden.

Unser König wird kein eigenes Vermögen haben, da grundsätzlich alles, was sich im Staat befindet, ihm gehören soll; sonst entstünden Widersprüche. Das Vorhandensein eines eigenen Vermögens würde den rechtlichen Anspruch auf das gesamte Volksvermögen beseitigen.

Von der königlichen Familie wird' nur der Thronfolger auf Staatskosten unterhalten werden. Alle übrigen müssen entweder in den Staatsdienst treten oder einen anderen Beruf ergreifen.

Das Blut der königlichen Familie gibt kein Anrecht auf eine Beraubung der Staatskasse.

Das Geld ist für den Umlauf bestimmt

Jeder Kauf, jede Bescheinigung über empfangene Geldsummen und jede Erbschaft werden mit einer stufenweise ansteigenden Stempelsteuer belegt werden. Wer es unterläßt, eine namentliche Übertragung des Eigentumsrechts an Geld oder sonstigen Werten auf diese Weise anzuzeigen, wird mit einer besonderen Strafe belegt, die in einem bestimmten Satz vom Hundert der entzogenen Summe für die Zeit von der Eigentumsübertragung bis zur Entdeckung der Steuerhinterziehung berechnet wird.

Für diese namentlichen Übertragungen des Eigentumsrechts werden besondere Geschäftsbücher eingeführt werden, die Namen und Wohnung des alten und neuen Besitzers angeben müssen und der örtlichen Steuerbehörde allwöchentlich vorzulegen sind. Selbstverständlich wird die Feststellung des Käufers erst von einer bestimmten Kaufsumme ab verlangt werden. Die gewöhnlichen Kaufgeschäfte in Gegenständen des täglichen Bedarfs werden nur einer Stempelsteuer in einem festen Satz vom Hundert unterliegen.

Berechnen Sie, um wie vielmal die Erträge solcher Steuern die Einnahmen der nicht von Illuminaten beherrschten Staaten übertreffen werden. Die Staatskasse muß immer einen bestimmten Bestand an Rücklagen enthalten.

Alles, was über diesen Bestand hinaus geht, wird wieder in Umlauf gesetzt. Wir werden für diese überschüssigen Summen öffentliche Arbeiten ausführen lassen. Die Tatsache, daß der Staat von sich aus solche Arbeiten unternimmt, wird ihm und den Herrschenden das Zutrauen der Arbeiterklasse eintragen. Aus den genannten Summen werden wir auch Preise für Entdeckungen und besondere Leistungen auf dem Gebiet des Gewerbefleißes zahlen.

Außer den genau bestimmten und weitsichtig berechneten Summen sollte kein Pfennig unnütz in der Staatskasse zurück gehalten werden. Das Geld ist für den Umlauf bestimmt; jede Stokung des Geldverkehrs kann den Staat empfindlich schädigen. Das Geld ist das Öl der Staatsmaschine; bleibt die Ölung aus, so muß die Maschine still stehen.

Der Ersatz eines Teils der Umlaufmittel durch festverzinsliche Wertpapiere hat solche Stokung des Geldverkehrs verursacht. Die Folgen dieses Umstandes sind zur Genüge bekannt. Wir werden einen Rechnungshof gründen, in welchem der Herrscher jederzeit eine vollständige Übersicht der Einnahmen und Ausgaben des Staats finden wird. Ausgenommen soll nur der laufende Monat sein, für den ein Abschluß noch nicht vorliegen kann, und der vorhergehende Monat, für den die Abrechnungen noch nicht vollständig eingelaufen sein dürften.

Die einzige Persönlichkeit, die keinen Vorteil von der Beraubung der Staatskassen haben wird, ist das Staatsoberhaupt selbst, dem grundsätzlich alles gehören soll. Darum wird gerade seine persönliche Überwachung der Rechnungslegung die Möglichkeit einer Unterschlagung oder Vergeudung von Staatsmitteln ausschließen.

Abhängigkeit durch Zinsverpflichtungen

Der höfische Brauch legt dem Herrscher eine Unmenge von Empfangs- und Vertretungspflichten auf, bei denen kostbare Zeit verloren geht. Wir werden diese höfischen Verpflichtungen fast ganz beseitigen, damit der Herrscher genügend Zeit zur Erledigung seiner eigentlichen Aufgaben behält: die Überwachung der Staatsverwaltung und der Anregung und Erwägung neuer Maßnahmen. Dann wird der Herrscher nicht mehr von Günstlingen umgeben sein, die sich an ihn bloß herandrängen, um am Glanz und Prunk des Hofes teilzunehmen und eigene Vorteile zu verfolgen, für das Wohl des Staates aber nichts übrig haben.

Um die Nicht-Illuminierten zu schädigen, haben wir umfangreiche Krisen im Wirtschaftsleben hervorgerufen. Wir bedienten uns dabei des einfachen Mittels, alles erreichbare Geld aus dem Verkehr zu ziehen. Riesige Summen wurden in unseren Händen aufgespeichert, während die nicht von uns beherrschten Staaten mittellos da saßen und schließlich gezwungen waren, uns um Gewährung von Anleihen zu bitten.

Mit diesen Anleihen übernahmen die nichtilluminieren Staaten bedeutende Zinsverpflichtungen, die ihren Staatshaushalt wesentlich belasteten und sie schließlich in völlige Abhängigkeit von den großen Geldgebern brachten. Der Übergang der handwerksmäßigen und mittleren Betriebe zur Großindustrie sog alle gesunden Volkskräfte und schließlich auch die Staatskräfte auf.

Der Staat setzt heute so wenig Geld in Umlauf, daß es dem Bedarf nach der Kopfzahl nicht genügt und daher nicht allen Anforderungen der arbeitenden Klassen entspricht.

Die Ausgabe neuen Geldes muß mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt halten, wobei auch die Kinder mitzuzählen sind, da sie vom Tag ihrer Geburt an einen erheblichen Geldverkehr verursachen.

Die Neuordnung des Geldumlaufs ist eine wichtige Frage für die ganze Welt. Sie wissen, daß die Goldwährung ein Verderb für alle Staaten war, die sie angenommen haben. Sie konnte den großen Geldbedarf der Völker um so weniger befriedigen, als wir das Gold nach Möglichkeit aus dem Verkehr gezogen haben.

In unserem Staat muß eine Währung eingeführt werden, die sich auf den Kosten der Arbeitskraft aufbaut, mögen die Umlaufmittel nun aus Papier oder Holz bestehen. Wir werden den Geldbedarf aller Staatsbürger berechnen, indem wir die Umlaufmittel für jeden Neugeborenen vermehren und für jeden Toten vermindern. Jede Provinz und jeder Kreis muß die Berechnungen vornehmen.

Damit die geldlichen Verpflichtungen für Staatsbedürfnisse keinen Aufschub erleiden, werden die Summen und die Zeit ihrer Verausgabung durch einen Erlaß des Herrschers festgesetzt werden; auf diese Weise wird die Bevorzugung einer Behörde durch den Minister zum Schaden einer anderen beseitigt.

Äußere Anleihen sind wie ein Blutegel

Die Voranschläge der Staatseinnahmen und Ausgaben werden unmittelbar nebeneinander geführt werden, so daß eine Verdunklung des Staatshaushaltes durch ein Auseinanderreißen dieser zusammen gehörenden Teile künftig nicht stattfinden kann.

Wir müssen die Geldwirtschaft der nicht von den Illuminaten regierten Staaten von Grund aus umgestalten und dabei so vorgehen, daß niemand Ursache zu irgendwelchen Besorgnissen haben kann. Die Begründung der Neuerungen wird uns angesichts der völlig zerfahrenen Zustände, in die der Haushalt dieser Staaten geraten ist, sicher nicht schwerfallen. Wir werden vor allem auf das Hauptübel der staatlichen Geldwirtschaft aller nicht-illuminieren Staaten verweisen: Jedes Rechnungsjahr beginnen diese mit der Aufstellung eines ordentlichen Voranschlages, obgleich er von Jahr zu Jahr in erschreckendem Maß zunimmt.

Das hat natürlich seine besondere Ursache: der für das ganze Jahr geltende Voranschlag reicht gewöhnlich nur bis zur Mitte des Rechnungsjahres; dann wird der erste Nachtrag verlangt, der meist in einem Vierteljahr verausgabt ist; darauf folgt ein zweiter und dritter Nachtrag, und das ganze Verfahren endet mit einer Nachtragsforderung. Da der Voranschlag für das neue Rechnungsjahr immer nach der Gesamtabrechnung für das verflossene Rechnungsjahr aufgestellt wird, so kann man als Regel annehmen, daß er mindestens um 50 Prozent überschritten wird, und der Voranschlag wird erst nach zehn Jahren geregelt.

Infolge dieser Angewohnheit, die die nichtilluminieren Staaten leichtfertig einreißen ließen, sind ihre Kassen immer leer. Die dann folgende Zeit der Anleihe-Wirtschaft gab ihnen völlig den Rest. Heute sind alle nichtilluminieren Staaten derart verschuldet, daß man ruhig von einem allgemeinen Zusammenbruch ihrer Geldwirtschaft sprechen kann.

Sie werden es vollkommen verstehen, daß wir uns hüten werden, solche Wirtschaft, wie wir sie den Nicht-Illuminieren gelehrt haben, bei uns einzuführen. Jede Staatsanleihe liefert den deutlichen Beweis dafür, daß der betreffende Staat schlecht verwaltet wird und seine Hoheitsrechte nicht richtig anzuwenden weiß. Die Anleihen schweben wie ein Damoklesschwert über

dem Haupt der nichterleuchteten Herrscher; statt ihren Bedarf im Wege einer zeitweiligen Steuer bei ihren Untertanen zu decken, betteln sie mit flehend empor gehobenen Händen unsere illuminierten Geldgeber an.

Äußere Anleihen sind wie die Blutegel am Körper des Staates, die man nicht entfernen kann, bis sie von selbst abfallen, oder bis der Staat sich ihrer mit Gewalt entäußert. Dazu fehlt es den nichtilluminierten Staaten aber an der nötigen Kraft. Sie legen im Gegenteil immer mehr Blutegel an ihren siechen Körper an, so daß sie schließlich an der freiwillig hervorgerufenen Blutzirkulation zu Grunde gehen müssen.

Eine weltweite Schuldknechtschaft

Eine Staatsanleihe und noch dazu eine äußere ist in der Tat nichts anderes wie ein freiwilliges Abzapfen von Blut aus dem Staatskörper. Die Anleihe besteht aus Schuldverschreibungen des Staates, die ein Zinsversprechen enthalten. Der Zinsfuß schwankt je nach der Höhe der benötigten Geldsumme. Beträgt er 5 Prozent, so muß der Staat unnötig im Lauf von 20 Jahren in der Form von Zinsen die ganze entlehene Summe aufbringen; in 40 Jahren hat er allein an Zinsen die doppelte, in 60 Jahren die dreifache Schuldsumme bezahlt, haftet aber trotzdem für die ganze ursprüngliche Schuld.

Aus dieser Berechnung ergibt sich, daß der Staat bei der von jedem Kopf erhobenen Steuer die letzten Groschen der Armen unter den Steuerzahlern nimmt, um ausländische Reiche zu bezahlen, bei denen er Geld entliehen hat, statt die Groschen ohne Zinsen für seine Bedürfnisse zu sammeln.

Solange die Anleihen sich auf das Inland beschränkten, ließen die Nicht-Illuminierten mit ihrer Anleihewirtschaft das Geld aus den Taschen der Armen in die Taschen der Reichen fließen. Nachdem wir jedoch die maßgebenden Persönlichkeiten bestochen hatten, um die Aufnahme auswärtiger Anleihen durchzusetzen, flößen alle staatlichen Reichtümer unfehlbar in unsere Taschen. Seitdem sind uns alle Nicht-Illuminierten zins- und abgabepflichtig geworden.

Leichtsinn und Kurzsichtigkeit der nichtilluminierten Herrscher in allen Fragen der staatlichen Geld- und Steuerwirtschaft, Käuflichkeit und Unfähigkeit der höchsten Staatsbeamten haben alle nicht erleuchteten Staaten uns gegenüber in eine derartige Schuldknechtschaft gestürzt, daß sie sich niemals davon befreien können. Sie dürfen aber nicht vergessen, welche Mühe und Geldopfer uns das gekostet hat.

Wir werden daher keine Stockung des Geldverkehrs dulden und darum alle langfristigen festverzinslichen Staatsanleihen abschaffen. Die einzig zulässige Form der Staatsanleihen werden kurzfristige mit ein Prozent verzinsliche Schuldverschreibungen des Schatzamtes sein. Eine so geringfügige Verzinsung wird die staatlichen Kräfte nicht mehr den Blutsaugern, das heißt den großen Geldgebern, ausliefern.

Das Recht der Ausgabe langfristiger, festverzinslicher Schuldverschreibungen werden wir ausschließlich den großen gewerblichen Unternehmen gewähren. Diese können die Zinsen mit Leichtigkeit aus den Gewinnen bezahlen. Der Staat erzielt dagegen mit dem entliehenen Geld in der Regel keine Gewinne, weil er es für notwendige Ausgaben und nicht zur Erzeugung wirtschaftlicher Güter verwendet.

Beseitigung des Schmarotzertums

Unter unserer Herrschaft wird der Staat auch Industripapiere kaufen. Damit nimmt er an ihren Gewinnen teil, während er früher von der Last seiner Schuldverpflichtungen nahezu erdrückt wurde. Diese Maßregel wird die Stockungen des Geldverkehrs, das Schmarotzertum und die Faulheit des Rentnertums beseitigen. Solche Mißstände waren für uns nützlich, solange die Nicht-Illuminierten am Ruder waren; unter unserer Herrschaft können wir sie nicht länger dulden.

Gibt es einen besseren Beweis für die völlige Unfähigkeit des rein tierischen Verstandes der

Nicht-Erleuchteten als die Tatsache, daß sie bei uns Anleihen gegen hohe Zinsverpflichtungen aufgenommen haben, ohne zu bedenken, daß sie die gleichen Summen mit hohem Zinsaufschlag schließlich zurück vergüten müssen? Wäre es nicht wesentlich einfacher gewesen, die nötigen Summen gleich von ihren eigenen Untertanen zu nehmen und die Zinsen zu sparen?

Darin zeigt sich eben die hervorragende Geistesschärfe unserer erwählten Leitung; wir haben es verstanden, den Nicht-Eingeweihten die Frage der Staatsanleihen in einem solchen Licht darzustellen, daß sie in der Aufnahme derselben sogar Vorteile für sich zu sehen glaubten.

Wenn die Zeit gekommen sein wird, in der wir selbst die Voranschläge für den Staatshaushalt machen, dann können wir uns auf eine jahrhundertelange Erfahrung stützen, die wir bei den nichteingeweihten Staaten gesammelt haben. Unsere Vorschläge werden klar und bestimmt sein und die Vorteile unserer Neuerungen außer Zweifel stellen. Sie werden die Mißstände beseitigen, mit deren Hilfe wir die Nicht-Illuminierten beherrscht haben, die wir jedoch in unserem Königreich nicht dulden können.

Das Abrechnung- und Prüfungsverfahren wollen wir derart ausbauen, daß weder der Herrscher, noch der geringste Beamte imstande sein werden, den kleinsten Betrag aus der Staatskasse für andere Zwecke zu verwenden oder in andere Kanäle zu leiten, als wir in unserem Haushaltsplan vorgesehen hatten. Man kann nicht ohne jeden festen Plan regieren. Selbst Helden gehen unter solchen Umständen zu Grunde.

Die nichteingeweihten Herrscher haben wir absichtlich von einer eingehenden Beschäftigung mit der Staatsverwaltung durch höfische Empfangs- und Vertretungspflichten und glänzende Feste abzulenken gewußt. Sie waren nur der Deckmantel für unsere Herrschaft. Ihre Günstlinge, denen die eigentliche Staatsverwaltung oblag, verstanden auch nichts von der Sache. Sie ließen ihre Berichte von den Vertrauensmännern unserer Freimaurerlogen anfertigen.

Wir verstanden es, das leichtgläubige Gemüt der Nicht-Illuminierten in diesen Bericht mit Versprechungen auf künftige Ersparnisse und Verbesserungen einzufangen. Woraus sollten diese Ersparnisse erzielt werden? Etwa aus neuen Steuern? So hätte jeder fragen können, der unsere Abrechnungen und Entwürfe las. Von den Nicht-Eingeweihten verfiel aber niemand auf diese naheliegenden Einwände.

Sie wissen, wohin die Sorglosigkeit dieser Menschen geführt hat: trotz des bewunderungswerten Fleißes ihrer Völker stehen diese Staaten vor dem Zusammenbruch ihrer Geld- und Steuerwirtschaft.

Steuern reichen gerade für die Zinsen

Bisher haben wir die Käuflichkeit der höchsten Staatsbeamten und die Sorglosigkeit der Herrscher dazu benutzt, um den nichterleuchteten Regierungen Geld aufzudrängen, das sie nicht nötig hatten, und das sich verdoppelte, verdreifachte, ja manchmal vervielfachte.

Es ist ausgeschlossen, daß sich jemand uns gegenüber so etwas herausnehmen könnte. Ich werde mich daher in meinen weiteren Ausführungen auf die Einzelheiten der inneren Anleihen beschränken.

Wenn ein Staat eine innere Anleihe begeben will, so legt er in der Regel Zeichnungs-Listen auf seine Wechsel oder Schuldverschreibungen aus. Der Nennwert wird auf 100 bis 1.000 festgesetzt, damit sie der Allgemeinheit zugänglich sind. Den ersten Zeichnern wird meistens ein Nachlaß gewährt. Am Tag nach der öffentlichen Auslage wird der Preis künstlich gesteigert, weil angeblich eine übergroße Nachfrage herrscht. Nach einigen Tagen heißt es, die Kassen des Schatzamtes seien so überfüllt, daß das Geld gar nicht untergebracht werden könne. Weshalb wurde dann das Geld angenommen?

Es heißt, die Anleihe sei mehrfach überzeichnet worden. Darin liegt der große Erfolg: es hat sich gezeigt, welches Vertrauen zu den Schuldverschreibungen der Regierung besteht. Sobald das Anleihenspiel vorbei ist, steht der Staat vor der Tatsache einer empfindlichen Vermehrung seiner Staatsschuld. Um die Zinsen für diese Schuld aufzubringen, nimmt er seine Zuflucht

meist zu neuen Anleihen.

Dadurch wächst die Schuld- und Zinslast immer mehr. Hat der Staat das ihm entgegengebrachte Vertrauen bis zur Neige ausgenutzt, so muß er durch neue Steuern nicht etwa die Schuld, sondern nur die Zinsenlast decken. Diese Steuern sind aber lediglich Schulden, mit denen andere Schulden bezahlt werden.

In solcher Lage pflegt der Staat den Zinsfuß seiner Anleihen herabzusetzen. Damit ermäßigt er aber nur die Zinslast, nicht die Schuld. Außerdem kann solche Maßregel nur mit Einwilligung der Staatsgläubiger vorgenommen werden. Wer damit nicht einverstanden ist, dem muß der Staat den Nennwert seiner Anleihestücke zurückzahlen. Wollten alle Einspruch erheben und ihr Geld zurückverlangen, so hätten die Regierungen sich an ihrem eigenen Angelhaken gefangen; sie wären nicht imstande, die geforderten Summen zurückzuzahlen.

Da jedoch die meisten Untertanen der nichtilluminierten Staaten in Geldangelegenheiten zum Glück völlig unbewandert sind, so haben sie stets Kursverluste und Herabsetzungen des Zinses dem Wagnis einer neuen Anlage vorgezogen. Sie gaben dadurch ihren Regierungen die Möglichkeit, den jährlichen Schuldendienst wiederholt um mehrere Millionen zu entlasten.

Bei der heutigen Höhe der Staatsschulden, die vorwiegend durch äußere Anleihen entstanden sind, können die nichtilluminierten Regierungen solche Schritte nicht mehr wagen: sie wissen ganz genau, daß wir im Fall einer Herabsetzung des Zinses alles Geld zurückverlangen würden.

Die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit wird in allen Ländern den besten Beweis dafür liefern, daß zwischen den Regierungen und ihren Völkern eine tiefe Kluft besteht.

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit sowohl auf diese Tatsache wie auf die folgende: Alle inneren Anleihen wurden in schwebende Schulden umgewandelt, deren Zahlungsfristen näher oder ferner liegen. Diese Schulden bestehen aus Geldsummen, die in Staatsbanken oder Sparkassen hinterlegt sind. Wenn diese Gelder lange genug zur Verfügung der Regierung gestanden haben, verschwinden sie bei der Bezahlung der Zinsen für die äußeren Anleihen; dann werden an ihrer Stelle Regierungs-Schuldscheine hinterlegt. Mit solchen Rentenbriefen werden alle Fehlbeträge in den Staatskassen gedeckt.

Sobald wir die Weltherrschaft angetreten haben, werden solche Machenschaften auf dem Gebiet der Geldwirtschaft restlos verschwinden, weil sie nicht zu unserem Vorteil dienen. Wir werden auch die Wertpapier-Börsen beseitigen, da wir nicht zulassen können, daß die Achtung vor unserer Macht durch ein ständiges Schwanken unserer eigenen Staatspapiere erschüttert wird.

Wir werden ihnen einen gesetzlichen Zwangskurs, nämlich den Nennwert, verleihen und jede Ermäßigung oder Erhöhung desselben bestrafen. Auch die Erhöhung kann nicht geduldet werden, da sie den Keim zur späteren Herabsetzung legt. Hoher Stand der Wertpapiere gibt den Vorwand dafür, die Preise herabzudrücken, womit wir bei den Werten der Nicht-Eingeweihten begonnen haben.

Wir werden die Wertpapier-Börsen durch mächtige staatliche Kredit-Anstalten ersetzen, deren Aufgabe darin bestehen wird, die Industriepapiere entsprechend den Wünschen des Staates abzuschätzen und zu beleihen. Diese Anstalten werden imstande sein, an einem einzigen Tag für fünfhundert Millionen Industriepapiere auf den Markt zu werfen oder eben so viele aufzukaufen.

Auf diese Weise werden alle gewerblichen Unternehmungen von uns abhängig. Sie können sich vorstellen, welche ungeheure Macht unser Staat dadurch im Wirtschaftsleben gewinnt.

Wir sind die Wohltäter der Menschen

In unseren Händen befindet sich die größte Kraft der Gegenwart - das Gold. In zwei Tagen können wir es aus unseren geheimen Aufbewahrungsorten in beliebiger Menge heranschaffen. Brauche ich wirklich noch zu beweisen, daß unsere Herrschaft von Gott vorgesehen ist? Soll-

ten wir tatsächlich nicht imstande sein, mit Hilfe unseres Reichtums den Nachweis zu führen, daß alles Übel, das wir im Laufe vieler Jahrhunderte anstiften mußten, schließlich doch zur wahren Wohlfahrt und allseitigen Ordnung geführt hat?

Wir werden die Ordnung durchführen, wenn es dabei auch nicht ganz ohne Gewalttätigkeit abgeht. Wir werden beweisen, daß wir die Wohltäter der Menschen sind, die der zerrissenen Erde das wahre Glück und die Freiheit der Persönlichkeit wiedergegeben haben.

Jeder, der unsere Gesetze achtet, kann sich der Segnungen des Friedens und der Ordnung erfreuen. Gleichzeitig werden wir alle darüber aufklären, daß die Freiheit nicht in der schrankenlosen Willkür des einzelnen besteht, daß des Menschen Kraft und Würde niemals in der Verkündigung umstürzlerischer Grundsätze, wie zum Beispiel der Gewissensfreiheit, der allgemeinen Gleichheit, gesucht werden kann, daß die Freiheit der Persönlichkeit niemanden dazu berechtigt, sich und andere durch wilde Reden vor zusammengelaufenen Menschen in Aufruhr zu versetzen.

Die wahre Freiheit besteht in der Unantastbarkeit der Person, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie ehrlich und redlich alle Regeln des menschlichen Gemeinschaftslebens einhält. Die wahre Würde des Menschen besteht in der Erkenntnis seiner Rechte und der Grenzen dieses Rechts, nicht aber in Schwärmereien über das liebe Ich.

Unsere Macht muß herrlich werden, weil sie stark sein wird. Sie wird regieren und leiten, aber nicht hinter den Parteiführern und Rednern herlaufen, die mit törichten Worten, die sie ihre großen Grundsätze nennen, unerfüllbare Träumereien verkünden. Unsere Macht wird die Ordnung erhalten, worin überhaupt das ganze Glück der Menschen besteht.

Vor dem Strahlenkreuz unserer Macht wird das Volk auf die Knie sinken und in scheuer Ehrfurcht zu ihr aufblicken. Wahres Herrschertum begibt sich keines einzigen Rechts, nicht einmal des göttlichen. Niemand wird es wagen, ihm zu nahe zu treten und ihm auch nur um Haaresbreite die Machtfülle zu kürzen.

Fester Wille und unbeugsame Macht

Wir müssen die Völker zur Bescheidenheit erziehen, damit sie sich daran gewöhnen, uns zu gehorchen. Wir werden daher die gewerbliche Erzeugung von Prunkgegenständen möglichst einschränken. Damit dürften sich auch die Sitten verbessern, die gegenwärtig unter der Prunksucht und dem Streben einander durch einen möglichst großen Aufwand zu überbieten, stark gelitten haben.

Wir werden die Hausindustrie wieder herstellen und dadurch die Macht der Großindustrie erschüttern. Das ist schon deshalb notwendig, weil die Fabrikherren oft, vielleicht unbewußt, die Massen gegen die Regierung hetzen.

Der Heimarbeiter kennt keine Arbeitslosigkeit. Er ist darum mit der bestehenden Gesellschaftsordnung verwachsen und wünscht die Regierung nicht zu schwächen. Bei der jetzt vorherrschenden Großindustrie schwebt die Regierung in ständiger Gefahr einer überhand nehmenden Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden Unruhen.

Sobald die Macht in unsere Hände übergegangen ist, wird auch die Arbeitslosigkeit verschwinden. Die Trunksucht wird unter unserer Herrschaft gesetzlich verboten und streng bestraft werden. Sie ist ein Verbrechen gegen die Würde des Menschen, der sich unter dem Einfluß berauschender Getränke in ein wildes Tier verwandelt.

Ich wiederhole: die Masse gehorcht nur einer starken, von ihr völlig unabhängigen Macht, zu der sie mit blindem Vertrauen empor sehen kann, und von der sie Schutz und Schirm gegen die Schläge der sozialen Geißeln empfindet. Was nützt ihr die engelsgute Seele des Herrschers? Sie muß in ihm die Verkörperung eines festen Willens und einer unbeugsamen Macht erblicken.

Die nicht von Illuminaten beherrschten Regierungen können sich nur mühsam am Ruder behaupten. Sie sind von einer Gesellschaft umgeben, die wir so weit entsittlichten, daß sie jeden

Glauben an Gott verloren hat, und aus ihrer Mitte ständig die Flamme des Aufruhrs emporsteigen läßt. Der Weltherrscher, der die jetzt bestehenden Regierungen ablösen wird, muß zunächst dieses gewaltig um sich greifende Feuer löschen. Er hat darum die Pflicht, solche Gesellschaft zu beseitigen, selbst wenn er sie in ihrem eigenen Blut ersticken müßte, um sie in Gestalt eines richtig organisierten Heeres neu erstehen zu lassen, das bewußt jede den Staatskörper bedrohende Ansteckung bekämpft.

Der von Gott auserwählte Weltherrscher hat die Aufgabe, die sinnlosen Kräfte des Umsturzes zu brechen, die von tierischen Naturtrieben und nicht von menschlichem Verstand geleitet werden. Diese Kräfte feiern jetzt ihre Siege, indem sie unter dem Schein des Rechts und der Freiheit Raub und Gewalttaten ausüben. Sie haben jede Gesellschaftsordnung zerstört, um auf ihren Trümmern den Thron des Königs der Illuminati zu errichten. Ihre Aufgabe ist aber gelöst sobald der König der Illuminati die Herrschaft antritt. Dann müssen sie von seinem Weg hinweggefegt werden, damit dieser nicht das geringste Hindernis mehr bietet.

Dann werden wir den Völkern sagen können: Lobet alle Gott und beuget eure Knie vor dem Auserwählten Gottes, von dessen hehren Antlitz die Vorausbestimmung der Geschicke der Menschheit erstrahlt. Gott selbst gab ihm einen Leitfaden, damit niemand außer ihm uns von den genannten Geißeln der Menschheit erlösen könne.

Unsere Weisen kennen alle Geheimnisse Zum Schluß will ich Ihnen eine Vorstellung davon geben, mit welchen Mitteln wir die Herrschaft des Königs aus dem Hause David über die ganze Welt für alle Zeiten fest verankern wollen. In erster Linie werden wir uns desselben Mittels bedienen, das schon unseren Weisen von Zion die Leitung der Weltgeschichte verbürgt hat, nämlich der planmäßigen Erziehung der Menschheit in der von uns gewünschten Richtung.

Einige Glieder des Hauses David werden die Könige und ihre Nachfolger auf ihr Amt vorbereiten. Sie werden die Auswahl nicht auf der Grundlage des Erbrechtes, sondern nach den besonderen Fähigkeiten des einzelnen treffen. Die Auserwählten sollen in alle Geheimnisse der Staatskunst und der Verwaltung eingeweiht werden. Grundbedingung ist, daß niemand, außer ihnen, etwas von diesen Geheimnissen erfährt. Unter dieser Voraussetzung wird sich die Überzeugung Bahn brechen, daß die Regierung denjenigen anvertraut werden kann, die in die Staatskunst eingeweiht sind.

Nur diese Auserwählten sollen unsere Grundsätze verwirklichen. Jahrhundertelange Beobachtungen und Erfahrungen, die wir auf staatsrechtlichem und volkswirtschaftlichem Gebiet sammelten, werden ihnen dabei zur Verfügung stehen. Sie werden den Geist jener Gesetze einatmen, die die Natur selbst für die Beziehungen der Menschen zu einander erlassen hat.

Die unmittelbaren Abkömmlinge des Königs werden häufig von der Thronfolge ausgeschlossen werden, wenn sie während der Lehrzeit Leichtsinn, Weichlichkeit und sonstige Eigenschaften zeigen, die nicht nur die persönliche Unfähigkeit zur Regierung erweisen, sondern das Ansehen der Macht schwer schädigen.

Unsere Weisen werden die Zügel der Regierung nur denjenigen anvertrauen, die unbedingt befähigt sind, eine tatkräftige und feste Herrschaft zu verkörpern, selbst auf die Gefahr hin, daß diese in Grausamkeit ausartet.

Sobald der König an Willensschwäche erkrankt oder sonstige Anzeichen von Unfähigkeit an den Tag legt, wird er gesetzlich verpflichtet, die Zügel der Regierung in andere, tatkräftige Hände zu legen.

Niemand wagt Widerspruch zu erheben

Im König, der sich selbst und die Menschheit mit unerschütterlicher Willenskraft leitet, werden alle die Verkörperung des Schicksals mit seinen unbekannten Pfaden sehen. Niemand wird wissen, welche Ziele der König mit seinen Erlassen verfolgt. Darum wird auch niemand wagen, Widerspruch zu erheben und sich ihm in den Weg zu stellen.

Selbstverständlich muß die geistige Höhe der Könige den großen Zielen entsprechen, zu deren

Verwirklichung sie berufen sind. Darum wird kein König den Thron besteigen, bevor unsere Weisen seine geistigen Fähigkeiten erprobt haben.

Damit das Volk seinen König kennt und liebt, muß sich dieser dem Volk häufig zeigen und auf den öffentlichen Plätzen mit ihm reden. Das muß zur notwendigen Verbindung beider Kräfte führen, die wir jetzt durch die Schreckensherrschaft, den Terror, getrennt haben. Bisher brauchen wir diesen Terror, um die getrennten Kräfte des Volkes und des Königs jede für sich allein unter unsere Herrschaft zu bringen.

Der König der Illuminati darf sich nicht von seinen Leidenschaften treiben lassen. Ganz besonders muß er die Sinnlichkeit bekämpfen. Niemals dürfen tierische Triebkräfte die Herrschaft über seinen Verstand und sein Gemüt gewinnen. Die Sinnlichkeit ist der schlimmste Feind aller geistigen Fähigkeiten, sie trübt den klarsten Blick und erniedrigt den größten Geisteshelden zum Tier, das keinen anderen Zweck des Daseins kennt, als die Befriedigung der rohesten natürlichen Triebkräfte.

Der Weltherrscher vom heiligen Samen Davids muß alle persönlichen Freuden dem Wohl seines Volkes und der Menschheit zum Opfer bringen.

Unser Weltherrscher darf sich in sittlicher Hinsicht keine Blößen geben. Er muß ein leuchtendes Beispiel für alle sein.<<

Am 25. August 1921 schloß die US-Regierung einen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich.

Der gemäßigte Zentrumsolitiker Matthias Erzberger (1875-1921, 1919-20 Reichsfinanzminister) wurde am 26. August 1921 in Baden von 2 Angehörigen des rechtsradikalen Geheimbundes "Consul" ermordet.

Ein Täter, der nach 1945 wegen dieses Mordes vor Gericht gestellt wurde, berichtete später (x191/37): >>... Genau so wie die meisten anderen Angehörigen des Freikorps war auch ich verbittert, als die Feikorps nach dem Mißlingen des Kapp-Putsches aufgelöst wurden. ...

Beinahe von heute auf morgen lagen wir auf der Straße. ... Wir besuchten ... fleißig Versammlungen von völkischen Verbänden, insbesondere auch des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes. Hier bekamen wir Flugblätter in die Hand, die sich gegen die Regierung und insbesondere gegen Erzberger richteten.

(So) betrachtete ich Erzberger als den gefährlichsten Schädling des deutschen Volkes. Das war ja auch damals immer wieder in der rechtsstehenden Tagespresse zu lesen, nicht bloß in den deutsch-völkischen Flugschriften. Obwohl ich das alles geglaubt habe und eine immer größere Wut in mich hineingefressen habe, wäre ich von mir aus nie in der Lage gewesen, mich dazu zu entschließen, den von mir schwer gehaßten Erzberger zu töten. ... Es bedurfte doch noch des zündenden Funkens. Dieser zündende Funke erreichte uns in Gestalt eines Befehls.

Tatsache ist, daß ich später, als ich von Ort zu Ort verfolgt wurde, erkennen mußte, daß ich von einer sehr einflußreichen Organisation geschützt wurde.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.10.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße</u> . Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tagesschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege".

	Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen</u> . Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte</u> . Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte</u> . Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch</u> . Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk</u> . Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte</u> . Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte</u> . Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin</u> . Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x084	Graml, Hermann (Hg.): <u>Widerstand im Dritten Reich</u> . Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft</u> . Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x180	Hetmann, Frederik, und Alfred Keil: <u>Indianer heute</u> . Bericht über eine Minderheit. Weinheim/Basel 1977.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit</u> . Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x193	Joseph jr., Alwin M. u.a.: <u>Die Welt der Indianer</u> . Geschichte, Kunst, Kultur von den

	Anfängen bis zur Gegenwart. 4. Auflage. München 1998.
x206	Hemmerle, Rudolf: Sudetenland. Lexikon. Geografie, Geschichte, Kultur. Augsburg 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x244	Ripper, Werner (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 1. Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus.</u> Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x265	Courtois, Stéphane u.a.: <u>Das Schwarzbuch des Kommunismus.</u> Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrierte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914.</u> Frankfurt/Main 1985.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand.</u> Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x286	Martin, Paul C.: <u>Zahlmeister Deutschland.</u> So verschleudern sie unser Geld. 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x291	Loth, Wilfried: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert. Frankfurt 1992.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4.</u> In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen.</u> Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte.</u> Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag.</u> Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg.</u> Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: <u>1918 - Die Tore zur Hölle.</u> Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x842	Weimarer Verfassung 1919: http://www.wcurlin.de/links/interaktiv/verfassung_-1919/1_weimar.htm - September 2013.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html – Dezember 2016
x1.142	https://www.projekt-gutenberg.org/kessler/rathenau/chap010.html - Mai 2022